DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

99 9. JAHRGANG Dezember '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

CONTRASTE-INTERN

Kurz bevor unsere Monatszeitung für Selbstverwaltung zum hundertsten Mal über die Druckwalze läuft, haben auch wir uns trotz ausgiebig dokumentierter und vielfältig diskutierter Alternativen den hier und heute herrschenden, systemimmanenten Realitäten zu beugen. Der Kapitalismus zeigt seine simple Logik – konkreter: Im Unternehmen CONTRASTE stehen Angebot und Nachfrage in einem Mißverhältnis zueinander. Noch einfacher ausgedrückt: Die Kohle fehlt! – Mit der Tatsache vor Augen, daß CONTRASTE Monat für Monat ein Defizit einfährt, hat das vor kurzem stattgefundene Plenum beschlossen, eine neue Konzeption zu entwikkeln und dies mit der Devise »CONTRASTE in die Hand der RedakteurInnen« anzugehen. Der Bericht des Plenums inklusive der bald folgenden Aktivitäten sowie Beteiligungsmöglichkeiten von Euch LeserInnen ist zu erfahren auf Seite 2.

KOMMUNEN

»Ist Liebe politisch?« haben wir im Juli/August-Schwerpunkt gefragt und dazu Beiträge zu Kommune-Erfahrungen, Perspektiven von Lebensgemeinschaften und indianischen Schamanismus veröffentlicht. Ob im Ökodorf in Gründung, in der Kommune mit großen politischen Ansprüchen oder da, wo freie Liebe postuliert wird: die Bedeutung der persönlichen Beziehungen in den Lebensgemeinschaften wird überall als zentral und wichtig erachtet. In dieser Nummer gehen wir der Frage nach, ob das vielbeschworene »geistige Band« zwischen Menschen vor allem durch nächtelange politische Grundsatzdebatten oder durch gemeinsame spirituelle Lehren und Praktiken erreicht werden kann. Zum Zusammenhang von Spiritualität und Kommuneleben ist eine kritische Darstellung von Fritz Vilmar nachzulesen auf den Seiten 10 und 11.

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Mit der Wiedervereinigung ist die deutsche Wirtschaftsstruktur um die Betriebsformen der LPG und PGH bereichert worden. Was sich durch die Identität von Beschäftigten und EigentümerInnen, die die Geschicke ihres Betriebes in demokratischer Weise steuern, auszeichnet, ist nun ernsthaft in seiner Existenz bedroht. Unkenntnis und ideologische Vorbehalte sowohl seitens der Bundesregierung als auch vieler lokaler BetriebsberaterInnen zerstörten vielfach die Substanz von Produktivgenossenschaften. So wird eine eigenständige ökonomische Entwicklung auf solidarischer Basis massiv erschwert, Arbeitslosigkeit grassiert, während immer noch die altbackene Propagandawalze des bäuerlichen Familienbetriebs aufgewärmt wird. Dank eigenen Verbandsstrukturen haben trotzdem mehrere PGH's und LPG's ihre genossenschaftlichen Strukturen auch unter den neuen Gesetzen beibehalten können.
Ein Bericht aus Südtirol zeigt, welche attraktiven Rahmenbedingungen für Genossenschaften seitens eines wirklich entwicklungsorientiert arbeitenden Gesetzgebers möglich sind.
Auf den Seiten 12 und 13.

HANDWERK

Wer weiß schon genau, was der EG-Binnenmarkt im kommenden Jahr alles bringen wird? Gerüchte machen auch bei HandwerkerInnen die Runde, daß das deutsche Berufszulassungsrecht deutlich verändert werde. Doch unser Beitrag verdeutlicht, daß sich an der Meisterpflicht im Handwerk vorläufig nichts ändert. Als profunder Kenner der Materie beleuchtet Michael Woerle nebst verschiedenartigen Bestrebungen, die Handwerksordnung zu verbessern, auch Absurditäten in der Zulassungspraxis und die Situation in umliegenden Ländern. Weiterhin wird im Handwerk also mit zweierlei Maß gemessen, denn für den/die SchreinerIn geht ohne Meisterprüfung gar nichts, während KünstlerInnen oder Kleingewerbetreibende in handwerksnahen Bereichen oft gut informiert sein müssen, um auch ohne Meisterprüfung eine Firma leiten zu können. Auf Seite 14.

ALLER ANFANG IST SCHWER...

...doch gemeinsam sind wir stark !

Ist Frauenkapital wieder eine werdende Macht, wie 1911 bei der Gründung der Berliner Frauenbank beschworen? – Eine europaweite Übersicht über Netzwerke von Frauenbetrieben und -projekten, Frauenförderung und Genossinnenschaften.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ricarda Buch, Redaktion Frauen ● Frauenkapital – eine werdende Macht – so hieß das Journal der Berliner Frauenbank von 1911. Trotz ihres nur kurzen Bestehens erregte die Frauenkreditgenossenschaft beträchtliches internationales Aufsehen. Gegründet von prominenten Frauenrechtlerinnen jener Zeit, wollte die Frauengenossenschaft durch Wertpapier- und Hypothekenhandel, durch Rechtsberatung und -beistand sowie durch Auskünfte zu Wohnungs-, Miet- und Geldproblemen Frauen den Weg zu mehr wirtschaftlicher und sozialer Autonomie ebnen. Doch diesen Bestrebungen wurde fünf Jahre später durch eine Verleumdungskampagne von national-konservativen Chauvinisten ein abruptes Ende gesetzt.

Eine Frauenkreditgenossenschaft oder eine Frauenwohnungsbaugenossenschaft – davon können wir heute nur träumen, oder nicht? Ist es nicht höchste Zeit, die Kräfte zu bündeln, an Netzwerken von Frauenbetrieben und -projekten zu stricken, Frauenkooperativen zu bilden, um den vielfältigen Angeboten aus Frauenhand Vertrieb und Absatz zu sichern? In vielen europäischen Regionen ist angesichts der wachsenden Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsarbeitsmarkt Initiative gefragt.

Die 99. Ausgabe der CONTRASTE widmet deshalb ihren Schwerpunkt dem Thema Frauengenossenschaften in Europa. Aller Anfang ist schwer... doch erste Schritte wurden unternommen:

In ihrem Beitrag Blickwinkel EG gibt Annegret Döse einen Überblick über das europäische Genossinnenschaftswesen und dessen Unterstützungsstrukturen. Denn Unterstützung ist nötig, nicht nur für die in Ostproduktivgenossenschaften noch vorhandenen Frauenarbeitsplätze, sondern auch für Windfang Genossinnenschaft in Gründung an Hamburgs Waterkant. 1 Mio. Startkapital und zahlreiche Ökofeministinnen werden gesucht, um vorerst eine Windkraftanlage und langfristig die FrauenEnergieGemeinschaft in Schwung zu bringen.

Um solchen Gründerinnen Raum zu geben, hat die eingetragene Genossinnenschaft WeiberWirtschaft einen Gewerbehof von der Berlin Kosmetik erstanden. Es handelt sich um einen großen Gebäudekomplex aus der Gründerinnenzeit, der jetzt saniert werden muß. Auch das ist teuer, und deshalb suchen auch die WeiberWirtschaftsWeiber weitere Genossinnen.

Bereits 1919 schlossen sich die in Crinitz und Umgebung (Spreewald) ansässigen Töpfereibetriebe zu einer An- und Verkaufsvereinigung – später Einkaufs- und Liefergenossenschaft – zusammen. Vom gemeinsamen Vertrieb ihrer in alter Tradition hergestellten Tontöpfe konnten früher alle profitieren, heute sind durch fehlende Verkaufsmöglichkeiten Frauenarbeitsplätze in Gefahr.

Drei Frauen arbeiten bei Subita, der Druckerei-Genossinenschaft in Bern. Mit viel Engagement, Mut, Witz, Erfinderinnengeist und praktischen Geschick haben sie ihre Firma aufgebaut und geben uns Einblick in ihren Arbeitsalltag. Aber nicht nur in der Schweiz auch in Großbritannien gibt es Frauengenossenschaften. Allegra Carlton, Mitarbeiterin von SACDA, einer Entwicklungsagentur für (Frauen)Genossenschaften in Southampton, schildert die Strukturen der britischen Genossinnen. Wir erfahren, wie und in welchen Branchen Englands Frauengenossenschaften entstanden sind.

In Südtirol gibt es ein Gesetz zur Förderung des weiblichen Unternehmerinnentums und auch die Kreditbeschaffung für Frauenbetriebe und -genossenschaften soll dort erleichtert werden. Futura, so erfahren wir in diesem Beitrag, ist ein Belegschaftsbetrieb, der von der Genossinnenschaft übernommen wurde. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 6-9

P 8008 E

00.2621 001 7
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

SOZIALPOLITISCHES FORUM IN KASSEL:

Manifest für vielfältiges und unabhängiges Leben

Ende Oktober hat, auf Einladung der Sozialpolitischen Gesellschaft (SG), und in engem Zusammenwirken mit der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise), sich eine Gruppe von mehreren Dutzend Menschen auf einem Sozialpolitischen Forum in Kassel getroffen. Aus ihren Arbeitsergebnissen ist nachfolgendes »Sozialpolitisches Manifest« entstanden, das Rolf Schwendter für CONTRASTE zusammenfasste.

Redaktion Sozialpolitik ● Sozial liegt es in Deutschland im Argen. Und zwar nicht erst seit dem vereinten Deutschland. Schon 1972 hat Jürgen Roth in seiner ebenso bemerkenswerten wie letzthin folgenlosen Studie auf die Armut in der damaligen BRD hingewiesen. Wenige Jahre später hat Heiner Geißler die »neue Armut« thematisiert – freilich ohne die verbliebene alte Armut hinlänglich zu würdigen. Noch vor dem Oktober 1989 haben DGB und DPWV, ebenso die Berliner Filmemacher Huse und Clahsen in ihrem Dokumentarfilm »Im Westen alles nach Plan« herausgestellt, daß das Ausmaß der westdeutschen Armutsbevölkerung mindestens sechs Millionen, wahrscheinlich aber 10 Millionen erreicht hätte.

Seither ist die Einigung vollzogen worden. Seither ist versprochen worden, niemandem werde es schlechter, allen werde es besser gehen. Seither hat vieles sich verschlimmert. In einer Gesellschaft, die irrtümlicherweise nur deshalb für reich gehalten wird, weil wenige in ihr verhungert sind – allerdings etliche in ihr erfroren, zerschunden, geschädigt – regieren Stichworte wie Erwerbslosigkeit, Fremdenhaß, Rechtsextremismus, Wohnungsmisere, ABM-Kappung, Mittelkürzung, Sozialhilfeabbau, Abwicklung, aber auch Verweigerungen regierungsamtlicher Armutsberichte oder geplante Grundgesetzänderungen. Nicht zu sprechen von den parallel zunehmenden Entfremdungserfahrungen, von steigender Aggressivität bis zum Gefühlsstau. Hand in Hand gehen Nachrichten von angezündeten Asylantenheimen, von angestrebten Tarifabschlüssen unter der Inflationsrate, vom eilfertig produzierten Sachzwang, über weitere Atomkraftwerke nachzudenken, von Gerichten, die für das Wahrnehmen von Behinderten am Mittagstisch Schadensersatz zusprechen, vom alsbald erwünschten Ende der Utopie.

Dies ist Realität, und dies soll nicht ohne ein entgegengesetztes Bild stehengelassen werden: Millionen Menschen kämpfen, jeweils auf ihre Weise, gegen jene Hydra von materiellen, psychosozialen und soziokulturellen Verelendungen, professionell oder ehrenamtlich, allein oder in Zusammenhängen, mühsam, angestrengt, oft resigniert, manchmal ausgebrannt, häufig von Kompensationsbedürfnissen geschüttelt.

Die Einschränkung, die durch die Zahl gegeben ist, erfolgt deshalb, weil wir uns der Lücken hierin durchaus bewußt sind. Zum einen fehlen ganze Bereiche. Es wäre erforderlich, zum Justizvollzug ebenso Anmerkungen zu machen wie zur Drogenpolitik, zur Jugendarbeit ebenso wie zur Lage der alten Menschen – um nur wenige zu notieren. Zweitens wäre eine reihe von Detaillierungen zu machen. Dies beträfe etwa die Kulturarbeit, die psychosozialen Einrichtungen, das System Familie. Weiter sahen wir uns noch nicht in der Lage, zur Situation in den neuen Bundesländern auch nur vorläufig abschließendes zu sagen. Vorläufig weisen wir auf das verdienstvolle »Ostdeutsche Memorandum« der GBM (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde) (und einer Vielzahl weiterer Gruppen) hin. Schließlich gibt es eine Reihe von Momenten, in welchen unser eigener Einigungsprozeß nicht weit genug ist, um bereits deutliche Aussagen machen zu können; exemplarisch sei hier das Feld alternativer Bildungsarbeit erwähnt. Also haben wir gute Gründe zur Annahme, daß noch weitere sozialpolitische Manifeste folgen werden.

Fortsetzung auf Seite 3

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 1 23.09.24 19:55

IN EIGENER SACHE:

Aus dem Innenleben eines Dinosaurier-Mediums

CONTRASTE in die Hand der RedakteurInnen. So lautet die Devise nach dem letzten CONTRASTE-Plenum (6./7.11.92 in Dortmund) auf dem 8 Unverzagte feststellten, daß es so wie bisher nicht weitergeht: stagnierende Abo-Zahlen und steigende Preise lassen uns Monat für Monat ein Defizit von 1.400,00 DM einfahren. Das hat bis jetzt dazu geführt, daß unser Ökobank-Dispo bis zur vollen Höhe von 5.000,00 DM ausgeschöpft ist (d.h. CONTRASTE ist nicht mehr zahlungsfähig) und wir beim Herstellungsbetrieb Zündsatz 10.000,00 DM Schulden haben (d.h. der Satzbetrieb zahlt für unsere gemeinsame Freizeitbeschäftigung). Für die bisherigen Defizite wurden bereits 90.000,– DM von fünf Tilgungsgemeinschaften in den Fortbestand der Zeitung investiert. Weiterhin steigende Fremdkosten (ab 1.1.1993 steigen die Vertriebskosten im Postzeitungsvertrieb um ca. 40% !!) zwingen uns zum Handeln. Es liegt auf der Hand: so wie bisher können wir nicht weitermachen.

Also alles hinschmeissen. Selbstverwaltung ist sowieso ziemlich unmodern, und der Zeitgeist weht uns eiskalt ins Gesicht.
Oder?
Als hoffnungsvolle IdealistInnen haben wir uns entschieden, gegen alle Widrigkeiten jetzt erst recht weiterzumachen.
Wie?

Mit einem 7-Punkte-Programm zur Rettung und Entwicklung von CONTRASTE:

1. CONTRASTE in die Hand der RedakteurInnen:

Wir haben auf dem Plenum eine BGB-Gesellschaft gegründet, in die jedeR GesellschafterIn 1.000,– DM einzahlt. Alle CONTRASTE-RedakteurInnen (einschließlich ehemaliger und zukünftig interessierter) sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Das Geschäftskapital soll bis zur Höhe von max. 10.000,– DM der kurzfristigen Liquiditätssicherung von CONTRASTE dienen. Mit den darüberhinaus eingezahlten Mitteln (wir hoffen auf rege Beteiligung!) soll die Umsetzung einer neuen CONTRASTE-Konzeption finanziert werden (Anschubfinanzierung, bis sie sich selbst trägt).

2. Erarbeitung einer neuen CONTRASTE-Konzeption:

Die »CONTRASTE Entwicklungs GbR« wird im Frühjahr 1993 – im Rahmen einer Zukunftswerkstatt – eine neue Konzeption entwickeln mit dem Ziel:

- Die Theorie und Praxis der Selbstverwaltung und alternativen Ökonomie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um damit die Möglichkeiten selbstbestimmter, sozial und ökologisch ausgerichteter Formen des Arbeitens und der Gestaltung von Lebenszusammenhängen in den gesellschaftlichen Bewußtseinsbildungsprozeß einzubringen.
- Die existierenden selbstverwalteten Strukturen im Bemühen um Vernetzung und Kooperation zu unterstützen, damit sie zu einem gesellschaftlich bedeutenderen Faktor werden.

Um dies zu erreichen, soll CONTRASTE von einer InsiderInnen-Zeitschrift zu einem öffentlicheren Medium entwickelt werden. Zum 10-jährigen Bestehen der CONTRASTE im Herbst 1993 soll die neue Konzeption umgesetzt sein und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

3. LeserInnenbefragung:

Um die Erwartungen unserer bisherigen LeserInnen in die neue Konzeption einbeziehen zu können, werden wir der nächsten Ausgabe einen Fragebogen beilegen.

4. Abo-Preis-Erhöhung:

Der Preis für ein Jahresabo wird von 60,– auf 80,– DM (europäisches Ausland 92,– DM) erhöht. FörderInnen-Abos erhöhen sich auf mindestens 100,– DM. Das gilt für Neu-Abos ab sofort, bei bestehenden für alle Rechnungen ab Februar 1993.

5. Bessere »BUNTE SEITEN«

AbonnentInnen erhalten auch weiterhin kostenlos die »BUNTEN SEITEN«, die – stark überarbeitet – gesondert verschickt werden (im Postzeitungsvertrieb geht es nicht mehr).

1993 werden sie Anfang März erscheinen und für Nicht-AbonnentInnen 20,– DM kosten. Sie können auch in Läden verkauft werden (Vorbestellungen nehmen wir ab sofort entgegen, WiederverkäuferInnen bekommen 30% Rabatt).

Für 1994 planen wir die Herausgabe der »Bunten Seiten« als Buch.

6. Schenken statt Leihen:

Leihgemeinschaften werden gebeten, ihre Gelder in Schenkungen umzuwandeln, und nach Auslaufen als Schenkungsgemeinschaft weiterzumachen.

KleinkreditgeberInnen werden gebeten, auf Rückzahlung zu verzichten, und CONTRASTE (die sie seit 7 Jahren kostenlos bezogen haben) regulär zu abonnieren oder die FörderInnenmitgliedschaft zu beantragen.

7. Ausweitung des Kreises der CONTRASTE-MacherInnen und Verantwortlichen:

MitarbeiterInnen erwünscht:
Wer aktiv an der Erarbeitung der neuen CONTRASTE-Konzeption und ihrer Umsetzung mitwirken möchte, kann den Gesellschaftsvertrag und Aufnahmeantrag anfordern.
UnterstützerInnen auch:
Wer nicht mitarbeiten kann, uns aber trotzdem unterstützen möchte, kann eine Spende überweisen auf das CONTRASTE-Konto Nr. 15350.8, Ökobank e.G. Frankfurt/Main, BLZ 500 901 00 oder sein Abo in ein FörderInnenabo umwandeln und gleichzeitig dem CONTRASTE e.V. beitreten (formlose Nachricht genügt, Aufnahmeantrag und Satzung werden umgehend zugeschickt). ●

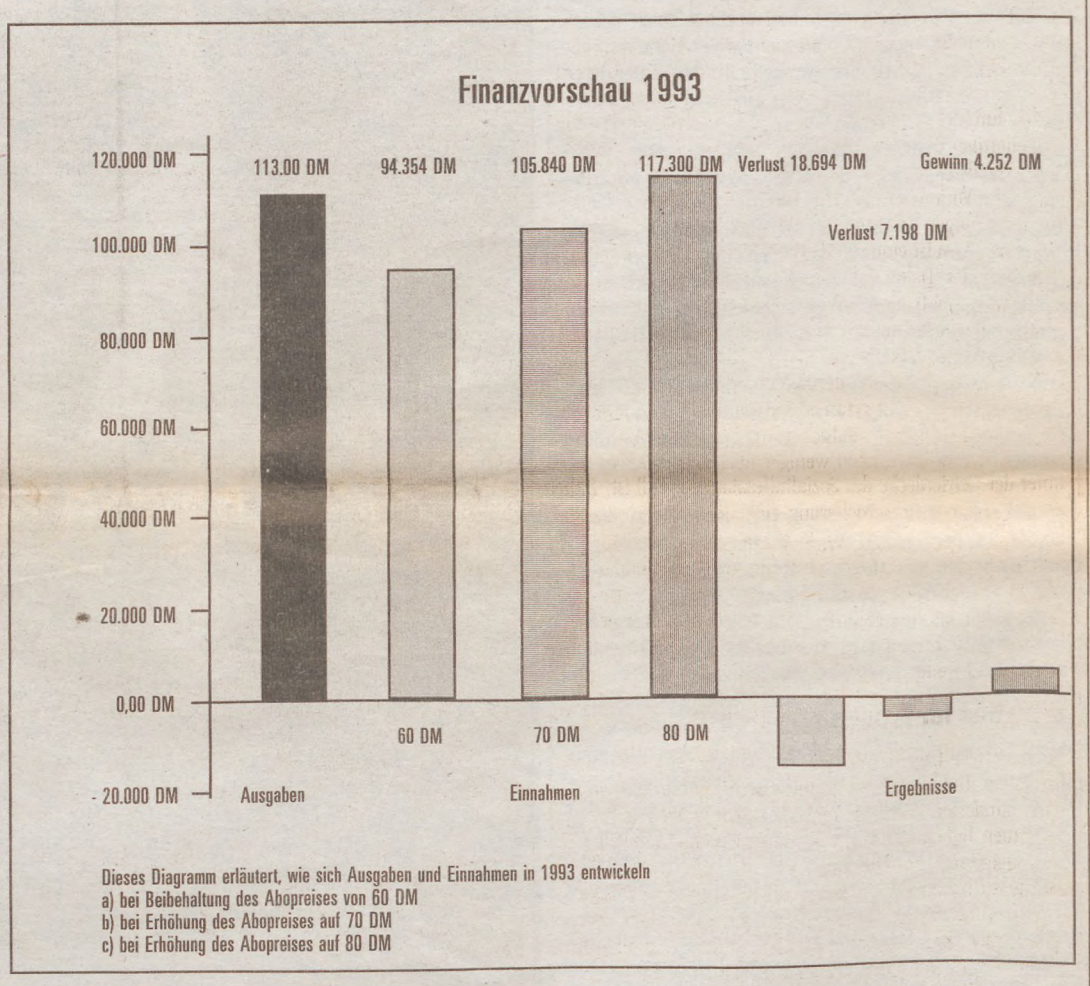
ZAHLEN & FAKTEN

Der größte Anteil des Defizits der CONTRASTE wird durch externe Kosten verursacht. So erhöhte die Deutsche Bundespost schon in der Vergangenheit mehrfach ihre Tarife und schlägt mit einer Erhöhung des Postzeitungs-Tarifes zum 1.1.1993 erneut zu. Trotz inflationärer Zeiten ist die Tatsache einer ca. 40%igen Preiserhöhung ab dem nächsten Monat schon bemerkenswert. Das bedeutet für CONTRASTE, die eine reine AbonenntInnen-Zeitung ist, einen jährlichen Mehraufwand von ca. 3.000,– DM. Eine Alternative zum Monopolbetrieb Post, der zudem unsere AbonenntInnen immer unzuverlässiger beliefert, gibt es nicht. Empörend ist, daß die Post ausgerechnet die Leichtgewichtsgruppen bei den Postzeitungsgebühren drastisch anhebt, ohne sich über die medienpolitischen Folgen im klaren zu sein. Denn diese Preiserhöhung trifft nicht alle Zeitungen gleichermaßen, sondern die leichten, und wirtschaftlich schwachen. Die schwergewichtigen anzeigenstrotzenden Blätter wie etwa den Spiegel oder den Playboy nur milde.

Darüber hinaus haben zwei 10%ige Preiserhöhungen durch unsere Druckerei innerhalb eines Jahres die Lage noch zusätzlich verschlechtert.

Unsere Finanzsituation wird durch das untenstehende Diagramm deutlicher, in dem die Ausgaben- und Einnahmenerwartungen für 1993 dargestellt werden. Ergänzend hinzugefügt werden muß seitens der Einnahmesäulen, daß sie real wohl etwas niedriger sein werden (außer eine nicht vorhersehbare Flut von Neu-Abos überschwemmt unseren Briefkasten), da die Abo-Preis-Erhöhung nur verzögert wirksam wird.

Die Ausgaben-Seite ist ebenfalls knapp kalkuliert, da eigentlich notwendige technische Erneuerungen in Form von Rückstellungen nicht vorgesehen sind. Hinzuzufügen ist die Tatsache, daß pro CONTRASTE-Ausgabe lediglich 1.000,– DM als Honorar zur Auszahlung gelangen, was gerade mal 10% der Totalausgaben ausmacht. Der Schein, bei einem Abopreis von 80,– DM werden wir in die Gewinnzone rücken trügt demnach erheblich, wird doch jede Mark in die Produktion fließen und erstmal zur Tilgung von alten Schulden verwendet. CONTRASTE-AutorInnen werden noch weiterhin von Luft und der Liebe zu diesem Blatt (in welcher Form auch immer) leben müssen.



Dieses Diagramm erläutert, wie sich Ausgaben und Einnahmen in 1993 entwickeln
a) bei Beibehaltung des Abopreises von 60 DM
b) bei Erhöhung des Abopreises auf 70 DM
c) bei Erhöhung des Abopreises auf 80 DM

GEGENÖFFENTLICHKEIT

Polizeiterror gegen Leipziger HausbesetzerInnen

Ende November war in den Medien von Krawallen in Leipzig die Rede, in deren Verlauf ein Jugendlicher von »Warnschüssen« der Polizei verletzt wurde. Wer sich fragte, was sich hinter diesen Meldungen verbirgt, konnte aus den Zeitungen nicht mehr erfahren. Was geschah in Leipzig?

Rote Hilfe Kiel, Redaktion Heidelberg ● In der Nacht vom 27. auf den 28.11.92 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen mehreren Jugendlichen und einigen PolizistInnen im Leipziger Stadtteil Connewitz. Zwei Jugendliche wurden von der Polizei beschuldigt, sich an Autos zu schaffen gemacht zu haben. Die Härte des polizeilichen Vorgehens gegen die beiden führte dazu, daß weitere BewohnerInnen des Stadtteils hinzukamen und sich mit den am Einsatz beteiligten 25 BeamtInnen stritten. Bei einem Handgemenge zog plötzlich eine Polizistin ihre Pistole, obwohl in keinem Moment eine Situation bestand, in der sie oder andere PolizistInnen in Gefahr waren, und gab zwei Schüsse ab, von denen einer einen 17-jährigen Hausbesetzer in die Hüfte traf.

Nach den Schüssen kamen immer mehr Jugendliche zusammen, um gegen das polizeiliche Vorgehen zu protestieren und eine – in dieser Situation befürchtete – Räumung von besetzten Häusern zu verhindern. Die eingesetzten Polizeikräfte eskalierten die Situation immer weiter, indem sie den angeschossenen Jugendlichen über eine halbe Stunde ohne medizinische Versorgung auf der Straße liegen ließen und auf Menschen, die Erste Hilfe leisten wollten, einprügelten. Es kam zu ersten Straßenschlachten. Im weiteren Verlauf hatte die Polizei schließlich 360 BeamtInnen im Einsatz, darunter Sondereinsatzkommandos. Sie stürmten das städtisch geförderte Kulturprojekt »Zoro« und gingen mit äußerster Brutalität gegen die BesucherInnen einer dort stattfindenen Veranstaltung und die MitarbeiterInnen des »Zoro« vor. Die BesucherInnen wurden aus den Räumen hinaus geprügelt und dort von einem Polizeispalier erwartet, von dem es für fast alle Schläge mit dem Gummiknüpel auf Kopf und Oberkörper gab. Nachdem die Polizei die BesucherInnen des »Zoro« aus den Räumen vertrieben bzw. festgenommen hatte, kehrte sie zurück und demolierte die gesamte Inneneinrichtung des Kulturprojekts.

In den nächsten Stunden verteidigten sich ca. 150 Jugendliche unter anderem mit Barrikaden gegen die Polizeiangriffe, die neben Knüppeln und Tränengas auch Wasserwerfer und Nebelgranaten einsetzte.

Die aktuelle Lage

In dieser Nacht wurden insgesamt 42 Jugendliche von der Polizei festgenommen und von PolizeibeamtInnen zum Teil schwer mißhandelt.

Am Montag, den 30.11.92 , waren immer noch 36 Menschen inhaftiert.

Am Donnerstag, den 3.12.92 , immer noch 14. Ihnen wird neben »schwerer Körperverletzung« und »schwerem Landfriedensbruch« zum Teil auch »versuchter Totschlag« vorgeworfen. Obwohl sie seit mehr als 5 Tagen in Haft sind, gab es noch nicht bei allen einen Haftprüfungstermin, der gesetzlich innerhalb von 48 Stunden stattfinden muß. Große Probleme bereitet auch die Organisation von AnwältInnen. Ein Teil der Festgenommenen berichtet von gewalttätigen Übergriffen von ebenfalls inhaftierten Neonazis gegen die Festgenommenen. Der Staatsschutz versucht die illegale Gefangennahme über einen so langen Zeitraum dazu zu nutzen, von den Inhaftierten umfassende Informationen über die Connewitzer Alternativ-Szene zu bekommen.

Zum Hintergrund

Connewitz ist ein Stadtteil in Leipzig. Dieser Stadtteil sollte ursprünglich nach dem Anschluß der DDR an die BRD durch Flächenabriß vernichtet werden. Engagierte HausbesetzerInnen verhinderten dies. Heute ist Connewitz ein Vorzeige-Sanierungsgebiet der Leipziger Stadtverwaltung, in dem nur eins stört: Die Leute, die den Totalabriß verhindert haben. Es gibt in Connewitz immer noch besetzte Häuser und eine starke linke Szene aus Wohn- und Kulturprojekten. Um Connewitz zu einem Nobelviertel machen zu können, versucht die Stadt diese und die alteingesässenen BewohnerInnen aus dem Stadtteil herauszudrängen. Erst vor wenigen Wochen wurde in der Leipziger Ratsversammlung ein Antrag der CDU auf Räumung aller besetzten Häuser behandelt.

In diesem Zusammenhang muß der Polizeieinsatz vom 28.11. gesehen werden:
Es gibt in Leipzig interessierte Kreise, die nach einem Vorwand suchen, der linken Szene in Connewitz eins auszuwischen, der selbstgemachte Krawall vom Wochenende erfüllt genau diesen Zweck. Diese Provokation war lange vorbereitet, anders ist das rasche Auftreten der großen Anzahl von PolizeibeamtInnen nicht zu erklären, ebenso das durch die Bank höchstbrutale Vorgehen der eingesetzten BeamtInnen.

Auch die politische Rahmensituation ist wohl gewählt, demonstriert doch in den Augen der Medien der Krawall vom Wochenende in Leipzig, daß der Staat sowohl von Rechten als auch von Linken bedroht wird. Die als Kumpanei zu bezeichnende Untätigkeit von Polizei und Gerichten gegenüber neofaschistischen Gewalttätern wird öffentlichkeitswirksam durch verstärkten staatlichen Terror gegen Antifaschisten kompensiert.

Was tun?

Der tatsächliche Ablauf der Geschehnisse in Leipzig und ihre Hintergründe sind in den bürgerlichen Medien komplett verdreht oder verschwiegen worden, jede und jeder ist aufgefordert linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Schon jetzt müssen von den HausbesetzerInnen in Connewitz mehrere Tausend Mark Anwaltskosten bezahlt werden, spendet auf das u.a. Konto und organisiert Solidaritätsaktionen.

Die Betroffenen fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes und natürlich die Freilassung aller Inhaftierten. Unterstützt die Forderungen und schickt Solidaritätsadressen an die Connewitzer. ●

Spendenkonten:
Bayrische Vereinsbank
Kontoinhaber Mirko Rahn
Verwendungszweck: Connewitz
Konto-Nr.: 454 253 3
BLZ: 860 200 20

Postgiroamt Dortmund
Kontoinhaber: Rote Hilfe
Konto-Nr.: 19 11 00 - 462
Verwendungszweck: Leipzig

Soliadressen an:
Conne Island
Koburger Str. 3
O-7030 Leipzig

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Manifest für vielfältiges und unabhängiges Leben

Ohne an dieser Stelle auf die Ursachen bzw. deren Regelkreise eingehen zu können, sollen zunächst ebenso kurz wie abstrakt unsere wesentlichen Grundimpulse angedeutet werden:

- Abschaffung von Armut
- Einschränkung von Institutionen
- Abschaffung von Ausgrenzung, insbesondere jener sozial Benachteiligter
- Ermöglichung von Vielfalt
- Ermöglichung eines »unabhängigen Lebens« (independent Living), und zwar auch, je nach den Umständen, für jene, die infolge von Krankheit, Behinderung, Alter, psychosozialer Schädigung in Abhängigkeit gehalten worden sind;

Grundsätzlich haben sich Pflegeeinrichtungen für hilfs- und pflegebedürftige Menschen an den Vorstellungen und Wünschen der Betroffenen zu orientieren, um ein selbständiges Leben zu ermöglichen.

Grundsicherung statt Massenarbeitslosigkeit

Eines der meist schwerwiegenden sozialen Probleme, welches uns seit 15 Jahren in einer Weise geißelt, daß wir schon glaubten, es könne nicht mehr schlimmer werden, besteht in der massenweisen Erwerbslosigkeit. Und es ist doch noch immer schlimmer geworden, zuletzt im großzügigen Wegfallenlassen von Erwerbsarbeitsplätzen in den neuen Bundesländern mit allen Wirkungen, nicht zuletzt jenen des neuen Rechtsextremismus, der als Folge von Massenarbeitslosigkeit schon seit langem befürchtet worden war. Die neue AFG-Novelle bedeutet einen enormen Einschnitt ins soziale Netz. Die neuen BSHG-Novelle enthält zwar einige vorwärtsweisende Momente, wird jedoch aller Voraussicht nach in ihren Konsequenzen ebenfalls zu Einsparungen zu Lasten der Betroffenen führen.

Anzustreben ist eine soziale Grundsicherung im Sinne eines Existenzgeldes. Dabei sind die dreizehn Thesen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Arbeitsloseninitiativen und die Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen in gemeinsamer Arbeit weiter zu entwickeln.

Wir wissen, daß es mit der Forderung nach sozialer Grundsicherung alleine nicht getan ist: bekanntlich gibt es monetaristische Konzepte von Grundsicherung, bei welchen unter dem Strich den Verarmten noch weniger übrig bleibt, als es selbst unter der Gefrierdecke des Sozialhilfesatzes der Fall ist. Daher muß die soziale Grundsicherung eine Höhe haben, die über der Armutsgrenze liegt. Als Richtzahl stellen wir 50% des durchschnittlichen verfügbaren Lohns zur Diskussion.

Das Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung, wie es der DPWV als Diskussionsentwurf vorgelegt hat, ist als eine konkrete Ausformung einer sozialen Grundsicherung zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Situation für Frauen verbessern

Die materielle Lage der Frauen ist nach wie vor zutiefst unbefriedigend. Um auch diese zu verbessern, sind unserer Ansicht nach mindestens folgende Veränderungen notwendig:

- Frauen haben ein Recht auf eigenständige familienunabhängige soziale Sicherung.
- Ebenso haben sie ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung durch die Ermöglichung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit. Dies beinhaltet die ökonomische und inhaltliche Aufwertung der durch Frauen ausgeübten Berufe.
- Erforderlich ist auch eine Erhöhung des Kindergeldes, wie eine garantierte Mindestrente in existenzsichernder Höhe, welche mit der an anderer Stelle eingeforderten Grundsicherung abzustimmen wäre.
- Im Falle der Pflege kranker Kinder oder anderer Pflegebedürftiger ist die Freistellung der Frauen zu verlängern.
- Einrichtungen, die sowohl quantitativ ausreichen, als auch räumlich, personell und pädagogisch gut ausgestattet sind, haben für die ganztägige Betreuung und Versorgung für Kinder aller Altersgruppen zur Verfügung gestellt zu werden.

Hinsichtlich der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten von Frauen treten noch folgende Forderungen hinzu:

- Frauen haben den Anspruch des gleichen Zugangs zu Ausbildungsberufen.
- Das Ausbildungssystem und die dafür geltenden gesetzlichen Grundlagen haben in einer Weise novelliert zu werden, daß es Frauen ermöglicht wird, ihre Berufsausbildung später nachholen zu können.
- Die Weiterbildung in der Arbeitszeit soll grundsätzlich ermöglicht werden.

Wohnungsnot beseitigen

Weiterhin zählt die Wohnungsnot zu den herausragenden Erscheinungen sozialpolitischer Misere. Ihre dringliche Beseitigung hat drei Säulen:

- kommunaler Wohnungsbau
- einkommens- und flächenbezogene Mietverträge
- Vergabe nach Kriterien sozialer Dringlichkeit

Dies erfordert das Zusammenfassen der bisherigen Subventionsmittel – bei Umkehrung der Subventionierungsrichtung von den Reicheren zu den Ärmeren hin.

Eine der unmittelbaren Folgen der Wohnungsnot ist das wahrnehmbare kontinuierliche Anwachsen der Anzahl alleinstehender Wohnungsloser.

Grundsätzlich sollen alleinstehende Wohnungslose in Wohnungsprogramme für Ein-Personen-Haushalte einbezogen werden. Ohnehin gibt es zu den Paradoxien einer anachronistischen Wohungspolitik, daß eine Haushaltsform, die in Großstädten beinahe schon 50% aller Haushalte erreicht, von kaum einem Wohnbauprogramm aufgegriffen worden ist.

Wie auch in anderen Bereichen des sozialpolitischen Feldes, ist auch hier das Ende der stationären Unterbringung anzustreben. Entsprechend wenig zielführend sind also Sonderprogramme für alleinstehende Wohnungslose im Bereich materieller Versorgung. Diese sollten ausschließlich zusätzlichen persönlichen Dienstleistungen, wie Rechtsberatung und medizinische Versorgung vorbehalten bleiben.

Ziel dieser Programmatik ist nicht bloß das Ende der Selektion zwischen »Nichtseßhaften« (Alleinstehenden) und »Obdachlosen« (Familien), sondern das Ende der Diskriminierung beider Gruppen.

Sozialpolitische Gesundheitspolitik

Gesundheit steht in einer Vielzahl von Spannungsverhältnissen. Exemplarisch genannt werden sollen hier jene von solidarischer Risikoabsicherung und individueller Verantwortlichkeit, von Spitzenmedizin und prophylaktischer Breitenversorgung, von Macht und Staat, von Leistungssteigerung und Bezahlbarkeit, von Standesvereinigungen und konsumierenden PatientInnen, von Ethik und Kommerz. Tendenzen sind erkennbar, diese Spannungsverhältnisse zu Lasten der PatientInnen aufzulösen; einige Stichworte hierzu wären Privatisierung des Risikos, Schwächung der Solidarleistungen, stärkere staatliche Reglementierungen, Dominanz der fiskalischen Betrachtungsweise. Unberücksichtigt bleiben hierbei die demographische Entwicklung (etwa die Zunahme alter Menschen) und die möglichen Entwicklungen heilender Künste und Wissenschaften. Ansätze alternativer Medizin werden zurückgedrängt, wie auch ein Ausbau der Prävention, der diesen Namen verdienen würde, vermieden wird.

Foto: Dieter Oelschlägel

Daraus ergeben sich die Forderungen nach einer Gesundheitspolitik, welche sozialpolitisch erträgliche Wirkungen ergäbe. Da Gesundheit kein marktwirtschaftliches Gut ist, resultiert daraus die Notwendigkeit eines politisch gewollten finanziellen Zuwachses, wobei das Finanzierungsniveau nach den entstehenden Aufgaben festzulegen ist. Pauschalierungen sind inhaltlich zu diskutieren, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit. Es wird unweigerlich zu einer Mehr-Klassen-Gesundheit kommen, wenn nicht das Prinzip der Solidarität aufrechterhalten und ausgebaut wird. Ein entscheidender Schritt hierzu wäre, aus dem bestehenden Krankenversicherungsdschungel heraus, die Erstellung einer einheitlichen Krankenversicherung, unabhängig von der jeweils ausgeübten Berufstätigkeit. Eine solche wäre auch imstande, die Aufhebung der Versicherungsgrenzen anzustreben. Auch das Weitere ergibt sich aus der Negation der genannten Tendenzen: die demographische Entwicklung hätte berücksichtigt zu werden, die Möglichkeiten alternativer Medizin erhalten und erweitert, die Prävention ausgebaut.

Basisdemokratische Selbsthilfe unterstützen

Daran schließt sich das weite Feld der Selbsthilfe an, wobei gleich zu Beginn festgehalten werden soll, daß eine engere Verbindung des Gesundheitsbereichs und des Sozialbereichs vonnöten sein wird, ergänzt durch die allmähliche Ausdehnung auf weitere Bereiche. Schon das verdienstvolle, auf weitere Strecken hindurch jedoch festgefahrene »Gesunde Städte«-Programm der Weltgesundheitsorganisation sah eine Vereinigung mit ökologischen, städtebaulichen, verkehrsbezogenen Momenten vor. So wäre eine Verbindung von Selbsthilfe Wohnungsloser, von Städteplanung und Sozialpolitik erforderlich. Verbindungen dieser Art wären in Planung, Konzeption und Finanzierung umzusetzen.

Primär ist die Anerkennung der Leistungen von Selbsthilfegruppen als Prävention, gefolgt von der entsprechenden finanziellen Unterstützung der Krankenkassen. Zudem ist die Selbsthilfeförderung als Pflichtleistung der Kommunen zu verankern.

Eine konsolidierte finanzielle Förderung der Selbsthilfe sollte auf den folgenden drei Ebenen erfolgen:

- auf der der einzelnen Gruppen und Projekte;
- auf der der Selbsthilfeinfrastruktur (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen);
- schließlich auf jener der größeren Gewichtung in der Politik und in den Verbänden (dies wäre durch die Einrichtung von Selbsthilfegruppen zu gewährleisten).

Die Mitsprache der Betroffenen, der Angehörigen und der Initiativen muß hierbei in allen Feldern gewährleistet sein.

Ebenso dringend sind Vernetzung und Erfahrungsaustausch zwischen den TrägerInnen professioneller Versorgung und den Selbsthilfegruppen. Denn Selbsthilfe liefe Gefahr, zu einer selbstgenügsamen Tätigkeit zu werden. Erheischt ist indes eine konzertierte Aktion gegen alle krankmachenden Faktoren.

Zum einen sind Vernetzungen sozialer, kultureller und ökologischer Initiativen und Projekte von unten in basisdemokratischem Sinne zu entwickeln und zu fördern. Zum anderen zeigt es sich an vielen Stellen unseres Manifests, daß die Kreation von neuen Wegen bei der Finanzierung psychosozialer, soziokultureller und ökologischer Initiativen und Projekte, jenen wenig bedankten RepräsentantInnen gesellschaftlich notwendiger Arbeit, erforderlich sein wird. Ein vorsichtiger Schritt auf einem dieser neuen Wege ist die Befähigung der Initiativen und ihrer Zusammenschlüsse in umfassender Finanzierungsberatung; ein Know-how, wie dies die Cash-Coop in Hessen und Thüringen versucht. Nach diesem Konzept werden nur an diejenigen Initiativen Informationen weitergegeben, die ihrerseits bereit sind, ihren sachbezogenen Wissensstand in den Pool einzubringen.

Sozialgenossenschaften ermöglichen

Eine spezifische, geschichtlich tradierte (wenn auch in vielen Jahrzehnten heruntergewirtschaftete und erst zaghaft wiederaufkeimende) Form von Selbsthilfe ist die Genossenschaft. Um diese für das bestehende Elend als alternative Form verstärkt nutzbar zu machen, ist auf dieser Ebene unseres Erachtens zu fordern:

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
4600 Dortmund 1
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

- Die Öffnung der Genossenschaft als Rechtsform für die Selbsthilfe, wie in ihrer Entstehungszeit; für wirtschaftlich Ausgegrenzte, sowie zusätzlich für soziale Selbsthilfegruppen mit wirtschaftlichem Charakter (etwa im Sinne teilgeschützter Beschäftigungsverhältnisse)
- Weitestgehende Übernahme der Kosten für eine betreuende Gründungsprüfung durch den Staat analog zu den bereits bestehenden Beratungszuschüssen für EinzelunternehmerInnen.
- Entwicklung eines speziellen Instrumentariums analog zum Gemeinnützigkeitsgesetz, mit je entsprechenden Erleichterungen nach dem Grade der von der Selbsthilfe-Genossenschaft eingegangenen Selbstverpflichtung, bezogen etwa auf (benachteiligte) Zielgruppe, Gewinnverzicht, Kapitalneutralisierung, ökologischen Umsetzungen etc.
- Ermöglichung eines Status der fördernden Genossen/Genossin im Rahmen der Rechtsform der Genossenschaft. Diese träten als finanzielle Unterstützende letzterer bei, ohne wirtschaftliche Vorteile zu erhalten – hingegen erhielten sie Kontrollrechte hinsichtlich der nichtwirtschaftlichen Zielsetzungen der betreffenden Genossenschaft. Gekoppelt wäre dies mit vollen Informationsrechten und mit Anerkennung der Abzugsfähigkeit der der Genossenschaft übertragenen Gelder.
- Solche Sozialgenossenschaften sollen die Möglichkeit haben, öffentliche Aufgaben zu »privatisieren« – inwieweit eine solche Form solidarischer Selbsthilfe noch »privat« im ursprünglichen Sinne des Wortes wäre. Diesen wäre dann auch Gründungskapital in Form von Sachkapital (Räume, Ausstattung) zur Verfügung zu stellen – und dies desto eher, je mehr diese die obengenannten satzungsmäßigen Selbstverpflichtungen wahrnehmen und in sozialen Brennpunkten im Kontext beispielsweise von Alten, Kranken, Behinderten oder Langzeitarbeitslosen arbeiten.
- Sozialgenossenschaften sind also wirtschaftlich tätige Genossenschaften, deren Mitglieder für ihren Erwerb arbeiten, aber aufgrund spezieller psychosozialer Bedingungen im Wettbewerb benachteiligt sind, deshalb (teil)geschützte Beschäftigungsmöglichkeiten, und zwar als Arbeitsmöglichkeiten, benötigen.

Identitätsbildung statt Heimerziehung

Zu Recht ist der Begriff »Heimerziehung« aus historischen Gründen negativ besetzt. Weder drückt er die notwendige, noch die reale Vielfalt von Wohn- und Lebensformen aus; daher sollte er ersetzt werden. Diese Vielfalt bedarf einer permanenten Reform, wie denn auch sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen einer Reihe von Bevölkerungsgruppen ebenso indiziert sind (wie aus anderen Teilen dieses Manifests zu ersehen), wie der Ausbau des psychosozialen Beratungsnetzes und der Familienhilfe.

Auch hier ist jegliche Form geschlossener Unterbringung aufzugeben, selbstredend ohne daß die Kinder- und Jugendpsychiatrie hierfür Ersatzfunktionen übernimmt. Säuglings- und Kleinkinderheime haben keine Berechtigung mehr. Die Großheime sind aufzulösen; die Heime mittlerer Größe konsequent zu dezentralisieren; die Autonomie von Außenwohngruppen und sonstiger kleinerer Wohneinheiten innerhalb von Verbundsystemen zu stärken; Jugendhilfenetzwerke auszubauen. Was bislang »Heimerziehung« hieß, darf nicht als ultima ratio am Ende einer Kette erfolglos verlaufener Erziehungsversuche gelten.

In Jugendhilfeeinrichtung Mitarbeitende sind primär als Beratende für das Gesamtsystem der Herkunftsfamilie zuständig, nicht nur als Pädagogen und Pädagoginnen der Kinder oder Jugendlichen. Letztere sind an allen Entscheidungen zu beteiligen; auch muß ihnen (was auf eine Änderung des ZtUSHA anzielt) das Recht auf Hilfe zur Erziehung selbst zustehen. So müssen sie auch Wahlmöglichkeiten zwischen Einrichtungen und Trägern mit unterschiedlichen Konzepten haben.

Die notwendige Kontinuität der Beziehungstrukturen in Jugendhilfeeinrichtungen erfordert geringere Fluktuation des Personals – damit höhere berufliche Attraktivität für Erzieher und Erzieherin. Deren Qualifikationsniveau sollte generell angehoben werden. Dem/der HeimerzieherIn steht das Gehalt einer GrundschullehrerIn zu. Für die hierbei entstehenden Mehrbelastungen kann das, jedenfalls anzustrebende, Sabbatjahr ein Äquivalent sein. Auch sollten die Träger zu einer existenzsichernden Berufswegplanung für heimmüde ErzieherInnen beitragen.

Erforderlich ist ein anderes Finanzierungssystem, um die Abhängigkeit der Heime von der aktuellen Belegung zu mindern. Dies ist über eine zumindest teilweise Ablösung der Pflegesatzfinanzierung durch eine Institutionsförderung möglich.

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Das Jugendhilfeangebot muß regional ausgewogen sein (unabhängig von der jeweiligen Finanzkraft der Kommune oder des Landkreises) und sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Kinder, der Jugendlichen und des Gesamtsystems Familie orientieren. Auch darf seine Durchführung weder direkt noch indirekt an der finanziellen Beteiligung der Eltern scheitern.

Könnte »Heimerziehung« sich lösen von »Not- und Zwangshilfe-Paradigma«, ja könnte sie sich zu einer Normalform von Sozialisation mit eigener Legitimität entwickeln, wäre sie ein positiv besetzter, ein identitätsbildender Ort in einer solchen »multikulturellen« Gesellschaft, deren Begriff von der Begrenzung auf unterschiedliche Ethnien weg ausgeweitet wäre. Sie könnte Hoffnungs-Metapher sein für junge Menschen auf der Suche nach Moral.

Psychiatrisierte rau aus ihrem Ghetto

Die Psychiatrien (gemeint sind die Großkrankenhäuser, sowie jene Heime, in welche das LangzeitpatientInnengut ausgesiedelt worden ist) stehen immer noch. Dies trotz des Auflösungsbeschlusses der DGSP aus dem Jahre 1980, trotz einiger regionaler Bemühungen (trotz allem ist Bremen hier hervorgehoben zu nennen), trotz merklichen Bettenabbaus an vielen Orten, der zuweilen auch von einer Umlagerung in gemeindenahe Einrichtungen begleitet war. Wir merken, daß sich etwas verändert – psychosoziale Hilfsvereine, betreutes Wohnen, hoffentlich demnächst in Berlin ein Weglaufhaus. Dennoch bleibt die psychiatrische Szene von SchulbiologInnen gekennzeichnet – oder von erschöpften KämpferInnen. Selbst im Falle der Auflösung bleibt die d.z. Frage: wohin? Zu Universitätskliniken, die mit Schockverfahren herumspielen? Zu Sektoren, die Anstalten womöglich noch an Rigidität übertreffen? Oder die Frage anders gestellt: Wie können Institutionalisierungen verhindert werden?

Wie auch andere Bereiche, gestaltet Psychiatrie sich als ein monokulturelles Ghetto; nach wie vor besteht das Ziel, aus diesem Ghetto herauszukommen. Die Positionen und die vorgeschlagenen Wege dahin, wir wissen es, sind sehr verschieden: bis hin zur Schrumpfung der Psychiatrie auf ihren notwendigen Teil, was immer dieser auch sein mag, und wie dies auch immer schließlich heißen möge.

Schritte zum Ausweg aus diesem Ghetto könnten sein:

- kleine, unabhängige Vereine, die sich auch, aber nicht nur, mit Psychiatrisierten beschäftigen.
- Rechtsberatung, Sozialberatung, Kulturarbeit, Betreuungssituationen, welche auf obigem neutralen Boden von Personen übernommen werden, die nicht mit der Klinik verflochten sind.
- Angliederung von Einrichtungen, in welchen nach Möglichkeit eine über den Ist-Zustand weit hinausgehende Vielfalt von Berufsgruppen sich mit Psychiatrisierten beschäftigt, an andere kulturelle Einrichtungen.
- Überhaupt sind soziale Orte zu schaffen, in welchen kompensatorische und sozialisatorische Funktionen möglich sind, um in kommunikativen Lebensformen Kompetenzen erwerben zu können, in welchen eine hohe Sensibilisierung gegen Ausgrenzungsprozesse entwickelt wird; Räume, die gleichzeitig entlastet sind von jenem »Chancengleichheitsdruck«, von den ungeschehenen Nebenfolgen wichtiger Forderungen, welche angemessener Reaktionsweisen bedürfen.
- Durch die Vervielfältigung von Kontaktmöglichkeiten sinkt die Gefahr der extremen Belastung einer Verbindung. Zwar gibt es relativ selten innigste Freundschaft zwischen »Verrückten« und »Normalen« – aber ein Miteinander ist möglich.

Zumindest aber ist zu bedenken, daß Psychiatrie-Erfahrene, neben ihren besonderen Leidenszusammenhängen zumeist Arme sind, wie andere auch. Entsprechend gilt auch für die das zu Wohnungsnot, Erwerbslosigkeit, Grundsicherung Gesagte.

Vielfältige Kulturarbeit fördern

Kulturarbeit, die hier, naheliegenderweise, unter soziokulturellen Vorzeichen verstanden wird, zeichnet sich mit Notwendigkeit durch außerordentliche Vielfalt aus. Diese ist zu bewahren und zu fördern – und nicht zu kappen, worin eine der brutalsten Nebenwirkungen der neuen AFG-Novelle bestehen dürfte. Im Austausch könnte Vielfalt zur Weite des Bewußtseins beitragen, etwa durch exemplarische Untersuchung konkreter lokaler Vorgänge.

Kulturarbeit kann im städtischen Kulturkontext stehen, affirmativ, subkulturell, oppositionell. Kulturarbeit kann einen Angebotscharakter aufweisen, irgendwo zwischen BürgerInnenbüro und Kunstwerkstatt. Kulturarbeit kann in tiefer gehende Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Umfeldern und politischen Vorgängen einmünden – dies würde zu Konsequenzen führen. Kulturarbeit kann Projekte zur Wahrnehmung, kann Schnitt-Techniken, kann Selbst-Verständnisse entwickeln, bis hin zur Aktivität in einer veränderbaren Welt. Kulturarbeit kann in fremde Räume gehen, der Anstaltsförmigkeit entkommen, die Erfahrung vermitteln, tatsächlich etwas zustande zu kriegen. Kulturarbeit kann anfangen und aufhören.

Doch die Arbeitsweise jener sozialen Kultur-Menschen, die über Austausch und Information zu gemeinsamer Forschung und politischer Umsetzung führen kann, muß erst noch gefunden werden.

Nach wie vor ist Gemeinwesenarbeit (GWA) geeignet, lebensweltorientierte Strategien der Sozialarbeit gegen die psychische Verelendung im Menschen als Folge ihrer materiellen Notlagen, etwa Massenerwerbslosigkeit, zu entwickeln und Beiträge auch zu materieller Besserstellung zu erreichen.

Sie führt Menschen (z.B. in Frauengruppen, MieterInneninitiativen, Stadtteilaktionen, Sozialhilfeinitiativen) zusammen, wobei Kenntnisse vermittelt und neue Perspektiven geschaffen werden. Sie kann zu Veränderung von Institutionen und Organisationen beitragen. Sie trägt zur Erforschung und Veröffentlichung sozialer Notlagen bei. Sie ergänzt sowohl Selbsthilfeaktivitäten, als auch politische Aktivitäten aus etablierten Einrichtungen in sozialpolitischen, wohnbaubezogenen, kommunalen Bereichen.

GWA sieht ihren zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt, damit diese zu Subjekten politischen aktiven Lernens und Handelns werden, damit Solidarität in gemeinsamen Aktionen der Problembearbeitung erfahrbar wird. Die scheinbare Neutralität vieler Konzepte wird aufgegeben und durch Einmischung und Anwaltschaft ersetzt. Dies geschieht methodisch, indem Sozialarbeit, Sozialforschung, Kulturarbeit und politisches Handeln in eine Synthese gebracht werden.

Ihr unverzichtbares Instrument ist die Analyse der Gemeinwesen, mit der sie sich in Sozial- und Jugendhilfeplanung offensiver einmischen sollte. Stadtteilanalysen sind dann nicht mehr länger Datenfriedhöfe statistischen Materials, sondern eine Untersuchung zweier zentraler Momente der Lebenswelt: Welche Möglichkeiten sie für den Menschen bereithält (die dann zu stützen, zu erweitern, gegebenenfalls neu zu schaffen sind) – und welche Behinderungen sie beinhaltet (um diese zu beseitigen oder wenigstens zurückzudrängen).

Da Gruppenarbeit und GWA, wenn sie weit genug gefaßt sind, sozialtherapeutische Arbeit, mit beinhalten, gilt für letztere Vergleichbares.

Doch auch an die GWA sind Forderungen zu stellen:

- Die Analysen müssen genau differenzieren (etwa nach Herkunft, Alter, Geschlecht).
- Sie haben die Ausblendungen unfreiwilliger Subkulturen zu vermeiden. Dies gilt insbesonders hinsichtlich der Flüchtlinge und der Arbeitsemigrierenden, welche nicht nur von den Regulierungs-, Ausgrenzungs- und Gewaltmechanismen hierzulande, sondern zugleich von den hierorts herrschenden Wirtschaftsweisen, Konsumgewohnheiten und Rüstungsexporten betroffen sind – nicht zu reden von der Unterstützung von Staaten, in denen Menschrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

Keine Diskriminierung von AusländerInnen

Die gegenwärtige gesamtgesellschaftliche Tendenz zeichnet sich durch eine extreme Ungleichzeitigkeit aus, welche sich gleichzeitig abspielt. Gleichzeitig wird eine als »multikulturell« verstandene multiethnische Gesellschaft produziert; gleichzeitig wächst Rassismus. Entsprechend sind Verfeinerungen der Analyse ebenso erforderlich, wie konzeptionelle Antworten, die für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen unterschiedliche Möglichkeitsräume bietet. Dies indes überschreitet zugleich die Grenzen der GWA:

Zu den derzeit gefährlichsten Entwicklungen gehört die zunehmende Diskriminierung von Ausländern und Ausländerinnen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland leben. Exekutiert von einer rechtsextremen Mobilgarde, läßt etablierte Politik es sich angedeihen, das ausländerInnenfeindliche Klima gesetzlich abzusichern.

Demgegenüber ist auf folgende vorzuschlagende Maßnahmen zu dringen:

- keine Änderung des Grundrechts auf Asyl.
- Aufhebung des neuen Asylverfahrensgesetzes zugunsten einer Erweiterung des »Flüchtlings«-Begriffs.
- Schaffung legaler Einwanderungsmöglichkeiten auch für Armutsflüchtlinge.
- Politische und rechtliche Gleichstellung von in Deutschland lebenden Ausländern und Ausländerinnen, einschließlich des Rechts auf doppelte StaatsbürgerInnenschaft
- Eine Vielfalt von Aktivitäten zur Herstellung sozialer und kultureller Chancengleichheit.
- Schaffung von Antidiskriminierungsstellen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene gegen Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit.
- Förderung von globalem Bewußtsein und global ausgerichtetem Handeln, z.B. durch Einrichtung von Eine-Welt-Foren.

Volle Chancengleichheit für Behinderte

Maßnahmen gegen die Diskriminierung werden überhaupt erforderlich sein; über die optimale Form ist zu diskutieren. Zu erinnern ist daran, daß soeben eine große Zahl von Organisationen Behinderter und Nicht-Behinderter die Forderung erhoben hat, Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsgesetze für Behinderte ebenso zu verabschieden, wie eine Verankerung des Benachteiligungsverbotes von Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes.

Weiteres benötigen die Behinderten, im Gegensatz zu den zeitgenössischen Vorstellungen von einem Pflegeversicherungsgesetz:

- eine Regelung, die alle Arten von Hilfen (nicht nur die physischen) umfasst und ihre chancengleiche Teilhabe an allen Bereichen des Lebens sichert.
- im ambulanten Bereich am Bedarf (und nicht an abstrakten Obergrenzen) orientierte Leistungen, die es den Betroffenen ermöglichen, die notwendigen Hilfen selbst zu organisieren;
- einen tatsächlichen Vorrang der ambulanten Hilfe gegenüber der stationären Versorgung, wobei ein Anspruch auf die real entstehenden Kosten bei ambulanten Hilfen besteht, und ein »Sog in die Einrichtungen« durch deren kostenmäßige Begünstigung vermieden wird;
- die Sicherstellung des Wahlrechts der Betroffenen zwischen verschiedenen Modellen der Leistungserbringung (Selbstanstellung von Pflegekräften im Privathaushalt; Sozialstationen, Pflegedienste...), wobei die Pflegekräfte tariflich gleich entlohnt zu werden haben – gleich, bei wem die Pflegekraft angestellt ist und von wem die Pflegeleistung organisiert wird;
- eine Sicherung des Mindeststandards der Hilfe zur Pflege nach dem BSHG, damit diese als Auffangmöglichkeit weiterhin zur Verfügung steht;
- die vorrangige Förderung und Finanzierung von Projekten, die von Behinderten selbst gestaltet und durchgeführt werden.
- die Beteiligung der Menschen mit Behinderung als Experten und ExpertInnen ihrer eigenen Sache an alle sie betreffenden Prozessen der Entscheidungsfindung, Planung, Durchführung und Kontrolle.

Kurz, es wird viel zu tun geben. ●

Druck auf Umweltpapier. Stabile Handwerker-Buchbindung. Planungskalendarium auf zwei gegenüberliegenden Seiten. Jahresplan. 52 Biorezepte. Mondphasen, Sonnenauf- und Untergangszeiten. Im redaktionellen Teil ökologische Beiträge, Gedichte, Illustrationen. Themen u.a.: Bundschuh, APO, Martin L. King, Indianeraufstand in Florida, P. Yogananda, Majakowski, Friedensbewegung, U. Sinclair. **200 Seiten, 8,80 DM**

KURZES AUS KULTUR & BILDUNG

Reise in den fernen Osten

3. Rollende Zukunftswerkstatt

Der Verein »Wladiwostok e.V.« lädt zu dieser Reise mit einem Sonderzug durch die landschaftlich sehr reizvolle Baikal-Amur-Magistrale ein. Vorgesehen ist u.a. ein Aufenthalt bei den heißen Quellen am Baikal-See und ein Besuch bei den Evenken, einer in ihrer Existenz bedrohten Volksgruppe.

Mitmachen können wieder Fachleute, Künstler und Journalisten aus unterschiedlichen Gebieten, die mit einem Vortrag, Workshop oder Seminar einen Beitrag zur Zukunftswerkstatt leisten wollen. Gesucht werden diesmal besonders ReferentInnen und Angebote aus dem Bereich Fremdenverkehrsentwicklung, Touristik, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Ein großer Gesprächsbedarf besteht auch zu Fragen der Landwirtschaft, des Gartenbaus, besonders der Pilzzucht, der umwelt- und sozialverträglichen Siedlungsentwicklung und der Wasserwirtschaft. Fragen der Rüstungskonversion, Pädagogik ohne Frontalunterricht, Suchtkranken und Psychotherapie, Körperarbeit, Frauen, Energie, Genossenschaftswesen und des Naturschutzes sind ebenfalls von Bedeutung. Es sind keine Sprachkenntnisse erforderlich, Dolmetscher sind vorhanden. Die Reise wird als Bildungsurlaub anerkannt.

Die Weiterreise nach Japan, Korea, China oder USA ist nach Abschluß der Zukunftswerkstatt möglich. Der Preis 2.770,00 DM incl. Vollpension, alle Übernachtungen und Transfers. Unterbringung in gemütlichen Drei- und Vierbettabteilen. Zuschlag für Doppelkabine 500 DM/Person, Einzelkabine 1.000 DM/Person. TeilnehmerInnenzahl: mind. 30 Personen, max. 45. **Anmeldeschluß: 15.4.1993.**

Weitere Informationen:
Wladiwostok e.V. · ehem. Schloßgärtnerei
W-6901 Langenzell · ☎ (0 62 23) 4 80 86
Fax 4 71 40

Ausschreibung 1993

Projektmittel für Soziokultur

Der Fonds Soziokultur fördert im Jahr 1993 (vorbehaltlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes) mit einem Etat von 725.000 DM befristete Projekte im Bundesgebiet, die sich um die Entwicklung und praktische Erprobung neuer Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur bemühen. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und geeignet sein, anderen soziokulturellen Einrichtungen ein nachahmenswertes Vorbild zu geben.

Initiativen und Vereine, die in diesem Sinne soziokulturelle Projekte durchführen wollen, können Förderungsanträge bis zum Januar 1993 stellen; Anträge von Einzelpersonen, Kommunen und Kultureinrichtungen in kommunaler Trägerschaft können nicht berücksichtigt werden. Ende März '93 entscheidet das Kuratorium des Fonds Soziokultur über die eingegangenen Anträge.

Vor dem Hintergrund wachsender Fremdenfeindlichkeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft sollen in diesem Jahr vor allem auch Projektträger angesprochen und zur Antragstellung ermutigt werden, die mit Hilfe kultureller und künstlerischer Mittel zur kommunikativen Auseinandersetzung und gegenseitigen Anerkennung von Menschen aus verschiedenen Traditionen und Kulturen beitragen wollen. Ein Teilbetrag der Fördermittel des Fonds Soziokultur wird für solche Projektvorhaben reserviert.

Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 1993 und die Förderrichtlinien können bei der Geschäftsstelle des Fonds angefordert werden.

Gegen Voreinsendung von DM 7,– in Briefmarken wird InteressentInnen auch die neueste Ausgabe der Fondszeitschrift »Kulturszene« zugeschickt (erscheint Ende Dezember '92), in der die Förderpraxis des Fonds Soziokultur anhand ausgewählter Projektbeispiele vorgestellt und verdeutlicht wird.

Kontakt:
Fonds Soziokultur e.V. · Hohenhof
Stirnband 10 · W-5800 Hagen 1
☎ (0 23 31) 5 85 01

KUPOGE protestiert

Förderpraxis des Fonds Soziokultur gefährdet

Mit Unverständnis und Erstaunen reagierte Mitte November die Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) in Hagen auf die Ankündigung, den bestehenden Kulturfonds für Bildende Kunst, Musikförderung, Literatur, Darstellende Kunst und Soziokultur die Verpflichtung aufzuerlegen, eine Stockbildung in Höhe von 30% des Etats vorzunehmen und damit faktisch auf Jahre hinaus die Fördersumme um ein Drittel zu kürzen. Insbesondere im Blick auf die »kleinen« Fonds für Soziokultur und Darstellende Kunst sei diese Maßnahme in ihrer finanzpolitischen Logik nicht nachvollziehbar und in ihrer kulturpolitischen Wirkung kontraproduktiv, weil die Schere zwischen der Gesamtantragssumme (Fonds Soziokultur 1992 = ca. 18 Mio. DM) und den Vergabemitteln (ca. 300.000,– DM) unverantwortlich groß werde. Im übrigen sei die hinter der »Stockbildung« stehende Überlegung des Bundes, die Fonds auf Dauer finanziell auf eigene Füße zu stellen, angesichts der geringen Fördermittel vollkommen unverständlich, weil eine Selbstfinanzierung erst nach zwei bis drei Jahrzehnten erreicht werden könne.

Durch die zusätzliche Erwägung des Bundesinnenministeriums, die Fördermittel der »kleinen« Fonds nicht – wie im Haushaltsplan 1993 vorgesehen – von 582.000 auf 725.000 DM zu erhöhen, sondern darauf zu verzichten oder gar eine Reduzierung der Mittel vorzunehmen, werde einer effektiven und verantwortungsvollen Förderpolitik der Boden entzogen. Im Blick auf den Fonds Soziokultur sei die finanzpolitische Entscheidung auch deshalb fragwürdig und absurd, weil dieser seine Mittel 1993 u.a. für Kulturprojekte einsetzen wolle, die sich dem drängenden und beängstigenden Problem der Fremdenfeindlichkeit und zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft widmen.

Die KuPoGe appelliert deshalb eindringlich an die verantwortlichen FinanzpolitikerInnen, den Rotstift nicht bei solchen Einrichtungen anzusetzen, die sich um eine gesellschaftspolitisch verantwortungsvolle, situations- und bedarfsgerechte Förderstrategie bemühen und dabei den im verfassungsrechtlichen Prinzip der Freiheit der Kunst angelegten Gedanken der Staatsferne Rechnung tragen. Sie fordert daher dazu auf, die Verpflichtung zur Stockbildung wie bisher als Kann-Bestimmung weiterzuführen oder dafür Sorge zu tragen, die Stockbildung durch eine Erhöhung der Etatmittel auszugleichen.

Baden-Württemberg

Landesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung (LAAW) gegründet

Die LAAW BaWü entstand Mitte Oktober 1992 nach einer zweijährigen Sondierungsphase aus der Projektgruppe für eine andere Weiterbildung. In dem neuen Landesverband haben sich ökologische, entwicklungspolitische, feministische, friedenspolitische und ganzheitlich ausgerichtete Bildungsinitiativen mit pädagogisch ausgerichteten Bildungseinrichtungen (Lehrerinitiativen), kulturellen und kreativen Werkstätten (z.B. Theaterwerkstätten) und unabhängigen Tagungshäusern zusammengeschlossen. Der Verband vertritt einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der auf den Prinzipien der Selbshilfe und Selbstverwaltung basiert, und will einen Beitrag zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Weiterbildung in Baden-Württemberg leisten. Es bestehen Kontakte zu gleichartigen Verbänden in anderen Bundesländern (z.B. NRW, Niedersachsen), in denen die andere Weiterbildung ihre öffentliche Anerkennung bereits durchgesetzt hat.

In ihrer Gründungsproklamation kritisierte die LAAW die Stagnation und den geringen Stellenwert der Weiterbildung in Baden-Württemberg, forderte die Anerkennung und gleichberechtigte Förderung der aus den neuen sozialen Bewegungen heraus entstandenen Weiterbildungsträger und machte Vorschläge zur Novellierung des baden-württembergischen Weiterbildungsgesetzes von 1980 und zur Einführung eines ArbeitnehmerInnenweiterbildungsgesetzes, das sich an den in anderen Bundesländern bestehenden Gesetzen orientiert.

Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die neue CDU/SPD-Regierung in Baden-Württemberg und das neue Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst unter der Ministerin Unger-Soyka die ungerechte Behandlung der anderen Weiterbildung in Baden-Württemberg beendet und ihr Innovationspotential in die künftige Bildungspolitik einbezieht.

Die LAAW-BaWü will als nächsten Schritt Gespräche mit den bildungspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie dem zuständigen Landesministerium anstreben.

ANTHROPOSOPHiNNEN ZU SELBSTVERWALTUNG

Assoziatives Wirtschaften – eine radikale Wirtschaftskonzeption

Zum elften und damit vorletzten Mal trafen sich Ende Oktober die etwa 90 MitarbeiterInnen der anthroposophischen Berufsfortbildungsreihe »Individualität und Soziale Verantwortung«.

Titus Bahner (Kiel), Redaktion Heidelberg ● In Überlingen am Bodensee ging es diesmal um eine Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten unter dem Titel »Assoziatives Wirtschaften – Grundlagen und praktische Ansätze«. Die Reihe findet damit ihren Abschluß, eine Neuauflage für EinsteigerInnen sowie themenbezogene Vertiefungsseminare sind für nächstes Jahr geplant, Infos unter Tel. 0711-2368950.

Assoziatives Wirtschaften ist kein System, denn es fußt radikal auf dem Selbstverwaltungsgedanken und kann daher von keiner Autorität eingerichtet oder eingesetzt werden; es kann nur entstehen, wenn die Beteiligten es selbst von innen gestalten und der politische Staat es zuläßt. Ebenso ist es eher eine »AntiTheorie« als eine Theorie, denn es verzichtet auf jegliche Verhaltensannahmen und macht keine Aussagen, was geschehen wird, denn die sich ausbildenden Strukturen liegen in den Händen der Beteiligten und sind von ihren individuellen Ideen abhängig.

Frustrierend auch für den/die Wirtschaftswissenschaftler/in, der seine/ihre Machtposition der allgemein zutreffenden Aussagen aufgeben muß und, um es mit Rudolf Steiner zu sagen, ins »Innere der Retorte« springen muß, wo nur noch konkrete Mitarbeit am Einzelfall ein Urteil ermöglicht. Die Aussagen des Konzeptes beziehen sich nur auf die Bedingungen, die es den Menschen möglich machen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln – und die sind eben genau die Bedingungen der Machtlosigkeit, der Nicht-Bevormundung anderer. Die Wurzel assoziativen Wirtschaftens (lat. radix) ist das Bild des sich zur Freiheit, d.h. zum Handeln aus sich selbst heraus entwickelnden Menschen. Das meint nicht die »Freiheit« der Konsumwahl, denn in seinen Konsumbedürfnissen ist der Mensch zunächst sozusagen von seiner Tiernatur getrieben (Hunger, Durst, Anerkennung, Status) und damit nicht selbstbestimmt. Die marktwirtschaftliche Konsumorgie versucht mit den perfidesten Methoden das besinnungslose Fressen aufrechtzuerhalten und ist damit im Grunde nur an diesem Tierstadium des Menschen interessiert.

Der Kern des Menschen dagegen liegt im bewußten »Ich«, das sich besinnen und zu dieser Tiernatur ein bewußtes Verhältnis herstellen kann (z.B. aufhören zu rauchen oder aber absichtlich rauchen, sich anders ernähren, sich unkonform verhalten). Hier ist Freiheit möglich. Die historische Situation der heutigen Menschen ist so, daß sie diese Freiheit suchen und entwickeln wollen – viel stärker als noch im 18. oder 19.Jahrhundert, wo die Einbindung in tradierte gesellschaftliche Verhältnisse kaum hinterfragt wurde. Wir erleben seit etwa 25 Jahren eine nie dagewesene Kulmination dieses Prozesses.

Wirtschaft und Verantwortung

Die historische »Umstülpung« der sozialen Außenbestimmtheit der Menschen früher und zur individuellen Innen- und Selbstbestimmtheit heute hat nicht nur gesellschaftliche Normen auf breitester Front umgewürfelt, sondern verlangt auch ein radikal anderes Wirtschaften. Die heutige Form der Wirtschaft ist zu einer Fessel für die sich entfalten wollenden Bewußtseinsprozesse geworden. Assoziative Wirtschaft ist der Versuch, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Selbstbestimmung, Freiheit kann nicht nur eine »Freiheit von« meinen – die gewährt auch die Marktwirtschaft: Freiheit von Einschränkungen, tu was du willst, du darfst! Darin liegt auch das Leerlaufen der bloßen Protestbewegungen begründet – sie unterscheiden sich in ihrer Grundhaltung, in ihrem Freiheitsbegriff garnicht von der übrigen Gesellschaft. Das liberale politische System hat keine Schwierigkeiten, diese Strömungen aufzusaugen, da ihre politische Anti-Haltung wunderbar mit der marktwirtschaftlichen »Freiheit von Einschränkungen« zusammenpaßt. Und heute müssen wir kopfschüttelnd zusehen, wie die Werbung unsere alten Parolen verwurstet. Ist es ein Wunder? Wer sich vom System nur durch die Kleidung unterscheidet, braucht sich nicht über seine nahtlose Integration zu wundern.

Freiheit hat aber nur als »Freiheit zu« Inhalt und Substanz. Doch Freiheit zu was? – Hier taucht die Frage nach Ethik und Verantwortung, nach der Beziehung des handelnden Menschen zur Welt und den anderen Menschen auf, quasi von selbst hervorgegangen aus dem innerlich offenen Freiheitsbegriff. Wirtschaft spielt sich als sozialer Prozeß immer zwischen konkreten Menschen in konkreten Lebensumständen ab. Daher ist Wirtschaft und Verantwortung für selbstbestimmte Menschen untrennbar verbunden. Wirtschaft ist nicht nur ein Teil des Lebens, sondern der Bereich der wirklichsten, der unsentimentalsten Beziehungen zwischen Menschen: von dem, was andere für mich produzieren, hänge ich existentiell ab.

Verantwortung jedoch ist nur im Bewußtsein der Folgen des Handelns möglich. Das Grundanliegen assoziativer Wirtschaft ist es daher, Bewußtsein in den Wirtschaftsbeziehungen zu ermöglichen. Was aufgrund dieses Bewußtseins entstehen soll, muß völlig offen bleiben, denn allein die Beteiligten selbst können verantwortlich handeln.

Die gegenwärtige Marktwirtschaft baut dagegen gerade auf die Nichtverständigung zwischen Angebots- und Nachfrageseite, um den Konkurrenzmechanismus wirken zu lassen; dazu müssen die Anzahl der Beteiligten möglichst groß und ihre Entscheidungen möglichst unkoordiniert gehalten werden – in dieser Hinsicht das genaue Gegenbild assoziativer Wirtschaft. Der anonyme Markt, das völlig bewußtlose Wirtschaftsgeschehen als das klare Ideal der Marktwirtschaft bedeutet einen planmäßigen Freispruch von sozialer Verantwortung im Wirtschaften. Verantwortung kann aber nirgendwo anders als beim Einzelnen entstehen; eine »unsichtbare Hand« kann nicht nur das nicht leisten, sondern gaukelt auch noch eine Art unsichtbaren Verantwortungsmechanismus vor, der die Menschen geradezu daran hindert, sich ihrer Verantwortung bewußt zu werden, nach dem Motto »der Große Bruder tuts schon an deiner Stelle«.

Machtlosigkeit durch Konkurrenz...

Der Konkurrenzmechanismus und das Verständigungsverbot in der Marktwirtschaft haben die entscheidende Funktion, Machtausübung durch Zusammenschlüsse von ErzeugerInnen oder AbnehmerInnen zu verhindern und damit die Ausbeutung, die mit den monopolartigen Wirtschaftsformen des Frühkapitalismus einherging, zu überwinden. Absprachen zwischen ErzeugerInnen und AbnehmerInnen sind dabei genauso suspekt, da sie eine Art gegenseitiges Monopol herstellen. Assoziative Wirtschaft muß sich daher die Frage stellen lassen, wie sie Ausbeutung durch Absprachen verhindern will.

In der Tat hat sie den Anspruch, als im Kern anarchistische Wirtschaftstheorie konsequent Machtstrukturen zu verhindern. Sie setzt dabei aber nicht an der äußeren Machtentfaltung an, sondern an der Entstehung von Machtstreben bei den beteiligten (d.h. allen) Menschen. Die Marktwirtschaft provoziert geradezu Machtstreben aller Beteiligten über den dazu auch so genannten Konkurrenzkampf; das Resultat ist eine aufgedröhnte, überwache Atmosphäre latenter Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, die sich auf Nebenschauplätzen wie den Straßen, im Fernsehen oder in der zunehmenden Isolation und Sozialunfähigkeit der Menschen zeigt. Das Wirtschaftsleben als alle betreffende Realität trägt dazu entscheidend bei. Die Marktwirtschaft konstruiert daraus äußerlich eine heile Welt und ist damit ein schizophrener Ansatz; deutlich zu spüren, wenn z.B. mit Umwelt geworben wird... jede/r weiß, daß sie dabei Umwelt sagen, aber an Geld denken. Alles Fassade.

... oder durch Begegnung

Assoziatives Wirtschaften sucht den Kern von Machtstreben auf, und dazu ist das Menschenbild der Anthroposophie der entscheidende Helfer. Anders als etwa bei Rudolf Bahro oder vielen New Age-Ansätzen soll der zum Selbstbewußtsein erwachte Mensch sein Ich, seine individuellen Kanten und Konturen nicht wieder wegschmeißen, sondern sie mitnehmen zu einer Bewußtseinserweiterung, die den Umkreis und die anderen Menschen in die Ich-Wachheit mit einschließt. Macht entsteht, wenn der Mensch sein selbstbestimmtes Handeln ausschließlich auf sich bezieht und die Interessen und Anliegen des Umkreises nicht wahrnimmt. Da dieser Zustand zum »Aufwachen« nötig ist – Aufwachen heißt immer sich der Umgebung gegenüberstellen und sich von ihr abgrenzen –, ist diese Phase auf dem Weg zur Selbstbestimmung garnicht zu vermeiden, wovon sich jede Leserin im Rückblick auf ihre eigene Biographie überzeugen kann. – Wer sich aber von der eigenen Selbstbestimmung durch genügendes Nein-Sagen irgendwann überzeugt hat, ist imstande, nun auch die anderen Menschen sozusagen in seine Selbstbestimmung einzubeziehen und ihre Bedürfnisse als genauso wirklich wie die eigenen zu empfinden. Das führt zu einer Wachheit gegenüber den anderen wie auch sich selbst, aus der heraus Solidarität möglich ist und in der Machtstreben tendenziell überwunden werden kann. Und das gilt ganz konkret auch für wirtschaftliches Machtstreben.

Es ist müßig, die Unmöglichkeit einer solchen Bewußtseinserweiterung (des Herzens, nicht des Verstandes) beweisen zu wollen. Wie alles Handeln aus Freiheit passiert es nur, wenn mensch es tut, d.h. wer es nicht will, für den ist es auch nicht möglich. Wer von einem zwanghaft egozentrischen Ich ausgeht, das es zum Wohle der Welt zu zerschlagen gilt, und daraus die Unmöglichkeit einer wachen, Ich-bewußten Solidarität folgert, der holt aus dem Begriff »Ich« nur das heraus, was er vorher selbst hineingelegt hat. Hier ist ein anderer Ich-Begriff gemeint. Mensch kann sich von der Möglichkeit dieser wachen Bewußtseinserweiterung nur dadurch überzeugen, daß mensch es bei sich selbst versucht. (Dazu gibt es z.B. den anthroposophischen Schulungsweg.)

So kommt assoziative Wirtschaft zu der Behauptung, daß gerade die Verständigung zwischen den WirtschaftspartnerInnen die Voraussetzung ist für das Verhindern von Machtstreben. Natürlich, Garantie gibt uns keine, aber wenn mensch an die Möglichkeit zur menschlichen Entwicklung glaubt und nicht resigniert wie die IdeologInnen der Marktwirtschaft, dann muß mensch die Prozesse ermöglichen und auch Unfähigkeiten in Kauf nehmen. Schwimmend schwimmen lernen ist die Devise.

Die organisatorische Konsequenz aus der Forderung nach Verständigung ist zunächst, daß es für die Beteiligten möglich sein muß, sich gegenseitig überhaupt wahrzunehmen. Dazu gehört eine bestimmte Höchstgröße der Struktur sowie Gesprächsforen oder anders organisierte Kommunikationsprozesse, die sozusagen die Wahrnehmungsorgane im Wirtschaftsleben bilden: Eben die sogenannten Assoziationen. ●

(Fortsetzung folgt)

Anzeige

Das Gegengift zum jammervollen Zeitgeist:

VIVA L'ANARCHIA!

LIBERTÄR '93, der anarchistische Wandkalender vom AnArchiv, bringt wieder Stoff für 365 lange Tage...: Wandschmuck, Gebrauchsgegenstand, historisches Dokument, kritische Information, Agitationsmittel und politische Unterhaltung in einem. Das Thema des 93'er Kalenders lautet **»Viva l'Anarchia«** und zeigt seltene und ausdrucksstarke **Bilder anarchistischer Lebenskultur aus zwei Jahrhunderten,**

vom Caféhausanarchismus bis zum Punk

mit Bildern und Texten zu Kommunen, Arbeiterkultur, Bohème, Theater, Öko-Anarchismus, Erziehung, Revolution, Hausbesetzung etc sowie einem einleitenden Essay

»Gibt es ein Leben vor der Revolution?«.

Der Kalender ist gegen Vorkasse von 25 DM (Geld, Scheck, Briefmarken im Couvert) erhältlich. WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt und bekommen die Kalender auf Komission!
Alte Kalender (1991: »Frauen der Anarchie«, 1992: »Selbstverwaltung in der spanischen Revolution 1936–39«) sind noch für je 10 DM erhältlich. Mit den Erlösen finanzieren wir das AnArchiv, ein anarchistisches Dokumentationszentrum, das seit 1971 besteht.

DAS ANARCHIV
Hauptstraße 118 · 6730 Neustadt/Wstr.
Telefon: 06321 / 35371 · Telefax: 06321 / 7902

Das richtige Geschenk für den richtigen Start ins neue Jahr!

Atelier »Die Letter«, 1992 (Mitgl. Projekt A)

SELBSTDARSTELLUNG

Zum Greifen nah: Ökodorfprojekt vor der Realisierung!

Es sieht so aus, als könnte sie Wirklichkeit werden – die Siedlung für etwa 300 Menschen, in der wir in der Natur und in Gemeinschaft leben, wohnen und arbeiten, und uns selbst versorgen können. Seit 1988 wird das Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« vorbereitet. Jetzt ist ein nahezu idealer Standort gefunden, im Grenzland zwischen Sachsen-Anhalt und niedersächsischem Wendland, auf dem Boden des ehemaligen Dorfes Stresow.

Im Zuge von »Grenzsicherungsmaßnahmen« der DDR wurden bis 1972 alle BewohnerInnen ausgesiedelt und der Ort planiert. Heute ist dort ein idyllischer Flecken Erde inmitten weitläufiger Landschafts- und Naturschutzgebiete des Elbebereichs. Nur der karge, verdichtete Boden deutet noch auf die darunterliegenden Dorfreste hin. Laut Gemeindebeschluß vom Oktober 1992 kann dort unser Ökodorf entstehen!

Es ist ein wirklich »grenzüberschreitendes« Vorhaben: zwischen Ost und West, Natur und Mensch, Arbeit und Leben... Eine Ausnahme ist es auch nach bundesdeutschem Planungsrecht, im »Außenbereich«, also inmitten der Natur, eine Siedlung entstehen zu lassen. Für uns ist es eine Herausforderung, mit einer ökologischen Siedlungsweise die schadlose Einpassung eines menschlichen Gemeinwesens, mit seinen Stoffkreisläufen, in den Naturhaushalt zu erreichen. Und die Chance, eine eigenständige Siedlungsgemeinschaft aufbauen zu können, ohne den gegenseitigen Ängsten und Behinderungen zwischen Alteingesessenen und »Eindringlingen« ausgesetzt zu sein. Toleranz und Eigenständigkeit waren die Voraussetzungen des positiven Gemeindebeschlusses. Auch die zuständigen Behörden stehen dem Projekt aufgeschlossen gegenüber. Von besonderer Bedeutung für uns ist die unmittelbare Nachbarschaft zur »Republik Freies Wendland«, der wendländischen Tradition des Widerstands gegen die Atomanlagen, mit der Kooperation der biologischen Höfe und den vielen Alternativprojekten dort.

Der steinige Weg vom Traum zur Realität

Doch noch sind Schwierigkeiten zu überwinden. Ein Großteil des nicht gemeindeeigenen Bodens – vor allem etwa 65 Hektar landwirtschaftliche Flächen – unterliegt der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG – eine Nachfolgegesellschaft der Treuhand). Diese Flächen sind sowohl von Ansprüchen der jetzigen Pächter, als auch von Rückübertragungsansprüchen der ehemaligen Eigentümer belastet. Die BVVG bevorzugt jedoch denjenigen »Investor«, der die meisten Arbeitsplätze, Wohnungen und Infrastrukturmaßnahmen erbringen kann. Damit hat unser umfassendes Siedlungskonzept große Vorteile gegenüber normalen Landwirtschaftsbetrieben. Jetzt geht es um die Umsetzung von Ideen in Realität – und die wird hierzulande immer noch in Zahlen gemessen. Wir müssen einen wirtschaftlichen Aufbauplan entwickeln, der für die ersten 2 Jahre bindender Bestandteil des Vertrages mit der BVVG wird. Unser Ziel ist es, bis Mai 1993 den offiziellen Antrag bei der BVVG zu stellen. Bis dahin müssen wir mit Eurer Hilfe:

○ genügend Förderer finden, die die Kaufsumme von mindestens 300.000,– DM für das Land aufbringen. Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS-Bochum/Stuttgart) hat uns einen zinslosen Sofortkredit zugesagt, wenn sich im Rahmen einer »Leihgemeinschaft« ca. 200 Menschen zusammenfinden und verpflichten, über 2 oder 3 Jahre einen monatlichen Betrag (30,– bis 100,– DM) zurückzuzahlen. Auch private Direktkredite an unsere Genossenschaft und Spenden (steuerlich absetzbar) sind gefragt. Mit diesem Modell des »Landfreikaufs« soll durch den Zusammenschluß vieler Menschen ein gemeinnütziger Zweck (die ideelle Bindung des Landes) erreicht werden, den die anfängliche SiedlerInnengruppe nicht erreichen könnte.

○ in der entstehenden Siedlungsgenossenschaft etwa 40 Menschen sein, die sich verpflichten, die satzungsmäßigen Geschäftsanteile in Höhe von 22.000,– DM pro Person aufzubringen. In dieser Summe sind alle kalkulierten Kosten des Siedlungsaufbaus enthalten, außer den Kosten für individuell genutzten Wohnraum und den zusätzlichen Bedarf an Fremdmitteln (Kredite und Fördergelder) von ca. 30%. Die ersten Genossenschaftsmitglieder sollten zumindest den Bedarf an Eigenkapital für die ersten 2 Jahre abdecken.

○ die Wirtschaftspläne für die einzelnen Siedlungsbereiche erarbeiten und zu einem Gesamtkonzept zusammenfügen. Hier ist noch in vielen Bereichen qualifizierte Mitarbeit gewünscht, vor allem was rechtliche, steuerliche und betriebswirtschaftliche Fragen betrifft. Über die Mitarbeit und Ansiedlung schon bestehender Betriebe würden wir uns besonders freuen.

Damit neue InteressentInnen zu uns finden können, und außer guter Zusammenarbeit auch eine Verbundenheit entstehen kann, bieten wir 1993 folgende Treffen an:
01.-03.01. / 19.-21.02. / 12.-18.04. / 14.-16.05. im Wendland
22.-24.01. in Berlin / 18.-24.06. Zeltlager auf der Nordalb

Dieter Halbach

Ansprechpartner:
Standortfragen: Arno Hauenschild, Jeetzel 22, W-3130 Lüchow 1 (Anmeldung für Wendland-Treffen)
Genossenschaft: Dieter Halbach, Leinestr. 7, W-1000 Berlin 44 (Anmeldung für Berlin)
Förderkreis: Carl Funke, Zur Dehmse 16, W-2832 Twistringen
Allgemeine Projektinformationen und Materialien: Freundeskreis Ökologisches Dorf e.V., PF 10 30 07, W-6900 Heidelberg

BLICKWINKEL EG

GENOSSINNENSCHAFTEN

Genossenschaften in Europa – eine Perspektive für Frauen?

In vielen europäischen Ländern ist die Neigung von Frauen, sich – alleine oder mit Partnerinnen – selbständig zu machen, rapide gewachsen. In der Bundesrepublik Deutschland wie in Frankreich, in Großbritannien wie in Italien und in Spanien stellen Frauen inzwischen ungefähr ein Viertel der selbständigen UnternehmerInnen dar. Die Tendenz ist steigend.

Annegret Döse, Redaktion Genossenschaften ● Zunehmend geraten auch gemeinschaftliche Existenzgründungen durch Frauen – in der Regel unter dem Stichwort der »örtlichen Beschäftigungsinitiative« oder unter dem der Genossenschaft – in den Blickwinkel politischen Interesses. Alle Organe der EG und auch die OECD haben in dieser Hinsicht wissenschaftliches Interesse und aktiv fördernde Tätigkeit entwickelt.

Interessant und stürmisch ist beispielsweise die Entwicklung in Großbritannien. Gab es hier im Jahre 1975 nur 11 Arbeiter-Kooperativen, so soll es heute bereits ca. 1.500 geben. Die meisten der Kooperativen sind klein. Im Durchschnitt haben sie fünf Mitglieder, rekrutieren sich zum großen Teil aus Arbeitslosen und arbeiten in wirtschaftlichen Bereichen, die kein hohes Gründungskapital erfordern (Dienstleistungen, Nahrungs- und Genußmittel, Produktion). Im Jahre 1988 gab es darunter allein 217 Frauengenossenschaften, 126 Genossenschaften ethnischer Minderheiten und 112 Genossenschaften zur Förderung der Arbeit von Behinderten. Dieser rapide Wachstum wurde mitverursacht durch die aktiv fördernde Politik der über das ganze Land verstreuten lokalen Entwicklungsagenturen (Local Cooperative Development Agencies). Empirische Studien zeigen, daß Regionen mit einer hohen Dichte dieser Entwicklungsagenturen eine weitaus größere Zahl von Kooperativen aufweisen als andere Regionen.

GRIECHISCHE VORREITERROLLE

Unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung für Frauen verdient die genossenschaftliche Entwicklung in Griechenland Interesse. Wie fast überall in Europa sind dort in den letzten Jahren neue Beschäftigungs- und Erwerbsformen entstanden. Es handelt sich um – zum Teil mit staatlichen oder EG-Mitteln geförderten – genossenschaftliche oder genossenschaftsähnliche Initiativen, die einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit suchen. Die wichtigsten von ihnen sind Initiativen Jugendlicher und Frauengenossenschaften, von denen es etwa 40 bis 50 im ganzen Land gibt. Eine griechische Besonderheit stellen Gesellschaften zwischen kommunalen Körperschaften und Genossenschaften dar, die in der Regel auf Initiative der Gemeinden hin gegründet werden. Unter den Frauengenossenschaften dominieren solche mit eher einfachen Tätigkeitsbereichen. Sie versuchen, die traditionell unter den Landfrauen vorhandenen Fähigkeiten wie Herstellung von Stoffen, Kleidung und Kunsthandwerksprodukten, Betrieb von Restaurants, Zimmervermietung etc. kommerziell zu verwerten.

Das Phänomen der Frauengenossenschaften ist nicht neu und läßt sich bis in die fünfziger Jahre zurückverfolgen. Neu ist aber, daß seit dem Jahre 1983 Frauengenossenschaften in besonderem Maße staatlich gefördert werden. Ansatzpunkt der staatlichen Förderung war anfangs, den griechischen Bäuerinnen zu einer relativen ökonomischen Unabhängigkeit zu verhelfen und ihnen damit den ersten Schritt zur familiären und gesellschaftlichen Emanzipation zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte auch zur Entwicklung der Region beigetragen werden. Nach und nach hat sich das Spektrum der Frauengenossenschaften erweitert. Heute umfaßt es auch die Konditoreien, die Tierzucht, die Anstreichertätigkeiten etc.

Deutschland bildet, was die Zahl der produktivgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse angeht, ein Schlußlicht in Europa. Im Jahre 1986 wurden als eingetragene Produktivgenossenschaften ganze 17 gezählt. Zwar sind aus der alten Bundesrepublik eine Reihe selbstverwalteter Beschäftigungsprojekte bekannt. Darunter auch eine Reihe von Frauenprojekten. Bisher hatte aber keine von diesen die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft angenommen. Aus jüngster Zeit verdient deshalb das Beispiel einer Frauengenossenschaft (allerdings keine Produktivgenossenschaft) Erwähnung, das wegweisend sein könnte.

EINE BUNDESDEUTSCHE INITIATIVE

Es handelt sich um die »Weiberwirtschaft« in Berlin. Sie ist seit der Jahrhundertwende die erste Frauengenossenschaft Deutschlands, die in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft arbeitet. Gegenstand des Unternehmens sind die Gründung und der Betrieb eines Gewerbehofes, der etwa 40 Frauenunternehmen mit ca. 350 umweltfreundlichen und sozialverträglichen Arbeitsplätzen Raum bieten soll (aktuelle Entwicklung vgl. Beitrag auf Seite 7). Dieses Gründerinnenzentrum will eine, auf die spezifischen Probleme von Frauen zugeschnittene, Infrastruktur anbieten, die Gründungs-, Unternehmens- und Finanzberatung, Weiterbildung und Entwicklung gemeinsamer Werbe- und Marketingstrategien, Umweltberatung und Kinderbetreuung umfaßt. Durch die Nutzung gemeinsamer Einrichtungen kann die schwierige Anfangsphase von Existenzgründungen erleichtert werden. Die Gründerinnen beteiligen sich finanziell am Kauf des Gewerbehofes, indem sie ihr Geld in Form von Genossenschaftsanteilen anlegen.

Vieles spricht dafür, daß die Genossenschaft aufgrund ihrer Herkunft als Solidargemeinschaft eine für weibliche Lebensperspektiven geeignete Form des Zusammenschlusses ist – ungeachtet aller Vorbehalte wegen ihrer möglichen Prekarität als materielle Existenzgrundlage. Sie könnte Frauen u.a. eine stärkere Beteiligung an Unternehmensentscheidungen, eine Verbesserung ihrer allgemeinen Arbeitsbedingungen und eine bessere Nutzung ihrer beruflichen Fähigkeiten ermöglichen, sowohl auf typisch weiblichen Gebieten als auch in neuen Tätigkeitsfeldern. Zudem kann sie die Frauen mit einem neuen Organisationsmodell bekanntmachen, in dem Frauen mehr Chancengleichheit haben als in traditionsgemäß hierarchisch organisierten Gesellschaftsformen.

FRAUENSPEZIFISCHE SCHWIERIGKEITEN

Das Forschungszentrum für die Frauen Europas (CREW) in Brüssel hat im Auftrag der EG-Kommission in verschiedenen Studien Haupthindernisse ermittelt, die sich für Frauen bei der Gründung einer Genossenschaft ergeben. Hierzu gehören neben juristischen Problemen:

- mangelndes Selbstvertrauen bei Gründung und Führung eine Betriebes; Fehlen von Führungsqualitäten;
- fehlende unternehmerische Ausbildung für Betriebsführung und für den Absatz der Produkte;
- Fehlen von Netzen und Organisationen für die Vertretung und Unterstützung solcher Initiativen und für eine entsprechende Beratung;
- Fehlen von sozialen Infrastrukturen für Frauen mit Familie.

Die Überwindung solcher Schwierigkeiten kann vermutlich nur durch Schaffung besonderer, auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnittenen Beratungsinstitutionen geschehen. Einen Schritt in diese Richtung ist die EG-Kommission gegangen, indem sie ein europäisches Expertinnen-Netz für örtliche Beschäftigungsinitiativen für Frauen einrichtete. Es hat im Jahre 1988 seine Arbeit aufgenommen. ●

LPG UND PGH IN OSTDEUTSCHLAND

Frauenarbeitsplätze gefährdet

1989 waren in Ostdeutschland insgesamt 896.118 Personen in Produktivgenossenschaften (LPG und PGH) beschäftigt, davon 36,8% Frauen, also mehr als ein Drittel. Frauen arbeiteten aber zum größten Teil in den LPG'n. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist in der Landwirtschaft besonders hoch, dies betrifft vor allem Frauen.

Viele der 2.700 ehemaligen Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) konnten die Umstrukturierung überleben, wenn auch mit ungeheuren Schwierigkeiten. Denn noch zur Amtszeit von Modrow wurde eine für die Ostgenossenschaften verhängnisvolle Richtlinie erlassen: Der unteilbare Genossenschaftsfonds konnte geteilt werden, wodurch die Genossenschaftsmitglieder Anspruch auf die sich im Laufe der Jahre angesammelten Vermögenswerte erhielten. Viele zogen ihren Anteil aus den Genossenschaftsfonds und steckten die so erhaltenen Mittel in ein neues Auto oder andere Konsumwünsche. Diejenigen, die weiter arbeiten wollten, mußten zum Teil teure Investitionsskredite aufnehmen. Vergeblich versucht der vdp (Verband der Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen) bisher, diese Richtlinie rückgängig zu machen.

Ungefähr 20% der ehemaligen PGH'n befinden sich in der Umwandlung oder haben sich bereits in eingetragene Genossenschaften umgewandelt, die meisten wählten jedoch die Rechtsform der GmbH.

In Berlin gibt es derzeit 2.000 Beschäftigte in Produktionsgenossenschaften des Handwerks, ca. 300 von ihnen sind Frauen. Insgesamt gibt es in Ostdeutschland 7.000 Beschäftigte in Produktionsgenossenschaften des Handwerks, ca. die Hälfte von ihnen sind Frauen, laut Auskunft des vdp.

Frauen arbeiten in diesen Genossenschaften vorwiegend in der Verwaltung und im Einkauf. Es gibt aber auch Produktivgenossenschaften mit einem überwiegenden Anteil weiblicher Beschäftigter oder reine Frauengenossenschaften, z.B. DolmetscherInnen oder Friseurinnen. Dabei handelt es sich um Unternehmenskooperativen in typisch weiblichen Handwerksberufen. Frauen finden in den Produktivgenossenschaften des Handwerks auch Zugang zu den Leitungsebenen, so z.B. in einer Baugenossenschaft.

(Quellen: Sozialreport 90, Berlin 1990, S.72 und Auskünfte des vdp)

Ricarda Buch

FRAUENGENOSSENSCHAFTEN IN SÜDTIROL

Notwendigkeit einer unterstützenden Struktur

Südtirol mit seiner ländlichen Struktur hat seine eigenen Bedingungen. Dennoch gibt es interessante Beispiele für Frauengenossenschaften. Gute gesetzliche Bedingungen und das Engagement des Bundes der Genossenschaften tragen dazu bei.

Erika Wieser/Renate Ullrich/Michaela Bobbo, Redaktion Genossenschaften ● Wie in anderen Staaten Europas befindet sich auch in Südtirol die Frau und deren vielseitiges Engagement im Vormarsch. Obwohl die Bevölkerung (rund 400.000 Personen) teilweise eine noch stark ländliche Prägung aufweist, ist die Frau als Bestandteil in der wirtschaftlichen Produktivität kaum mehr wegzudenken. Im Gegenteil: durch gezielte, unterstützende Gesetze wurde in den vergangenen Jahren ständig an deren Integration in die Arbeitswelt gearbeitet. Mit einem entsprechenden Landesgesetz vom August des Jahres 1989 wurde endlich der Grundstein zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau gelegt. Daraus ein vielversprechender Auszug:

»Das Land Südtirol setzt sich zum Ziel, im Rahmen seiner Zuständigkeiten einen Beitrag zur effektiven Verwirklichung des im Art. 3 der Verfassung der Republik verankerten Grundsatzes der Gleichheit aller Bürger, ohne Unterschied der Geschlechter sowie zur bestmöglichen Entfaltung der Selbständigkeit, der Identität und der spezifischen Eigenart der Frau, zu leisten. Um die Hindernisse zu beseitigen, die direkt oder indirekt die Frau diskriminiert, fördert das Land im Rahmen seiner Zuständigkeiten geeignete Maßnahmen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich«.

Gesetz fördert weibliches Unternehmertum

Aufgrund dieses Landesgesetzes wurde ein aus 15 Frauen bestehendes Komitee einberufen. Dieses setzt sich konkret mit der Situation der Frau in Südtirol auseinander und übt damit gleichzeitig eine fördernde Wirkung aus. Trotzdem kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß dieser kleinen Errungenschaft hartes und zähes Bemühen von Seiten einiger weniger Personen vorausging.

Dennoch ist in Südtirol das Interesse der Frau eher gering, sich in der Arbeitswelt gegenüber dem Mann gleichwertig zu profilieren. Nur in den Städten Bozen und Meran ist das Interesse stärker ausgeprägt, sich als Frau bleibende Rechte Frau zu verschaffen. Spekulationen zufolge dürfte die Zurückhaltung und das Desinteresse der ländlichen weiblichen Bevölkerung auf die örtlichen sozialen Bedingungen zurückzuführen sein. Diesen Frauen gelingt es nicht, sich über die Konventionen aus längst vergangenen Tagen hinwegzusetzen. Viele Bemühungen von einzelnen Mutigen scheitern an den Vorurteilen.

Auf dem Weg der Frau, sich in der Arbeitswelt durchzusetzen und vorhandene Fähigkeiten zu entfalten, wurde im Februar dieses Jahres ein Gesetz erlassen, daß das weibliche Unternehmertum fördert. Dieses Gesetz unterstreicht die generelle Gleichstellung und schafft dieselben Voraussetzungen für Mann und Frau im ökonomischen Bereich. Die Richtlinien dieses Gesetzes zielen auf die Schaffung und Entwicklung eines weiblichen Unternehmertums, auch in Form einer Genossenschaft, auf die Förderung und Qualifikation des weiblichen Unternehmertums sowie auf die Professionalität der Unternehmerinnen. Ebenfalls soll die Kreditbeschaffung für die von Frauen geleiteten Betriebe oder für Betriebe mit vorherrschend weiblicher Beteiligungsquote vereinfacht werden.

Einen weiteren wichtigen Schritt beinhaltet der noch nicht genehmigte Landesgesetzentwurf der Maßnahmen zur Förderung des Genossenschaftswesens. Darin werden unter anderem Versuche mit besonderen Beschäftigungsformen, gefördert durch das Land Südtirol, unternommen. Auch die berufliche Ausbildung, Spezialisierung und Umschulung der Frauen sowie ihre Wiedereingliederung in den früheren oder einen neuen Beruf soll durch die Bildung von Genossenschaften berücksichtigt werden.

Geglückte Genossenschaften

Zur Zeit bestehen in Südtirol fünf Cooperativen die ausschließlich von Frauen gegründet wurden: »Librolandia«, eine Buchhandlung für Jugendliche in der Stadt Bozen, ist eine davon. Die Cooperative »Part-Time« in Bozen beschäftigt sich mit der Vermittlung von weiblichen Arbeitskräften. Wie der Name der Genossenschaft bereits verrät, führen sie Teilzeitarbeiten aus. »Part Time« steht allen interessierten Frauen offen, die ihr Taschengeld aufbessern möchten.

- Eine andere Säule des weiblichen Unternehmertums findet sich in St.Felix am Nonnsberg. Dort entschlossen sich einundzwanzig Frauen aus einer Notlage heraus, den Betrieb eines ehemaligen Großkonzerns selbst in die Hand zu nehmen. »Futura«, so der hoffnungsvolle Name dieser Genossenschaft, ist ein Fertigungsbetrieb für Textilien.
- »Athena 90«, eine Frauengruppe in Bozen, beschäftigt sich mit der Promotion von verschiedenen Artikeln in den Supermärkten von Stadt und Land.
- Die Cooperative »Tagesmütter« setzt sich aus Frauen zusammen, die die Betreuung von Schulkindern übernehmen. Eine Initiative, die vor allem in den Städten auf viel Interesse stößt.

Bei der Aufzählung dieser Cooperativen darf nicht vergessen werden, daß der Bund der Genossenschaften Südtirols bei der Gründung dieser Unternehmen eine beachtliche Rolle spielte. Dies ist erwähnenswert, weil es die Notwendigkeit einer unterstützenden Struktur unterstreicht. ●

Anzeige

Cotidiano MUJER

Seit 7 Jahren berichtet die Frauenzeitung COTIDIANO MUJER, frech und provokativ über feministische Theorie, Frauenleben in Uruguay und Lateinamerika.
Sie erscheint alle zwei Monate in spanischer Sprache:

Jahresabo DM 60,-

Kostenlose Leseprobe anfordern bei:
COTIDIANO MUJER c/o Kappler
Fischerstraße 94, W-4100 Duisburg

BRITISCHE FRAUEN(IN)GENOSSENSCHAFTEN

GENOSSINNENSCHAFTEN

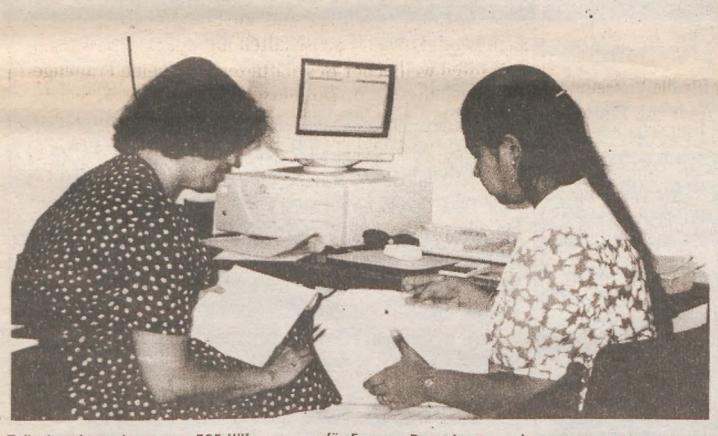
»Frauenbetriebe sind stark und überlebensfähig«

Das Genossenschaftswesen in Großbritannien ist im Aufwind. 56 regionale Entwicklungsagenturen unterstützen Neugründungen und bieten Lehrgänge zur Unternehmensführung an. Trotz der fehlenden Mittel im Frauennetzwerk »Women's Link-Up« haben sich vielerorts professionelle Frauengenossenschaften gebildet, wo sich die dort arbeitenden Frauen dank guter Arbeitsatmosphäre und flexiblen Strukturen in jeder Hinsicht wohl fühlen.

Allegra Carlton, Redaktion Frauen ● ICOM, der Dachverband der Kooperativen, vertritt in Großbritannien mittlerweile ca. 1.200 eingetragene Genossenschaften mit insgesamt 10.000 Mitgliedern und 56 Entwicklungsagenturen. ICOM hat den Auftrag, die Zielvorstellungen des britischen Genossenschaftswesens zu entwickeln und auf Regierungsebene durchzusetzen. ICOM unterstützt die Eintragung von Genossenschaften, bietet Rechtsberatung und andere, für Gründung und Erhalt von Genossenschaften notwendige Serviceleistungen an.

Wo sind die Statistiken über Frauenförderung?

Die britische Genossenschaftsbewegung vertritt den Anspruch, die Gleichberechtigung von Frauen zu fördern. Inwieweit Frauenförderung tatsächlich realisiert wird, bleibt jedoch im dunkeln. Denn statistisches Zahlenmaterial über den Frauenanteil unter Genossenschaftsmitgliedern oder über den zahlenmäßigen Anteil von Frauengenossenschaften gibt es bisher nicht. Merkwürdig: Wird Frauenförderung vielleicht von jenen, die sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen, als selbstverständlich vorausgesetzt? Wurde vielleicht versäumt – wie überall im männerdominierten Wirtschaftsleben – darüber objektive Informationen einzuholen?



Teilnehmerin an dem neuen ESF-Hilfsprogramm für Frauen »Returning to work on your own terms«

Frauennetzwerk – Women's Link-Up

Die Organisation ICOM hat eine eigene Frauenabteilung – Women's Link-Up, die zur Zeit weder über eine Mitarbeiterin noch über finanzielle Mittel verfügt. Dies liegt nicht an mangelnder Bereitschaft zur Frauenförderung, sondern an der allgemein schlechten finanziellen Ausstattung von ICOM. ICOM ist eine kleine und nicht sehr reiche Organisation. Alle weiblichen Beschäftigten bemühen sich, Women's Link-Up zu unterstützen und ermöglichen einmal jährlich eine Frauenkonferenz für Genossinnen und ein Bildungsseminar.

Vor einigen Jahren wurde Women's Link-Up als Trägerin eines Bildungsangebots für Mitarbeiterinnen von Genossenschaften vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Drei Jahre konnte dadurch ein Büro unterhalten werden. Das Kursprogramm wurde in der Folge nicht mehr über ICOM, sondern von örtlichen genossenschaftlichen Entwicklungsagenturen, z.B. SACDA durchgeführt.

Entwicklungsagenturen für Genossenschaften

Die regionale Entwicklungsagentur SACDA berät GründerInnen von Genossenschaften und bereits bestehende Genossenschaften im Kreis Southampton. Sie entstand 1983 mit viel Engagement und ohne Geld aus der damals einzigen Produktivgenossenschaft in Southhampton – einem Gemüseladen. 1986 bekam SACDA finanzielle Unterstützung vom ESF und konnte zwei UnternehmensberaterInnen einstellen.

Nach der Bewältigung diverser Schwierigkeiten konnte SACDA mit Hilfe eines bezahlten Unternehmensberaters und einer Verwaltungsangestellten viele Genossenschaften bei ihrer Gründung unterstützen. Nicht alle der Genossenschaftsinitiativen konnten überleben. Darunter befand sich auch das schon erwähnte Gemüsegeschäft. Heute existieren in Southhampton 26 Genossenschaften und 7 Initiativen zur Gründung von weiteren Genossenschaften.

Es handelt sich dabei um drei Wohngenossenschaften, von denen eine mittlerweile eine Größe erreicht hat, die ihre Aufsplittung in vier kleine notwendig erscheinen läßt. Ferner existieren 7 »Community Co-operatives« mit gemeinnütziger Ausrichtung, eine Agrargenossenschaft und 15 Produktivgenossenschaften. Unter den Produktivgenossenschaften sind 2 Frauengenossenschaften, jeweils mit 3 Mitarbeiterinnen. Es handelt sich um einen Imbiß in einem Gemeindezentrum und um ein ökologisches Beratungsunternehmen.

Lehrgänge für GenossenschaftsgründerInnen

Daneben bietet SACDA vom ESF geförderte Lehrgänge für erwerbslose Frauen an. Reisekosten und Kinderbetreuung der Teilnehmerinnen werden zusätzlich finanziert. Die Kurse dauern 3 bis 4 Monate mit 21 Wochenstunden. Ziel des Kursangebots ist die Befähigung zur Gründung eines eigenen Unternehmens – möglichst einer Genossenschaft. Neben dem Unterricht in der Erstellung eines Geschäftsplans,im Verkauf und Marktforschung liegt der Schwerpunkt auf dem Training von »Selbstbehauptung« im Geschäftsleben. Auch der Umgang mit EDV wird erlernt. Bei den zweimal jährlich stattfindenden Lehrgängen können aufgrund der räumlichen Enge nur bis zu 15 TeilnehmerInnen unterrichtet werden.

Der Erfolg der Lehrgänge ist natürlich nicht sofort meßbar. Die AbsolventInnen bleiben jedoch in Kontakt mit SACDA. Einige Frauen haben bereits eine Genossenschaft gegründet, andere werden ihr Unternehmen zu einem späteren Zeitpunkt gründen, in einigen Fällen wird den Teilnehmerinnen bewußt, daß die Führung eines Unternehmens für sie nicht der richtige Weg ist. Die Kursteilnahme verbessert aber allgemein den Zugang zum Arbeitsmarkt. Seit Beginn dieses Jahres können TeilnehmerInnen den Kurs mit einer staatlich anerkannten Qualifikation für Wirtschaftsverwaltung beenden.

Frauengenossenschaft Earth Wise

Vor zwei Jahren stellte SACDA den Kontakt unter ökologisch interessierten Menschen in Southhampton her und initiierte auf diese Weise die Gründung von Earth Wise mit ursprünglich fünf Mitgliedern. Eher zufällig beteiligten sich nur Frauen am Zustandekommen der Genossenschaft. Bei der Frage der Mitgliedschaft spielten ökologische Forderungen eine wichtigere Rolle als feministische. Trotz weitreichender Unterstützung von SACDA hat die Frauengenossenschaft große Probleme: interne Konflikte führten zum Austritt einer Frau, eine weitere mußte die Genossenschaft aus beruflichen Gründen verlassen, keine der Frauen übernahm die für den Absatz notwendigen Arbeiten, überhaupt gab es Probleme mit der Arbeitsverteilung und der Liquidität. Wegen der ständigen Kapitalunterversorgung mußten alle Genossinnen andere Erwerbsquellen suchen.

Aller Anfang ist schwer

Aus einer ursprünglich gemischten genossenschaftlichen Buchhandlung in York (York Community Bookshop) entstand zu Beginn der 80er Jahre eine Frauengenossenschaft, nachdem die dort arbeitenden Männer ausgetreten waren. Dies wirkte sich positiv auf die interne Struktur aus. Die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungszeiten war plötzlich kein Problem mehr. Die Frauen entschlossen sich deshalb nur noch zur Aufnahme weiterer Frauen. Auch diese Genossenschaft litt unter einem ständigen Kapitalmangel. Als linksradikale Buchhandlung, die von einem Frauenkollektiv betrieben wurde, geriet sie zunehmend unter den Druck von Männern aus dem eigenen politischen Umfeld und an ihr Sortiment herangetragene feministische Erwartungen. Die Rezession und fehlende beratende Unterstützungsstrukturen in der von Konservativen regierten Gemeinde führten darüberhinaus zu ihrer Schließung.

Bildung durch Lynx

Jane Watts, eine ehemalige Mitarbeiterin des Community Bookshop in York gründete kurz darauf zusammen mit zwei Frauen die Bildungskooperative »Lynx«, in deren Trägerschaft das Weiterbildungsangebot von Women's Link-Up auf lokaler Ebene weitergeführt wird. Die Frauengenossenschaft Lynx kooperiert mit örtlichen Gemeinden. Lynx ist sehr erfolgreich, wird überall respektiert. Jane ist als Mitglied von Women's Link-Up im Ausschuß von ICOM aktiv.

Berry's Legal Services

Die Rechtsberatungs-Kooperative Berry's Legal Services besteht seit 4 Jahren. Sie entstand auf Initiative von zwei Anwältinnen als Abtrennung aus einer gemischten Kanzlei, die den Bereich der Familien- und Frauenrechtsfälle niederlegen wollte. Die Gründerinnen konnten ihre Klientinnen mitnehmen und Räumlichkeiten von der Ursprungskanzlei mieten. Zwei weitere bekannte Anwältinnen stiegen ebenfalls mit ihrer Klientel ein, so daß optimale Startbedingungen vorhanden waren. Mittlerweile arbeitet die Frauengenossenschaft mit 10 Mitfrauen, weitere Beitritte und Beschäftigungsmöglichkeiten sind in Aussicht. Die Frauengenossenschaft vertritt Frauen in Rechtsangelegenheiten wie Gewalt gegen Frauen, Trennung und Scheidung und Grunderwerb. Im Gegensatz zu den in Großbritannien üblichen hierarchisch aufgebauten Rechtsanwaltskanzleien mit einem undurchsichtigen Informationsfluß unter den MitarbeiterInnen, herrscht bei Berry's Legal Services ein freundliches Arbeitsklima und Entscheidungen werden gemeinsam getroffen und ausdiskutiert. Mütter haben die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit. Die Auftragslage ist gut, da die Frauengenossenschaft einen guten Ruf hat. Leider gibt es nur sehr wenig private Klientinnen, meist wird Berry's Legal Services von öffentlichen Institutionen in Anspruch genommen, die in der Regel mit Zahlungen auf sich warten lassen. Dies führt auch bei Berry's Legal Services zu Liquiditätsengpässen. Die Frauengenossenschaft fördert die Weiterbildung ihrer Mitglieder und ist in der Verwaltung von ICOM tätig.

Allegra Carlton, SADCA Administrative Worker

Made To Last

Auch aus »Made To Last« in Leeds sollte 1984 bei der Gründung durch 2 Frauen keine Frauengenossenschaft werden. Die Strukturen des Betriebs entwickelten sich jedoch ausgesprochen gut. Mittlerweile fühlen sich die Genossinnen der Schaffung von Frauenarbeitsplätzen verpflichtet und vertreten den Anspruch einer Frauengenossenschaft. Drei Mitarbeiterinnen und eine Auszubildende stellen hochwertige Kinderschuhe her. Voller Triumph teilten mir die Frauen mit, daß sie soeben in einem Wettbewerb für Kinderschuhe den ersten Preis gewonnen und damit den Marktführer der Branche besiegt hätten. Nach den für Kleinbetriebe üblichen Startschwierigkeiten kann sich »Made To Last« heute auf dem Markt behaupten. Anderen Genossenschaften gelang das nicht in Leeds.

Überlebensfähige Genossenschaften

Alle Frauen, die ich im Laufe meiner Recherchen für diesen Artikel ansprach, betonten die Bedeutung von Frauenförderung als einem überaus wichtigen Genossenschaftsziel. Sie sprachen aber auch von der freundlichen Arbeitsatmosphäre, von flexiblen Arbeitsstrukturen und dem lockeren Umgang mit innerbetrieblichen Konflikten. Ihre Arbeitshaltung wirkte ausgesprochen professionell, trotzdem scheinen sie Familie und Beruf mit weniger Streß vereinbaren zu können.

Eingetragene Produktivgenossenschaften – worker co-operatives bilden in Großbritannien einen zwar kleinen, jedoch expandierenden Wirtschaftssektor. Derzeit überlebt hierzulande nur ein Drittel der Neugründungen die ersten drei Jahre. Nicht so die Genossenschaften! Von ihnen überleben fast 80%.

Die Überlebenschancen von Frauengenossenschaften sind bisher nicht analysiert worden und wie ein Beispiel in Southampton zeigt, kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß alle überleben. Aus vielen Gesprächen wurde aber deutlich, daß diese Unternehmensform von einer besonderen Stärke und Überlebensfähigkeit gekennzeichnet ist und sich die dort arbeitenden Frauen in jeder Hinsicht wohl fühlen. ●

FRAUENGEWERBEHOF

WeiberWirtschaftsWunder

Der Handel zwischen WeiberWirtschaft und der Treuhand ist perfekt. Das ehemalige Produktionsgelände von Berlin-Kosmetik in Berlin-Mitte wird der Standort für das geplante Gründerinnen-Zentrum der Frauengenossenschaft. Die Kaufvertragsunterzeichnung fand am 9.10.92 statt. Die Wirtschaftsweiber haben den Kaufpreis um runde acht Millionen auf 12,3 Millionen DM heruntergehandelt.

Wenige Tage vor Vertragsabschluß konnte die Finanzierung dieses Mammut-Projektes, wohl eines der größten Frauenförderungs Projekte aus den Reihen der Frauenbewegung, zunächst einmal sichergestellt werden. Vor allem Zuschüsse in Millionenhöhe von Wirtschafts- und Bausenat waren dabei ausschlaggebend. Aber noch ist die Finanzdecke dünn, so daß schnelles »WeiberWirtschaftsWachstum« auch in den nächsten Monaten noch absolute Priorität hat. Zur Aufstockung des Kapitals bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Mit einem Kapitaleinsatz von 200 DM (oder einem Vielfachen davon, höchstens 50.000 DM) kann jede Frau Mitglied werden.
2. Frauen, Männer und Organisationen können Darlehen geben ab einem Betrag von 5.000 DM bei fünfprozentiger Verzinsung auf fünf Jahre.

Diese Erhöhung ist notwendig, damit ab Ende 1993 die ersten Unternehmen ihre Räume beziehen und langfristig gesicherte Gewerbemieten gewährleistet werden können.

Das Gewerbegelände liegt attraktiv und verkehrsgünstig in der Anklamer Straße 38. Das ca. 3.800 qm große Grundstück erstreckt sich über drei Höfe. Es handelt sich überwiegend um Backstein-gebäude aus der Jahrhundertwende. Auf einer Nutzfläche von ca. 5.000 qm werden mindestens 200 Frauenarbeitsplätze angesiedelt.

Die angesiedelten Unternehmen können von folgenden Angeboten profitieren:

- ein langfristig gesicherter Standort
- umfassende Beratungs- und Weiterbildungsangebote
- Kinderbetreuung
- gemeinsame Werbung

Dies erleichtert zum einen den beruflichen Alltag der Frauen und fördert zum anderen die Synergie-Effekte. Es entsteht eine Kooperation zwischen Profit- und Nonprofit-Organisationen. Das gemeinsame Arbeiten von erfahrenen Unternehmerinnen unter einem Dach mit Neueinsteigerinnen aus Ost und West ermöglicht einen direkten Erfahrungsaustausch.

Ehemalige Berlin-Kosmetik, Berlin-Mitte Foto: WeiberWirtschaft

Bereits 420 Frauen haben sich von der Idee eines Frauenge werbehofs für Unternehmerinnen und Frauenprojekte begeistern lassen und tragen mit ihren Einlagen zum benötigten Eigenkapital bei. Sie investieren in das kreative Potential von Frauen und tragen zum angemessenen Standort des Gründerinnen Zentrums in der Metropole Berlin bei.

Informationen bei:
WeiberWirtschaft, Hermannstr. 229, 1000 Berlin 44
☎ (0 30) 622 90 40 oder 621 66 95

BERN: DRUCKEREI-GENOSSINNENSCHAFT

GENOSSINNENSCHAFTEN

Erlebbare Frauen-Selbstverwaltung

Ursprünglich aus der Szene entstanden, haben drei Frauen vor sieben Jahren die Berner Druckerei »Subito« in eine Genossinnenschaft und damit in »Subita« umgewandelt. Gegen die eigene Selbstunterschätzung und nach ständigem Suchen der gemeinsamen Arbeitsform ist ein Stück selbstorganisierter Freiraum für Frauen entstanden, der auch ein abstraktes Wort plötzlich er-lebbar macht: »Selbstverwaltung ist etwas, das sich in der täglichen Arbeit, im gegenseitigen Umgang, im Selbstverständnis und in der Motivation ausdrückt.« Was Selbstverwaltung praktisch und persönlich ausmacht, erzählt von drei Subita-Frauen.

the freedom of the press belongs to those who control the press

Foto: Genopress Winterthur

GESCHICHTE DER GENOSSINNENSCHAFT

Wie aus Subito Subita wurde

Birgit, Redaktion Frauen ● Im Herbst 85 übernahmen wir – drei Frauen – die Druckerei Subito, welche aus der Bewegung 81 entstanden war.

Die Initiative ging von der Frau aus, welche bereits ein Jahr in der Druckerei Subito mitgearbeitet hatte. Unser Startkapital bestand vor allem aus dem Wissen und den Fähigkeiten, welche diese Frau mitbrachte, und dem Interesse, der Lust und Freude, dieses Handwerk zu erlernen. Den Mut und die Energie schöpften wie aus den Utopien in unseren Köpfen und Herzen, uns eine Arbeitsstätte aufzubauen, die wir selbst-gestalten und -bestimmen können.

Das materielle Erbe bestand aus einer alten, doch wunderschönen »Davidson« Kleinoffsetdruckmaschine. Sie war unser Lehrstück der Mechanik. Da wir für diese Maschine keine Ersatzteile mehr kriegten, waren wir immer wieder gefordert, mit Erfindungsgeist und einer Menge Geduld und Energie, die Mechanik in Gang zu halten. Auch die übrigen Maschinen waren veraltet, genügten bald unseren und den Ansprüchen unserer KundInnen nicht mehr und mußten nach und nach ersetzt werden.

Eine »Schönheit« aus alter Zeit blieb jedoch erhalten – eine mechanische Heftmaschine mit dem Hinweisschildchen:

»Bediene Dich meiner – aber behandle mich gut«

...was wir treu befolgen und noch heute kleinere Broschüren mit ihr heften.

In der Anfangszeit hatten wir jeweils noch einen zweiten Job (zum überleben), was aber bald zur Überforderung wurde, zumal wir auch alleinerziehende Mütter waren.

Es drängte sich nach dieser ersten »Einführungszeit« die Entscheidung auf, wie ernst und verpflichtend wir in das DrukkerInnengewerbe einsteigen wollten. Da ließ uns auch schon die alte Druckmaschine im Stich, und um weiter drucken zu können, mußten wir irgendwie Geld auftreiben für eine neue.

Noch wirkten unsere Träume und Utopien von eigenen Arbeitsstrukturen als Antrieb, diesen Schritt zu wagen. Wir gaben unsere zusätzlichen Jobs auf und quatschten FreundInnen und Bekannte für Darlehen an. Diese Entscheidung war auch ein Schritt nach außen. Waren wir zuerst noch arg mit »uns«, mit anlernen und »uns finden« im Kollektiv beschäftigt , so mußten wie uns nun vermehrt nach außen orientieren und definieren.

Eindrücklich waren die ersten Begegnungen mit dem Drukker(innen)gewerbe, als wir loszogen, eine neue Maschine zu kaufen. Oft waren verunsicherte Vertreter und Verkäufer Anlaß für unser Lachen und Schmunzeln, da man(n) nicht wußte, wie die Maschine an die Frau zu bringen sei. Aber auch ein mühseliger Kampf gegen Diskriminierung, nicht-ernstgenommen-werden und blöde Anmache blieben uns nicht erspart.

Die Erfahrung, in diesem traditionell männlichen Gewerbe als Verhandlungs»partner« kaum oder nie eine Frau anzutreffen, machte uns diesen Einstieg nicht gerade leicht; zumal wir erst am Anfang unserer Druckerinnenerfahrung standen.

Nach und nach steigerten wir unser Berufswissen und unsere Druckerinnenfähigkeiten. Im kollektiven Zusammenhalt wuchs unser Selbstverständnis und stärkte uns auch in der Begegnung mit notorisch männlicher Selbstüberschätzung. Dieser Prozeß war nicht immer leicht zu tragen, es forderte eine Portion Selbsterkennung und die Überwindung unserer permanenten Selbstunterschätzung und Zweifel. Der Eintritt in die Geschäftswelt machte eine rechtliche Form nötig, um innerhalb dieser »funktionieren« zu »dürfen«. Wir entschieden uns für die Form der Genossinnenchaft. Darin enthalten ist auch die formale Erklärung, wie Subito zu Subita wurde. Wir dachten erst gar nicht an eine Endung mit »A«. Unser Antrag auf Aufnahme im Handelsregister als Geno Subito Druck wurde mit der Begründung: der Name der Geno dürfe keine Eigenwerbung beinhalten abgewiesen.

So wurde aus dem O ein A und aus **der** Druckerei **die** Drukkerei.

Analog zu der eher äußerlichen Entwicklung/Geschichte vollzog sich eine eher »innere«. Neue Frauen kamen zum Kollektiv, andere stiegen aus. Manchmal waren wir bis zu sechst, dann wieder, wie zu Anfang, nur drei Frauen.

Jeder neue Einstieg bedeutete Bewegung im positiven wie im negativen Sinne. Hinzu kamen stets die neuen Energien, neue Ideen und neue Erwartungen. Für das bestehende Kollektiv bedeutete es aber auch Unruhe, Umstellung, Umkrempelung von Altbewährtem und forderte immer neu die Bereitschaft, geduldig Wissen weiterzuvermitteln.

Da es nur wenige (an-)gelernte Druckerinnen gibt, mußte jede neue Frau angelernt werden, was eine gesunde Herausforderung und Möglichkeit bot, eigenes Wissen zu überprüfen.

Je häufiger aber die Wechsel wurden, umso müder wurden wir, immer wieder neu zu beginnen. Frauen stiegen aus, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt fanden, weil sie überfordert waren von der oft hektischen Arbeit des Druckens oder auch von der kollektiven Selbstverwaltung. Andere, weil sie etwas Neues wollten oder auch ganz einfach, weil sie sich mit uns nicht wohl fühlten.

Selten geschah ein Ausstieg ohne Gefühle des Verlustes – emotional wie auch ökonomisch. Tragendes Wissen und Erfahrung gehen so dem Kollektiv verloren, das meist nur langsam und mit viel Energieaufwand ersetzt werden kann. Mit Wissen meine ich einerseits die Erfahrung um das Handwerk als Druckerin, aber auch diejenige, welche aus all den alltäglichen Auseinandersetzungen und Konflikten mit der selbstbestimmten kollektiven Arbeitsweise und den zwischenmenschlichen Beziehungen hervorgegangen ist. Nicht einfach ist es, diese Prozesse durchschaubar an neue Frauen zu vermitteln.

Die häufigen Wechsel führten wohl auch zu einer Unzufriedenheit, die sich vor ca. 3 Jahren unter uns einschlich. Das Gefühl, irgendwie nicht vom Fleck zu kommen, zu stagnieren. Wir hatten die immerwiederkehrenden gleichen Situationen, das immer wieder von vorne anfangen, satt. Auch die Wirtschaftlichkeit hatte sich nur langsam und wenig verbessert.

Bei mir, als »altem« Kollektivmitglied kam hinzu, daß mich die handwerklichen Anforderungen nicht mehr befriedigten; ich sehnte mich nach Herausforderung, nach Neuem, was ich hinzulernen könnte. Nach vielen Diskussionen und nicht zuletzt dank der Energie und dem Optimismus einer neuen Frau, entschieden wir uns, eine größere Druckmaschine (A3) zu kaufen.

Wiederum wagten wir's, einen Schritt weiter zu gehen, noch einmal zu investieren, Geld aufzutreiben, eine Maschine anzuschaffen. Diesmal hatten wir es einfacher, wir wußten genauer, wie und was für eine Maschine wir wünschten.

Trotz des nahenden Ausfalls einer Frau – wegen Schwangerschaft – kauften wir sozusagen übers Wochenende eine Heidelberger GTO. Mit der neuen Maschine ist auch eine weitere Frau bei uns eingestiegen.

Nun sind wir bald wieder 4 Frauen, wenn die, die ihren Schwangerschaftsurlaub hat, zu uns zurückkehrt. Zwei Frauen stammen aus der »alten Zeit« , die zwei anderen aus der »neueren«; vielleicht ist dies die gute ausgewogene Voraussetzung für ein Weiterbestehen unseres Druckerinnenkollektives, was ich mir von Herzen wünsche.

Ich bin mir, als eine der »alten« Subita-Frauen, der Subjektivität dieser Darstellung bewußt. Jede der Frauen, sei sie bereits aus dem Kollektiv ausgestiegen oder erst hinzugekommen, ist ein Teil des Subita und hätte eine andere Geschichte zu erzählen.

FRAU IM TRADITIONELLEN MÄNNERBERUF

FrauenFrauenFrauenFrauen

Eva, Redaktion Frauen ● Zur Gründungszeit war es praktisch eine Selbstverständlichkeit als Frau in einem Frauenkollektiv zu arbeiten.

Mittlerweile hat sich dieses Selbstverständnis differenziert – blieb aber grundsätzlich erhalten. Es ist ein alter Hut, daß nicht beliebige Frauen zusammensein, zusammenpassen können. Daß es aber Konstellationen gibt, die wirklich funktionieren, haben die Jahre bewiesen. Der Umgang unter Frauen ist sicher nicht einfacher, vielmehr interessanter und lehrreicher. Frauen kommen persönlich mit anderen Frauen weiter – dies natürlich nicht im Sinne einer herkömmlichen Karriere. Diesbezüglich stehen wir klar am Rande, norm- und lohnmäßig. Da wir aber Werte wie Mut, Risikobereitschaft, Bescheidenheit hochhalten, brauchen wir unsere Hoffnungen vorläufig nicht zu begraben.

Woran wir im Augenblick arbeiten, ist die Relativierung alter Grundsätze wie z.B.»alle Frauen machen alles«. Nicht jede Frau kann alles gleich gut und schnell.

Jede Frau bringt ihre speziellen Qualitäten, Bedürfnisse und Rangehensweisen ins Kollektiv. Wie können wir dem Rechnung tragen, ohne in die Falle der Rollen- und Machtverteilung zu geraten? Die zweite Maschine hat schon ihren Tribut gefordert: nicht alle Frauen drucken darauf. Zum Glück wollten auch nicht alle. Nur eben, je spezialisierter wir arbeiten, desto mehr Zeit und Energie beansprucht der Austausch. Das gute Maß müssen wir erst noch finden. Frauen sind eben immer auf der Suche. Und das ist ja ab und zu auch ganz schön ermüdend. Jede von uns hat ihre Krisen. Oft brauchen die anderen ihre letzten Reserven, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und sich der Frau zu widmen.

Mit der zweiten Maschine ist unsere Position auf dem Arbeitsmarkt besser, aber nur, wenn die erste noch eine Weile mitmacht. Schon lange abgeschrieben, an verschiedenen Ecken ausgeleiert, droht sie uns, neue Investitionen tätigen zu müssen. Unser mechanisches Geschick hat sie schon gebührend gefordert. Wobei nicht jede von uns mit gleicher Lust und gleichem Können Schraubenzieher und Imbußschlüssel schwingt.

Gemeinsam ist uns auch diesbezüglich schon Erstaunliches gelungen, aber jede möchte vor allem drucken und nicht reparieren. Meistens zeigen sich die Macken ja gerade dann, wenn Termindruck in der Produktion besteht, so daß frau schauen muß, daß Maschinenprobleme möglichst rasch behoben werden.

Oft sind die Lösungen Provisorien, und jede muß ihr Verantwortungsgefühl und ihren Überblick auf Trab halten, die nächste Gelegenheit beim Schopf zu packen, um das noch vorhandene Problem aus der Welt zu schaffen.

Das, was wir haben ist anstrengend und anspruchsvoll, gibt aber jeder einzelnen Boden unter den Füßen in einer Welt, wo der Boden immer trockener, spröder wird und sich Abgründe öffnen, in die frau besser gemeinsam hinunterstarrt...

SELBSTVERWALTUNG IM FRAUEN-KOLLEKTIV

Die Kollektivverstimmten verwalten selbst ... – selbst kollektiviert

Christina, Redaktion Frauen ● Kürzlich fragte uns jemand anläßlich eines Interviews, ab wann wir einen Betrieb als selbstverwaltet/selbstbestimmt akzeptieren. Mir war schon damals nicht ganz klar, wie diese Grenze definiert werden könnte.

Selbstverwaltung ist für mich etwas, das sich vor allem in der täglichen Arbeit, im gegenseitigen Umgang, im Selbstverständnis und in der Motivation ausdrückt. Es sind weniger äußerliche Strukturen (z.B. gleicher Lohn für alle), die die Benennung ausmachen. Wir im Subita arbeiten zwar klar alle zum gleichen Lohn, mit möglichst den gleichen Verantwortlichkeiten und dem Grob-Grund-Prinzip »jede macht alles«, aber das wäre nicht genug, um uns deshalb selbstbestimmt zu nennen.

Dazu gehören all die Diskussionen um-über-während der Arbeit, das immer wiederkehrende Fragen nach dem wie-was-warum-wieso und nicht anders und das immerwährende Standortbestimmen (was sind die Ziele und wo auf dem Weg dort hin stekken wir?)

Selbstverwaltung ist **kein Zustand** sondern **Harte Arbeit an und in einer Gruppe**!

Das geht vom ABC – etwa: »was ich nicht erledige, muß eine andere tun« – bis zur ewigen Bereitschaft, die eigenen Theorien und Mechanismen kritisch zu hinterfragen...

So fühlt sich mancheineR veranlaßt, mit selbstbestimmt die Worte »schwerfällig« und »langsam« zu verbinden. Viele Leute steigen aus diesen Gründen auch wieder in den konventionellen Arbeitsprozeß ein. Ich denke, daß dies kein direktes Problem der SelbstverwalterInnen-Idee ist, sondern vielmehr unserer Unfähigkeit zu Kollektivität, Verantwortung und Ernsthaftigkeit – und somit der Umsetzung!

Leider ist aber die herrschende Meinung dahingehend, daß die Selbstverwaltung gescheitert sei, daß nur unverbesserliche IdealistInnen daran festhalten würden und daß so weder effizient noch zeitgemäß gearbeitet werden könne.

Dabei wird kaum in Betracht gezogen, welche Erschwerungen (nebst dem Druck zu rentieren) allein aus der Grundidee entstehen:

- allen Beteiligten gerecht zu werden (was oft einen gigantischen Hut erfordern würde, um alles drunter zu kriegen)
- viele Konflikte, Diskussionen, Sitzungen
- verhältnismäßig viel »unproduktive« Zeit
- großer Personalwechsel (weil in Kreisen verbreitet, die auf große persönliche Freiheit pochen, will heißen »ja nix verbindlich zusagen«)
- viel Zeitinvestition zur Einarbeitung von neuen Kollektivmitgliedern
- oft großes Gefälle zwischen »alten« und »neuen« SelbstverwalterInnen
- führt oft zum Ausstieg von »Alten«, weil das Kollektiv als Kollektiv stagniert, und es immer wieder »nur« darum geht, den Neuen die Grundregeln zu vermitteln
- Verlust von Wissen
- nebst all dem noch wirtschaftlich sein zu können, weil sonst alle davonlaufen, weil zu lächerlichen Löhnen gearbeitet wird
- undundund...

Es ist also klar, daß all die hohen Ansprüche an das »andere« Arbeiten nur mit viel Engagement jedes Kollektivmitglieds erreicht werden können.

Die Entwicklung, die in vielen selbstverwalteten Betrieben eingesetzt hat, um vor allem die Effizienz zu fördern, mag zwar die desolate Lohnsituation ändern, geht aber im Normalfall auf Kosten selbstbestimmter Standpunkte. Dies nicht nur im engen Sinn auf den Betrieb bezogen, sondern klar auch in der Anpassung und Integration in und an die kapitalistische Marktwirtschaft. Meines Erachtens meint aber Selbstbestimmung nicht nur »gegen innen« sondern auch weitmöglichst (was eh schon ganz eng abgesteckt ist bei den herrschenden Strukturen) »gegen außen«.

Das alles klingt wohl ziemlich moralisch und idealistisch und ist auch etwas knapp zusammengefaßt ... – ich meine nicht, daß wir Subiteusen ein Muster an Selbstbestimmung sind, doch dünkt mich, daß immer noch alle (auch langjährige Druckfrauen) bereit sind, Wege und Mittel zu finden, Auseinandersetzungen zu führen und dabei die Druckerei trotzdem nicht ganz aus den Augen zu verlieren...

Noch immer wünschen wir uns, daß möglichst viele Frauen auf sowas Lust kriegen und den Mut finden, in solche Betriebe einzusteigen oder neue zu bilden. Es lohnt sich allemal und wird immer dringlicher, uns solche Freiräume zu erhalten und neu zu schaffen. Unsere Strukturen sind aber klar von der Solidarität aller Frauen abhängig – ideell und finanziell. ●

NEUERSCHEINUNG

FrauenStadtbuch Frankfurt

Diese Neuerscheinung stellt ein Novum unter den Frankfurt-Büchern dar, denn das Mosaik, das über hundert Autorinnen zu einem facettenreichen Stadtporträt zusammengestzt haben, zeigt viele neue, unbekannte Seiten. Von »Dienstleistungs-Karrieren« bis »Allein gegen die Kids«, von »Cornelia Goethe« über »Frauengeschichte im Historischen Museum« bis zum »Metropolenfeminismus« reicht die Spannweite: Ein Buch, das Informationen, Anregungen und Lust auf Entdeckungen bietet.

»Wir wollten ein Buch machen, das Frankfurt endlich einmal für Frauen und aus der Perspektive von Frauen beschreibt«, so die Herausgeberinnen vom Verein WEIBH e.V.. Feministisches Engagement, frauenpolitische Kompetenz und handfeste Informationen für jedefrau stellt das Redaktionskollektiv der vielfältigen und dennoch einseitigen Frankfurt-Literatur gegenüber.

Banal aber wahr: Von »Merian« bis »Geo« unterliegt diese Stadt dem Männerblick auf Kulturtempel, Hochhäuser und Rotlichtviertel. »Gerade Frankfurt verdient und braucht deshalb die weibliche Perspektive, die die Stadt aus der Sicht von Frauen, wenn schon nicht als Stadt der Frauen darstellt«.

Am Anfang steht die Politik, die Frauen machen (können), am Beispiel von Politikerinnen seit der Jahrhundertwende und der Frauenbewegung unserer Tage. »Vom Weiberrat zum Frauenprojekt« heißt nicht zufällig der Beitrag, mit dem das Buch beginnt und der die Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Frankfurt ins Gedächtnis ruft.

Das Kapitel **Kreative Karrieren gegen Käsch** beschreibt Perspektiven und Hindernisse der berufstätigen Frankfurterinnen. Die Kehrseite heißt **Überleben in der Metropole** und wirft Schlaglichter auf Existenzbedingungen, Ansprüche und Lebensformen von Frauen.

Auch als kulturelle Metropole ist Frankfurt aus weiblicher Sicht noch immer defizitär. Die **Freiräume für Kultur** nehmen wie selbstverständlich Männer überproportional in Anspruch. Dennoch haben Frauen vielfältig und eigenständig Sehens- und Hörenswertes entwickelt und sich eigene Orte geschaffen. Feministinnen im Wissenschaftsbetrieb und der mühsame Kampf um die Anerkennung geschlechterdifferenzierter Forschung ist Thema des Kapitels **Frauen treiben ihre Studien.**

Augenschein, Erfahrung und zahlreiche Untersuchungen beweisen, daß Frankfurt in vieler Hinsicht eine unwirtliche Stadt für Frauen ist. Die Beiträge zu **Architektur und Stadtplanung** analysieren Wohnungsbau, Verkehrsplanung und Stadtgestaltung und beschreiben Möglichkeiten weiblicher Einflußnahme.

Beobachtungen und Eindrücke **Unterwegs in Frankfurt** begleiten die Leserin bei ihrem Streifzug durch Straßen und Orte. Der unerschrocken feministische Blick fixiert historische Merkwürdigkeiten und zeitgenössische Widrigkeiten weiblicher Existenz; auch Mainufer-Schwärmerinnen und Sub-Liebhaberinnen kommen zu ihrem Recht.

Kurzum, das FrauenStadtbuch Frankfurt zeigt ein anderes, ein lebendiges, buntes, kritisches Frankfurt der Frauen. Es ist ein Buch, das zum Flanieren einlädt und zum Nachlesen anregt – vielleicht auch zu weiteren Aktivitäten dank zahlreicher Adressen im **Serviceteil** und dem kenntnisreich zusammengestellten Frauenstadtplan. ●

362 Seiten, Brosch., 29,80 DM. Hrsg. WEIBH e.V., Frankfurt. Erhältlich beim Frauenbuchversand, Postfach 5266, W-6200 Wiesbaden

GENOSSINENSCHAFT WINDFANG, HAMBURG

GENOSSINNENSCHAFTEN

Frauen im Aufwind!

Im Mai 1992 wurde in Hamburg die erste »Frauen-Energie-Genossinnenschaft« gegründet, die sich einerseits zum Ziel gesetzt hat, den Bereich Energie vermehrt mit Frauen zu besetzen und andererseits Frauen eine ökologische Geldanlage zu bieten.

Die Windfängerinnen zur Besichtigung im Windkraftanlagenwerk in Dänemark

Foto: Ingeborg Janich

Von Christiane Delfs und Rita Lassen, Redaktion Frauen ● »Sanfte Energien« wie Solar- oder Windenergie sind mittlerweile salonfähig. Die Zeit der Ökonische ist vorbei, mittlerweile gibt es Umsatz zu machen, Geld zu verdienen. Den Boden dafür bereitete maßgeblich die Anti-Atomkraftbewegung, die den »herr«schenden lebensfeindlichen Großtechnologien eine umweltverträgliche Alternative entgegensetzen wollte. Energiewende tat und tut not zu Anfang wurde damit in der Regel die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen einschließlich Konsumverzicht verbunden. Aus der oft selbstgebauten Energiewende wurde ein neuer Geschäftszweig, aus dem Konsumverzicht die Prämisse »Energiesparen ohne Konsumverzicht« und die Umweltbewegten der Anfangszeit professionalisierten sich oder blieben auf der Strecke.

Die Technik, seien es Windkraftanlagen oder Solarkollektoren, ist mittlerweile erprobt und oft auch wirtschaftlich und setzt sich damit in eher konventionell strukturierten Bereichen durch.

Sanfte Technik, aber sonst alles wie bisher: Arbeitsformen, Reduzierung auf technische Aspekte, fehlen eines ganzheitlichen Ansatzes, der aus der ökologischen Technik auch eine demokratische macht. Auch die in technischen Bereichen übliche Geschlechterhierarchie blieb erhalten: Selbst in »Alternativ«betrieben sind Frauen selten, und vor allem im Büro zu finden. Die Herren Ingenieure und Installateure prägen das Bild, machen das Geld und entwerfen die Szenarien der zukünftigen Engerigeversorgung: vom Windpark mit 50 Anlagen direkt hinterm Deich bis zur Konzeption solarer Energiekolonien in der Sahara. Wenn die sanfte Technik im kleinen funktioniert, hätte mann sie gern ganz groß, Dezentralität ist nicht gefragt.

Frauen-Energieprojekt contra Platzhirsch-Syndrom

Eine Gruppe von Frauen, die sich unter Energiewende etwas anderes vorstellen, haben im Mai 1992 in Hamburg die Genossinnenschaft WINDFANG e.G. (i.Gr.) gegründet. Der Name ist gleichzeitig Programm: als erstes Projekt soll eine Windkraftanlage in Dietmarschen realisiert werden – nicht nur als praktizierte Energiewende, sondern auch als ökologische Geldanlage für Frauen, denn Windenergie ist, sofern von öffentlichen Fördermitteln bezuschußt, inzwischen rentabel.

Die Initiatorinnen – Fachfrauen aus energietechnischen, politischen und ökonomischen Bereichen – ziehen mit WINDFANG die Konsequenz aus jahrelangen Erfahrungen in männerdominierten (Energie)Projekten oder Betrieben und versuchen, dem dortigen PlatzhirschSyndrom etwas entgegenzusetzen.

Die Genossinnenschaft arbeitet – bisher alles unbezahlt – in verschiedenen Arbeitsgruppen:

- So gibt es eine Technik-Gruppe, die sich mit den technischen Daten der verschiedenen Anlagen beschäftigen. Die gewonnenen Informationen über technische Details der Windkraftträder der einzelnen Hersteller werden gegenübergestellt, um hieraus Kriterien für die Auswahl der anzuschaffenden Anlage zu erstellen.
- Eine zweite Arbeitsgruppe errechnet die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Anlagen.
- Und eine dritte, die Ökologie-AG, kümmert sich um die Umweltverträglichkeit bei der Produktion der Anlagen (eine gestartete Fragebogenaktion an die Hersteller hat für einigen Wirbel gesorgt).

Neben der maximalen Rendite sollen für die Entscheidungsfindung eben auch andere Kriterien maßgebend sein. Die erste Windkraftanlage soll eine Leistung von ca. 500 KW haben. Eine kleinere Anlage würde keine ausreichende Wirtschaftlichkeit gewährleisten.

Das Windkraftprojekt soll nicht das Einzige bleiben: neben den regenerativen Energieprojekten soll auch das Betreiben von Blockheizkraftwerken (die Genossinnenschaft tritt als Eigentümerin der Anlage auf und verkauft den Nutzerinnen am Standort – z.B. einem Frauenprojekt – die Wärmeenergie für Heizung und Brauchwasser) angestrebt werden. Es sind weitere Ideen vorhanden, mit der WINDFANG Unruhe ins Revier bringen will. Auch über Energieberatung für Frauen wird nachgedacht.

Transparenz in technischen, finanziellen und strukturellen Fragen soll bei allen Projekten der FrauenEnergieGemeinschaft Prinzip sein.

Genossinenschaft trotz Bedenken

Eine Genossinnenschaft zu gründen ist, wie bekannt, ein ziemliches Unterfangen. Aufwendige Formalitäten, langwierige Gründungsschritte und umfangreiche gesetzliche Bestimmungen sind zu erfüllen. Trotzdem wurde diese Gesellschaftsform gewählt.

Lange Diskussionen, etliche Wochenendseminare und einige schlaflose Nächte gingen der entgültigen Entscheidung voraus. Wie können viele Geldgeberinnen unter einen Hut gebracht werden?, wie können Entscheidungen demokratisch gestaltet werden?, wie können Strukturen offengelegt werden und wie kann trotzdem eine Wirtschaftlichkeit Bestand haben?, wurden hin und her erwogen. Das Kriterium Wirtschaftlichkeit spielte hierbei eine besondere Rolle, zum einen ist klar, das regenerative Anlagen (vor allen Dingen Windenergie) ohne Probleme rentabel arbeiten und zum anderen war gerade der Fakt der Wirtschaftlichkeit ein Motivationsgrund für die Gründung, da es für Frauen auch in diesem Bereich an der Zeit ist, aus der typischen sozialen Nische herauszukommen. Am Ende blieb nur die Genossinnenschaft übrig. Allen war klar, was das für ein Kraftakt bedeuten würde und gleichzeitig hatten alle den Mut, es anzufangen.

Es wurde, nachdem die entgültige Entscheidung gefallen war, sofort Kontakt zum Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg aufgenommen, um eine Vorabklärung der Satzung vorzunehmen. Genossinnenschaften müssen wirtschaftlich arbeiten, vor allen Dingen müssen die einzelnen Genossinnen wirtschaftliche Vorteile von der Genossinnenschaft haben. Dies wird vom Revisionsverband geprüft und muß somit gewährleistet sein.

Nach dieser ersten Vorabklärung wurde dann in einer Mammutsitzung die Satzung diskutiert, es wurde die Funktion der einzelnen Gremien, sprich Aufsichtsrat und Vorstand, besprochen. Lange Diskussionen gab es um den Punkt der Höhe der Anteile. Diese wurde auf DM 3.000 festgesetzt. Für den relativ hohen Betrag sprach, daß der Verwaltungsaufwand geringer gehalten werden kann, wenn weniger Frauen beteiligt sind – es werden bis zu 300 Frauen einen Anteil leisten müssen – andererseits besteht natürlich die Möglichkeit, daß einige Frauen sich einen Anteil teilen können. Zum Abschluß wurde die Installierung von Arbeitsgruppen befürwortet, die aktiv mitarbeiten und mitentscheiden. Somit war der Weg zur Gründungsversammlung bereitet.

Ökologische Geldanlage

Am 17. Mai 1992 war es dann soweit. Elf Frauen trafen sich, um die Gründung vorzunehmen. Der Vorstand, bestehend aus 3 Frauen, und der Aufsichtsrat, bestehend aus 5 Frauen, wurden gewählt.

Die Satzung und die Planungsrechnung (sprich Berechnung der Wirtschaftlichkeit), sowie weitere Unterlagen wurden beim Revisionsverband eingereicht, damit dieser die Gründungsprüfung vornehmen kann. Diese läuft z.Zt. noch.

Die Genossinnenschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die erste Anlage 100% aus Eigenmitteln zu finanzieren, das bedeutet, daß ca. DM 800.000 bis 1.000.000 Kapital vorhanden sein muß. Es wird im Augenblick versucht, eine breite Frauenöffentlichkeit auf das Projekt aufmerksam zu machen, um Anlegerinnen zu finden, die ihr Geld ökologisch sinnvoll anlegen wollen.

Die Verzinsung der Geldanlage wird mit mindestens 4% veranschlagt, es wird jedoch eine höhere Rendite erwartet (realistischer sind 6%), die allerdings nicht versprochen wird, da sie nicht voll gewährleistet werden kann. Zum heutigen Zeitpunkt müßte ein Anteil von DM 300 geleistet werden – als Anzahlung, der Rest wird dann fällig, wenn die Anlage gekauft und aufgestellt wird, was voraussichtlich Ende 1993 oder Anfang 1994 sein wird.

Die aktive Mitarbeit von Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik wird angestrebt. Vor allen Dingen möchte die Genossinnenschaft versuchen, in allen Bundesländern regionale Gruppen aufzubauen, um eine Konzentration im Norden zu verhindern.

Die Generalversammlung (vielleicht besser: Generälinnenversammlung?), eine Vollversammlung aller Genossinnen findet einmal jährlich statt, nächstes Mal im April/Mai 1993.

Hier haben dann alle Geldgeberinnen die Möglichkeit, aktiv an der Besetzung der Gremien teilzunehmen. Wenn dies jedoch nicht gewünscht wird, auf jeden Fall an der Wahl der zukünftigen Vorstandsfrauen und Aufsichtsratsfrauen teilzunehmen und wichtige Entscheidungen mitzutreffen. Jede Frau erwirbt mit ihrem Anteil (es können übrigens auch mehrere Anteile sein) eine Stimme. ●

FRAUENARBEITSPLÄTZE IM TÖPFERiNNENHANDWERK

Qualität ist nicht mehr gefragt

Ricarda Buch, Waldemar Schindowski ● Im Zuge der Währungsumstellung vor zwei Jahren in der ehemaligen DDR schien auch für die Crinitzer Töpfergenossenschaft das Ende gekommen zu sein.

Alte Kunden der Genossenschaft wie Konsum, HO und andere Ladenketten stornierten ihre Aufträge. Jahrezehntelange Geschäftsbeziehungen zu Verbänden und Institutionen wie dem Berliner Tierpark, der Bierkrüge mit Emblem des Zoos verkaufte, oder Firmen, die Keramikartikel als Anerkennung für MitarbeiterInnen und KundInnen gerne bezogen, fielen wegen Liquidierung als KundInnen weg. Auch die Gepflogenheit des Roten Kreuzes, nach fünfmaligem Blutspenden mit einen Präsent aus den Werkstätten der Crinitzer Töpfergenossenschaft zu danken, überlebte nicht.

Volle Lager mit Keramik – Küchenartikel, Geschirr, Blumentöpfe, Aschenbecher und anderes mehr – waren plötzlich nicht mehr absetzbar. Die alten KundInnen kauften nicht – teilweise wurde erst garnicht auf die Post aus Crinitz geantwortet –, neue KundInnen aus dem Westen waren, trotz vielfältiger Bemühungen, nicht in Sicht.

An- und Verkaufsvereinigung

Nicht zum ersten Mal brachen Turbulenzen und Unsicherheiten in den Alltag der Genossenschaft herein. Schon bei ihrer Entstehung im Jahr 1919, kurz nach dem ersten Weltkrieg, war wirtschaftliche Existenzsicherung in diesen schweren Tagen das auslösende Gründungsmotiv der An- und Verkaufsvereinigung: 17 Töpferbetriebe aus Crinitz und Umgebung schlossen sich zu einer An- und Verkaufsvereinigung zusammen, schafften sich einen Fuhrpark an und bauten gemeinsam Absatz- und Vertriebsmöglichkeiten auf. Seit über 70 Jahren hat sich an der Struktur und Funktion der Genossenschaft der TöpferInnen wenig geändert. Die 12 Mitglieder sind alle selbständige Handwerksbetriebe, die auf eigenes Risiko arbeiten. Angestellte, die noch vor einigen Jahren mitarbeiteten, mußten aufgrund der fehlenden Aufträge entlassen werden.
Einkauf von Materialien wie Ton, Farben, Schwämme etc. sowie Transport der Ware und Verkauf sind die klassischen Aufgaben dieser Einkaufs- und Liefergenossenschaft. Ein Büro mit Buchhaltung, Verwaltung, Abrechnung und einer Ladenfläche für alle wurde gemeinsam getragen. Die eigene gemeinsame Tongrube gehörte einst auch dazu, fiel aber später dem Braunkohlebergbau im Kreis Finsterwalde – westlich von Cottbus – zum Opfer.

Frauenarbeitsplätze in der Verwaltung und im Einkauf

Traditionell war das Töpferhandwerk ein Männerberuf, die schwere körperliche Arbeit wird als Grund genannt. Trotzdem konnten in der Vergangenheit auch Frauen diesen Beruf erlernen. Erst nach der Wende wurden wieder die alten Argumente hervorgezaubert, um Frauen aus dem immer kleiner werdenden Arbeitsmarkt herauszudrängen oder erst gar nicht hereinkommen zu lassen: Die bald zu erwartende Ehe, oder fehlende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. So sind heute von den Dutzend Mitgliedern und Beschäftigten noch drei Frauen dabei, davon eine im Aufsichtsrat und eine im Vorstand, wobei in der eigentlichen Genossenschaft nur Frauen beschäftigt sind. Ob dieschlechte Auftragslage überhaupt noch eine angemessene Vergütung der von den Frauen geleisteten Verwaltungsarbeit und damit ihre Existenzsicherung zuläßt, bleibt fraglich.

Kauft Keramik aus Crinitz

Die »kalte Dusche« der freien Marktwirtschaft hat die Genossenschaft zwar überlebt, doch jetzt müssen sich alle Aktivitäten auf den Aufbau eines neuen Vertriebsnetzes richten. Da gibt es bereits einen Verkaufsstand auf dem Berliner Weihnachtmarkt, einen eigenen Laden im Lübbenau/Spreewald... Wiederholte Versuche mit den West-Handelsketten, welche auch in den fünf neuen Bundesländern den Ton angeben, ins Geschäft zu kommen, schlugen bisher alle fehl. Zwar wird den Crinitzer TöpferInnen versichert, daß ihre Arbeit von ausgesprochen hoher Qualität sei, aber gerade das fällt negativ auf sie zurück. Tonprodukte vom Fließband überschwemmen dem Markt, da haben einzeln angefertigte Vasen und Kaffeekannen einen schweren Stand.

Einer der zukünftigen Lichtblicke ist der Versuch, am entstehenden Tourismus im brandenburgischen Spreewald als Produkt der Region teilhaben zu können. Der Verkaufsladen in Lübbenau und Töpferkurse sind erste zaghafte Versuche, wobei die Langsamkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern für die Töpfer und Töpferinnen aus Crinitz Unterstützung von außen, Kooperation mit anderen und einen langen Atem erfordert. ●

EINE KRITISCHE DARSTELLUNG

Spiritualität und Kommuneleben

Es zeigt sich in vielen Kommunen ein Bedürfnis nach einer geistig-seelischen Übereinstimmung im Sinne dessen, was manche »geistiges Band« nennen. Die Frage, die der Autor hier ein Stück weit klären möchte, ist, ob und wie spirituelle Lehren und Praktiken das zu schaffen vermögen. Der Autor hielt dieses Referat vor Mitgliedern der Kommune »Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft« (ÖkoLeA), Gosener Berge bei Berlin, am 1. Mai 1992 in einer gekürzten Fassung

Fritz Vilmar, Redaktion Heidelberg ● Gemeinsame Klärung ist gerade unter den an einem Kommuneleben Interessierten umso dringlicher, als in dieser scene vielfach höchst unbestimmte, nebulöse Verheißungen und inhaltsleere Andeutungen über spirituelle Praktiken und Kommunen umgehen, die in Wahrheit niemandem helfen. Ich will hier nur zwei Beispiele anführen, die mir in den letzten Tagen auf den Schreibtisch gekommen sind.

Nebulöse Verheißungen

Beispiel 1: Markus Kapuste verschickte dieser Tage mit der Einladung zur Mitgliederversammlung des »Informationsdienstes Ökodorf« auch die Einladung zu einer nicht gerade billigen »Bildungsreise« durch Ober- und Mittelitalien: »Ökologie und Spiritualität« mitsamt einem Bericht von der nämlichen Reise im letzten Jahr. In dem ganzen Bericht über »diese aufregende Bildungsreise« kam zwar viel Wandervogelmäßiges mit Zelten, Bergdörfern, Plumpsklos etc. vor – über die spirituellen Erfahrungen aber war darin buchstäblich nichts zu lesen, wenn man von der sensationellen Information absieht, daß sie einen Gründer trafen, der kein Guru und nicht mehr anthroposophisch ausgerichtet sein wollte. (Immerhin aber dokumentierte Markus seinen Bildungserfolg, als Leiter eines »Instituts für Sozialökologie«, nach dieser Reise dadurch, daß er die Stadt des Hl.Franziskus mehrfach Assissi schrieb...)

Beispiel 2: In dem Maiheft '92 der CONTRASTE finde ich einen exzellenten, aber zugleich erschreckenden Artikel von Roman Schweidlenka über den »Ausverkauf« des indianischen Schamanismus durch spiritualistische Ideologen. Als Oberguru führt er einen Paul Uccusic vor, der in einem Buch über den »Schamanen in uns« den »angeblichen Kern schamanischer Praxis« vom stammesspezifischen »Ballast« befreit und ihn den Menschen in den Industrienationen als »neuen Weg zum Heil« anbietet. Der offensichtlich eingehend informierte Kritiker schätzt den Wert solcher spiritualistischer Importe gleich Null: »Völlig unklar bleibt, welchen 'Gemeinschaften' dabei ein Dienst – wie es Uccusic betont – erwiesen wird. Bauen die Kernschamanen neue...Ökodörfer, feste dezentrale und soziale Bezüge auf? Dem Autor dieses Beitrags ist derartiges nicht bekannt.«

Notwendige Begriffserklärungen

Wenn man versucht, zu klären, was die gemeinsame, übergeordnete Bedeutung bei dem heute überall zu hörenden, meist ziemlich unkonkreten und vage-»gefühlig« bleibenden Reden über »Spiritualität« ist, dann hilft – wie meist – zunächst der Rückgriff auf die Wortbedeutung:

Spiritus ist der Atem, der Hauch, in einem etwas weiteren Verständnis auch »Geist«. Es ist durchaus kein Zufall, daß die gleichnamige Flüssigkeit so heißt, denn das »Entweichende«, Unsichtbare, aber höchst Wirksame ist eben auch hier der »spirit«.

Wenn man genauer hinschaut, findet man die drei Begriffe: Spiritismus spiritistisch, Spiritualismus – spiritualistisch und spirituell (wozu es kein Hauptwort gibt). Sucht man nun nach dem übergeordneten Bedeutungskern in diesem Begriffsnebel, so findet man: Es geht in all diesen Ansätzen um eine **Verbindung zu überpersönlichen Kräften**. Das ist als Oberbegriff festzuhalten. Es handelt sich nicht unbedingt um übersinnliche, gar um »göttliche« Kräfte – das wäre bereits eine bestimmte Deutung dieser Kräfte – in jedem Fall aber um überpersönliche Kräfte – das ist das Entscheidende; darauf werde ich noch mehrfach zurückkommen. Es geht also darum, solche überpersönlichen Kräfte als existent anzuerkennen, überpersönliche Energien oder Botschaften wahrzunehmen, sie sich anzueignen, sich von ihnen leiten zu lassen, sich von ihnen verwandeln zu lassen bis hin zum »Neu-Geboren-Werden« durch solche Kräfte. Dabei gibt es grobere und feinere Herangehensweisen und Wahrnehmungen. Wenn von Tischerücken gesprochen wird, von Geisterbeschwörungen, so verbindet man dies im allgemeinen mit dem Begriff **spiritistisch**und **Spiritismus**. Mit Spiritismus verbindet man ziemlich grobePraktiken und Vorstellungen, um sich dieses Geisterreich hörbar oder gar sichtbar zu machen.

Bei dem Wort **Spiritualismus** geht es – und darauf deutet dieses »ismus« hin – um Theorie. Spiritualismus ist sozusagen das Ensemble derjenigen Lehren, Übungen etc., die einen instand setzen, mit überpersönlichen Kräften in Kontakt zu kommen, sie sich nutzbar zu machen oder von ihnen geleitet zu werden.

Spirituell ist der feinste, der dünnste, aber auch der vorsichtigste Ausdruck, der all das bezeichnet, was überpersönliche Kräfte betrifft. Wenn man von spirituellen Interessen spricht, dann ist in einem sehr allgemeinen Sinne der Bezug auf diese überpersönlichen Kräfte, Energien etc. gemeint.

Nach diesen Begriffsklärungen möchte ich folgende Punkte genauer ansprechen:

- Erstens will ich einen kurzen Hinweis auf die spiritualistischen Wege und Mittel geben, die zu spirituellen Einsichten und Erlebnissen führen;
- Zweitens geht es dann um die Ziele und Wirkungen, die man sich von der Einwirkung überpersönlicher Kräfte verspricht und über die auch glaubhaft berichtet wird;
- Drittens ist speziell von uns zu fragen, welche Bedeutung das alles für Gemeinschaften, für Kommunen hat; da gibt es einen ganz eigentümlichen Zusammenhang;
- Viertens schließlich möchte ich eine Kritik des sogenannten Spiritualismus formulieren.

Wege und Mittel des Spiritualismus

Die spiritualistischen Versuche sind kulturgeschichtlich uralt; es gab sie zuerst im Zeitalter des Animismus, als man die ganze Welt mit Geistern, mit »animae«, mit Geistwesen bevölkert sah, die das Naturgeschehen bewirken: Animismus ist die erste Form, in der die Menschheit versucht hat, sich Natur-Ereignisse zu erklären. In den Bäumen steckten Geistwesen, in den Wolken wütete der Donnerer etc. Das ist ein sehr alter naturwissenschaftlicher Versuch der Welterklärung.

Auch die spiritualistischen Lehren und Praktiken sind sehr alt. Sie entstanden, bevor die heute so oft kritisierte instrumentelle Vernunft die Herrschaft antrat. Als man noch keine »techne«, keine systematische Beherrschung der Natur entwickelt hatte, hat man sehr viel stärker versucht, durch die Beschwörung dieser überpersönlichen Kräfte etwas zu erreichen, beispielsweise indem man einen Kriegstanz aufführte und in sich dadurch die Energie entwickelte, die Feinde zu besiegen, oder indem man die Regengeister beschwor. Auch die urchristliche Gemeinde will, durch die Ausschüttung von Geisteskraft am »Pfingstfest«, ungewöhnliche Kräfte gewonnen haben (Apostelgesch. 2, 2-4).

Das Interessante ist, daß in unserer Zeit, nach einer langen Kulturgeschichte der instrumentellen, aber auch einer zur humanen Selbstbestimmung führenden Vernunft, wieder viele Leute meinen, unser Verstand habe uns in die Irre geführt, wir müßten nach anderen Geisteskräften suchen als denen, die wir selbst haben, wir müßten uns in Selbstaufgabe üben, oder zumindest still werden und nach äußeren, »kosmischen«, naturhaften Kräften hinhören, die uns mehr helfen als unser eigener Verstand. Der Versuch, solcher Kräfte teilhaftig zu werden, ist seit dem Aufbruch aus dem Mittelalter, seit dem Zeitalter der Renaissance und des Rationalismus, der Aufklärung zunehmend negativ beurteilt worden, während angesichts zunehmender Orientierungslosigkeit heute viele Menschen meinen, Spiritualismus sei der neue Weg und führe in ein »New Age«, um ein neuer Mensch zu werden.

Es gibt sicher viele Wege dahin. Ich habe fünf Hauptwege gefunden, um der überpersönlichen Kräfte teilhaftig zu werden:

- **Bewußtseinsübungen:** Daß man sich auf bestimmte Dinge konzentriert oder auch versucht, sich im Gegenteil völlig zu entspannen und äußere »Stimmen« auf sich wirken zu lassen. Hier geht es um all das, was man mehr oder weniger unter dem Begriff der Meditation erfaßt.
- **Körperhaltungen und Körperübungen.** Am bekanntesten sind die verschiedenen Formen von Yoga. Man nimmt ganz bestimmte Haltungen ein, die es einem ermöglichen, still zu werden, in sich hinein, aber auch aus sich heraus zu hören, andere Kräfte, andere Stimmen wahrzunehmen. Dies kann wieder entgegengesetzte Zielsetzungen haben: einmal, um wegzurücken von allem, was mich im Alltag zerstreut, und in eine ganz andere Sphäre zu kommen; »Entselbstung« spielt auch dabei eine große Rolle: von mir selbst wegzukommen und zu hören, was da für wichtige Energien in mir und außer mir existieren. Andere Interessen des Spiritualismus zielen umgekehrt darauf, durch Körperhaltungen und Körperübungen eine außergewöhnliche Konzentrationsfähigkeit zu gewinnen.
- Eine dritte Herangehensweise sind **Berührungen** verschiedenster Art, die sich u.a. mit dem Begriff Bioenergetik verbinden: Menschen lehnen sich aneinander, streicheln sich (was ja auch gut nachvollziehbar ist, da es Körperelektrizität entbindet), es fließen Ströme zwischen Menschen, die zu sublimen und weniger sublimen erotischen Empfindungen führen können bis hin, etwa bei Otto Mühl, auch z.T. beim Bhagwan – zu ausgesprochen aggressiven und/oder erotischen Berührungen und orgiastischen Zuständen.
- Ein vierter Bereich sind **Tanz, Musik, rhythmische Abläufe**, die im Endergebnis zu einem Außer-sich-Geraten führen, zu Trance-Zuständen (man denke an die Tänze bestimmter afrikanischer Stämme oder der bekanntlich zu hohen spiritualistischen Ehren gekommenen (s.u.) Indianerstämme).
- Ein fünfter Komplex hat die gleiche Wirkung, nämlich alles, was mit Drogen zu tun hat (ob das Alkoholika oder Pflanzengifte sind), die auch dazu führen, daß man außer sich und in einen anderen Bewußtseinszustand gerät, in dem man aus seinem Ich ausgewandert ist und fähig wird, mit den überpersönlichen Kräften in Korrespondenz zu treten, von ihnen beeinflußt, von ihnen geführt zu werden.

Das sind wohl die wichtigsten spiritualistischen Praktiken. Jedenfalls wäre das zunächst ein kleiner Überblick über das, was es alles an Wegen zu den überpersönlichen Kräften und Welten gibt. Das geht im Extrem bis hin zu Nirwana-Empfindungen des Freiwerdens von allen Wünschen, Strebungen – von allem Leid und aller Lust der Welt – oder im anderen Extrem zu orgiastischen Zuständen, hohen Glückseligkeitsgefühlen etc. All das kann in spiritualistischen Lehren ein Mittel sein, ein Weg.

Ziele und Wirkungen spiritueller Übungen

Ich denke, Menschen verbinden mit spiritualistischen Übungen vor allem zwei Hoffnungen:

- erstens Hoffnung auf therapeutische Erfolge und
- zweitens Hoffnung auf Sinnstiftung (Überwindung der »Anomie«): neue Orientierung und Erfüllung ihres Lebens.

Bei den therapeutischen Zielen und Wirkungen sind wir noch am nächsten dran an Erfahrungen, die jede/r von uns (als »spirituell« in einem sehr handgreiflichen Sinn) schon gemacht hat: diese Erfahrungen sind schon in die Wissenschaft eingangen unter dem Begriff der Psychosomatik. Jeder weiß heute, daß viele Krankheiten nicht damit zu heilen sind, daß man physisch, gar mit Pharmaka vorgeht, sondern es müssen psychische Knoten gelöst werden (bis hin zur Psychoanalyse). Es müssen Verkrampfungen und Schädigungen im Geistes- und Gefühlsleben der Menschen, die in physische Krankheitserscheinungen übergehen, geheilt werden. Es wird Heilung gesucht durch Entspannung, durch autogenes Training, durch bioenergetische Ströme, durch die Kraft menschlich-seelischer, nicht zuletzt erotischer Zuwendung, durch die wir von unseren Verkrampfungen erlöst und zu einer Persönlichkeit werden, die sich öffnet, die fähig wird, heilsame geistig-seelische Kräfte einer/s Therapeutin/en auf sich wirken zu lassen.

Ich glaube, daß hier spirituelle Elemente sehr wohl noch mit Vernunft, ganz ohne dumpfe Gläubigkeit, erfaßbar sind. Insofern sind spiritualistische oder spirituelle Bemühungen nicht vorschnell als Aberglauben abzutun. Es gibt durchaus – wie es im Faust heißt – mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als unser Alltagsverstand sich träumen läßt. Es gibt erlebbare, nachvollziehbare Heilprozesse, obwohl man sie nicht so ohne weiteres messen kann. Sie haben in der Therapie eine große Bedeutung erlangt.

Und übrigens gibt es in diesem Zusammenhang auch außermenschliche, »überpersönliche« Kräfte – z. B. Mondphasen und erdelektrische Ströme –, die negativ oder positiv auf die Gesundheit einwirken können.

Zweitens werden Heilungen, wird das Heil in einem anderen Sinne gesucht: durch Selbstaufgabe, geradezu durch Zerstörung des Selbst – bei Bhagwan Rajneesh sehr extrem: »Ihr müßt Euer Ich aufgeben, Ihr müßt hier und jetzt Eurer Lust leben, Ihr müßt aufhören, bürgerliche Menschen zu sein...« – Hingabe an sogenannte göttliche spirituelle Führung. Da wird dann auch die Figur des Gurus wichtig, der Leitung und Erfüllung durch einen erleuchteten Geist. Ich denke, hier beginnt die Bereitschaft zum blinden Vertrauen auf eine Autorität, das höchst bedenklich ist. Hier spielen Suggestion, auch Autosuggestion, also eingebildete Be-Geisterung eine große Rolle, bis hin zu der Tatsache, daß es massive spirituelle Verführungen gibt. Jeder von uns weiß, daß es Sekten gibt, die totale Selbstaufopferung fordern, und daß nicht zuletzt zu Bhagwan Leute gekommen sind, die ihr ganzes Vermögen hingegeben haben. Sie haben geglaubt, durch solche Selbstaufgabe und Fremdbestimmung durch »eingeweihte« Führer Heilung und Heil zu erleben. Der Fall der Bhagwan-Sekte mit diesem grotesken Ende, daß schließlich dann die Führungsmannschaft mit Millionenbeträgen stiften gegangen ist, zeigt, daß Spiritualität oft zu kriminellen Praktiken führt, was Menschen-Verführung betrifft.

Das wären die therapeutischen Ziele, die Menschen für sich verfolgen. Aber sie leiten über zu dem Ziel der Sinnstiftung. Der Spiritualismus hat sehr viel mit Selbsterlösung zu tun, was ich ohne jede Ironie sage, allerdings aber als Einschränkung. Menschen suchen Lebenssinn und -glück, und zwar in ganz verschiedener Ausrichtung. Viele suchen sie durch Erlösung von ihrem rationalen Ich, wie ich es eben schon einmal erwähnt habe: Sie suchen die Ego-Aufgabe, die innere Emigration und dann auch die äußere, d. h. den Auszug, das Aussteigen – wir kennen den Begriff des Aussteigers – aus den inhumanen und allzu kompliziert gewordenen Strukturen unserer Welt. Dieses Aussteigen führt z. B. dazu, daß Leute nach Indien gehen, daß sie das »einfache Leben« suchen, daß sie nichts mehr zu tun haben wollen mit dieser Welt des Rationalismus, der ewigen Konkurrenz und Wohlstandssteigerung. Eine innere, aber dann auch äußere Emigration – und mit der äußeren Emigration landen wir sehr rasch bei Kommunen und Gemeinschaften: Ausstieg aus dem zivilisatorischen bzw. auch dem herrschaftsgesellschaftlichen Zwangszusammenhang.

Es gibt sehr verschiedene Arten des Ausstiegs: eine der bekanntesten lehrte Buddha (also eine ganz alte Geschichte: offenbar haben die Menschen schon sehr früh das Bedürfnis gehabt, sich frei zu machen von der Welt der Unterdrückung, des Betruges und der Machtkonkurrenz, die sie nicht mehr aushalten können). Buddha, der ein Atheist war, die Existenz von Göttern leugnete, hat radikale Techniken der Selbstbefreiung gelehrt: Er forderte, physisch und geistig eine Haltung einzunehmen, in der man nichts mehr begehrt, nichts mehr will, daher auch von nichts mehr getroffen werden kann. (Diese Lehre tritt dann ähnlich in der spätrömischen Schule der Stoa in philosophischem Gewande wieder auf.) Das Nirwana – nicht etwa die Wiedergeburt, sondern das Zerfließen im Nichts, das Enden von allem ist die höchste Glückseligkeit.

Eine ganz andere Richtung ist dann die einer Befreiung aus dem, was Bahro (nach L. Mumford) die Große Maschine nennt. In einem Referat, das er 1984 auf einer Kommune-Tagung gehalten hat, sieht er Kommune als eine Gruppe, die hilft, auszusteigen aus dem ganzen ökologischen Katastrophenzusammenhang. Er sagt: Wir können »von dem (von den Naturgrundlagen, F.V.) abgespaltenen Verstand, ... der als abhängiges Glied in Koalition mit der großen Maschine, als deren Funktionär, gegen das Leben arbeitet, wieder die Brücke zurück zur Natur ... schlagen ... Das hat zwei zusammengehörige Bedingungen: Zum einen müssen wir die Koalition mit der großen Maschine, ... diese Identifikation mit ihren 'Bedürfnissen' kündigen ... Und andererseits, um den Brückenschlag zum Unbewußten auf der Wertebene zu legitimieren, müssen wir unbedingt mit der Diskriminierung all unserer

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Anzeige

Informationszeitschrift der Kampagne
„Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!"

EntRüsten

Informationen und Hintergrundberichte zu

- Rüstungsproduktion, -export, -konversion
- Militarisierung in der „Dritten Welt"
- Rüstungsfirmen
- Aktionen gegen das „Geschäft mit dem Tod" und für eine andere Politik

EntRüsten

können Sie abonnieren
(5 Ausgaben für 25,- DM/Jahr) beim

Büro der Kampagne
Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein/Taunus
Telefon 06126/55683, Telefax 06126/54660

Hier können Sie auch ein kostenloses Probe-Exemplar von *EntRüsten* anfordern!

FORTSETZUNG SPIRITUALITÄT UND KOMMUNELEBEN...

nicht- bzw. vor-rationalen psychischen Kräfte als 'irrational' alias pro-faschistisch brechen, ... Wenn wir es jetzt nicht riskieren, auf den biologischen Kern in uns, auf die psycho-physischen Elementarkräfte der menschlichen Natur zu bauen, die stärker sind als das bißchen Verstand (!), das wir haben, dann werden wir die Krise, die uns das abgespaltene rationale Bewußtsein beschert, wie es vor allem in der Struktur der großen Maschine erscheint, nicht bewältigen. Man wird es nicht gleich glauben, aber es geht hier um eine Strategie der Subversion gegen das Komplott von Wissenschaft, Technik, Kapital, Staat, das die Essenz der großen Maschine ausmacht. Der Brückenschlag zurück zum Unbewußten bedeutet eine Einstellungsänderung, die den Rückzug der psychischen Energien von all den Aktivitäten nach sich zieht, die das Ungeheuer, also die Megamaschine, reproduzieren.« Das ist eine ganz typische Aussage: Neuen Sinn finden durch Abbruch der Brücken zur Welt (der großen Maschine) und nach innen gehen, – aber bei Bahro nicht, indem man auf alles verzichtet, sondern indem man ein neues, möglichst autarkes, weltabgewandtes, selbstgenügsames Kommuneleben gewinnt: »Das scheint mir die Aufgabe von Kommunen heute zu sein, die Bedingungen für die 'Wiederherstellung göttlichen Geführttseins' zu schaffen« (aaO.).

Eine zweite, ganz andere Art von Sinnfindung wird gesucht durch Lebenssteigerung, und zwar wiederum nach zwei Seiten hin: die einen versuchen, durch geistig-körperliche Konzentration ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. (Ich erinnere an die Übungen im Zen-Buddhismus, wo Menschen lernen, zum Beispiel durch Bogenschießen, zu ungeheurer innerer Sammlung zu gelangen). Andere suchen in einer ganz anderen Richtung Lebenserfüllung, nämlich durch Lustgewinn. Oberguru dieser Richtung war Bhagwan: »Tue nur, was Du gern tust, tue nichts, was Du nicht gern tust: Hier jetzt im Paradies leben, das werde ich Dich lehren«. Also Hedonismus: nur dem optimalen Lebensgenuß leben, nicht irgendwelche Aufgaben oder sozialen Verpflichtungen übernehmen. Es gibt schließlich noch eine weitere Form, wieder einen Lebenssinn zu finden, nämlich auf der Erkenntnisebene: daß man angesichts der »Neuen Unübersichtlichkeit« (Habermas), des allgemeinen Orientierungsverlusts und des Zerfalls der kirchlichen Bindungen durch das spirituelle Einswerden mit der Natur, mit dem Kosmos, sich wieder in einer »Ganzheitlichkeit« eingebettet fühlt und eine Orientierung findet. Man hat plötzlich Einsicht in die Gesetze der Natur, die auch die der eigenen Existenz sind, es ist einem alles klar. Der Kosmos und die Natur sind in bestimmte Sphären geordnet und in sie kann ich mich einordnen. In dieser Weise hat auch Rudi Bahro allen Ernstes auf die Sphärenlehre im Schamanismus verwiesen: »Sieben Sphären von Information, von Bewußtheit, von Organisation ..., im Kosmos« und gemeint, es scheine »jetzt geradezu ... notwendig zu sein, davon auszugehen, daß der Mensch ... den Auftrag hat, bewußt mit allen diesen Sphären zu kommunizieren« (a.a.O. 78 f., 80).

Entfaltung von Spiritualität

In dem, was ich über Spiritualität gefunden habe, ist Gemeinschaftsfähigkeit oder so etwas wie Verantwortung und solidarisches Einstehen für einander kein wesentliches Ziel. Im Gegenteil: Ich glaube, daß spiritualistische Übungen und Tendenzen etwas stark Egozentrisches haben. Wer spiritualistischen Lehren und Praktiken anhängt, würde das positiv wenden und sagen: Fang doch mal mit Deinem Ego an; wenn Du mit Dir selbst einig bist, wirst Du auch gemeinschaftsfähig sein.

Obwohl aber spirituelle Bestrebungen auf den Einzelnen bezogen sind, haben Gemeinschaftsgründungen eine sehr starke Bedeutung für die Entfaltung von Spiritualität. Den Grund kennen wir alle aus der Kirchengeschichte: Es wirkt auch hier das Prinzip des Klosters. Die Mönche wollten sich vollkommen auf das von Jesus verheißene Reich Gottes einstellen durch Leben nach den radikalen Geboten der Bergpredigt und in Erwartung des »Herrn«. Daher beschlossen sie: wir müssen ausziehen aus den Unheilsstrukturen und Verführungen dieser Welt, wir müssen in einen eigenen »abgeschlossenen« Raum (= claustrum = Kloster) emigrieren und müssen auch einen neuen Namen haben als Besiegelung dessen, daß wir Wiedergeborene in einer »Neuen Welt« sind. (Auch die Sanyassin bekommen neue Namen!) Aber um in dieser Weise ein neuer Mensch zu werden, braucht man eine schützende Gemeinschaft. Das Gemeinschaftsprinzip wird deshalb für viele spiritualistisch orientierte Menschen so wichtig, weil es den innerweltlichen Auszug aus der Welt, aus dem Herrschaftssystem der Mega-Maschine oder auch aus einer lustfeindlichen monogamen Sexualordnung erst ermöglicht. Wenn z. B. Meiga/Zegg – in etwas verhohlener Form – einlädt zu einer »Erotischen Akademie« oder auch beim Bhagwan unverhohlen ein Lust-Ashram lockte, so ist der Sinn solcher (zeitweiligen) Auswanderung in eine neue Gemeinschaft klar. Die meisten sind nach Poona gegangen, weil in diesem Eros-Kloster plötzlich Leute unter sich und frei waren, um sexuell so zu leben, wie sie es »draußen«, in der »normalen Gesellschaft« nicht durften.

Dieser Auszug und Rückzug in eine neue Gemeinschaft wird sehr deutlich in verschiedenen Aussagen des Begründers einer in den USA sehr bekannt gewordenen spiritualistischen Gemeinschaft, der sogenannten »Farm« in Tennessee, Steffen Gaskin. Er hat in San Franzisco Ende der sechziger Jahre Leute um sich gesammelt. Schließlich, als sie vom Campus vertrieben wurden, weil die marxistischen linken Gruppen sie als Spinner verdächtigten und es Schlägereien gab, hat er sie ermutigt, woanders hin zu ziehen. Er sagte: »Wir leben in einer dekadenten Gesellschaft; es ist sinnlos, eine dekadente Gesellschaft stürzen zu wollen, Du wirst unter ihr begraben werden, halte Dich einfach zurück, (man könnte hinzufügen: ziehe Dich heraus; F.V.) und lerne, auf Dich selbst acht zu geben. Versuche nicht, die Regierung zu übernehmen.« Das war vor allem gegen die kritischen Studenten gesagt, die radikale Gesellschaftsreform wollten. Er dagegen sagte: Das hat alles keinen Zweck; heraus aus dieser dekadenten Gesellschaft. Später haben sie alte Busse gemietet und sind aufgebrochen aus dieser San Franzisco-Welt. Das hat er mit den Worten eingeleitet: »Laßt uns nach Tennessee gehen und eine Farm kaufen.« Die Gründe lagen auf der Hand: »Wenn Du wirklich Dein Leben spirituell ausrichten willst«, sagt Steffen, »so willst Du Deine Seele nicht für acht Stunden am Tag verkaufen, um dadurchdie anderen 16 Stunden möglich zu machen. Du willst es so haben, daß Deine Arbeit nahtlos mit Deinem Leben übereinstimmt und daß das, was Du für Deinen Lebensunterhalt tust, mit nichts anderem in Widerspruch steht, an was Du sonst glaubst.« Das kommt sicherlich keinem Kommunewilligen ganz unbekannt vor. Aber in spirituellen Gemeinschaften hat es eben diesen Sinn, sich in einem »Kloster« von der existierenden Gesellschaft abzuschließen. Es ist also festzustellen, daß es offenbar die Erfahrung vieler Leute ist, erstens: daß Spiritualität besser kollektiv realisierbar ist: Man muß in einer Gemeinschaft sein, einen geschützten Raum haben, einander stabilisieren, weil sonst das spirituelle Erlebnis schwer zu vermitteln und zu institutionalisieren ist. Zweitens: Bei vielen spirituellen Gruppen spielt ein Führer, ein Guru eine große Rolle, um den herum sich dann eine Schar von Gefolgsleuten bildet. (Sanyas heißt Gefolgschaft und Sanyassin sind die Gefolgsleute!)

Ein dritter Faktor ist, daß viele »zurück zur Natur« wollen – hier kommt ein mystischer Naturbegriff ins Spiel, vermischt mit realen Erfahrungen: Wir wollen weg vom lebensfeindlichen Beton der Städte. »Zurück zu Dir, o Mutter Erde« heißt ein berühmter Sammelband über Kommunen. Es ist auch kein Zufall, daß Kommunen meist Landkommunen sein wollen. Der »Exodus«, der Auszug aus der Stadt, die nicht mehr »frei«, sondern kaputt macht, hat reale Gründe. Aber hier hat es darüber hinaus noch den »spirituellen« Sinn, daß man glaubt, nur durch den Rückzug aus der urbanen Kultur zu sich selbst zu kommen. Man hofft, in abgesonderten Gemeinschaften eine heile Welt zu finden. Einer, der das ausprobiert hat, zuerst in Amerika, dann in Deutschland, Georg Behr (Journalist und Buchautor), schreibt im September 1986 an seine Freundin einen Bericht über seinen spiritualistischen Weg: »Ich habe meinen Hafen gefunden, ich bin in die Gemeinschaft der europäischen Sikhs eingegangen und lerne nun, mich in einem geordneten einfachen Rahmen spirituell zu verwirklichen«. Die Gemeinschaft gibt einem da Raum, um den spirituellen Weg gehen zukönnen. Allein schafft man es nicht; die Gemeinschaft ist eine Schutzgemeinschaft.

Zusammenfassende Kritik

Aus dem Gesagten ergaben sich bereits einige kritische Ansätze. Ich hoffe aber, daß es mir gelungen ist, wesentliche Elemente und Interessen spiritueller Bestrebungen einigermaßen treffend und fair zusammenzufassen, obwohl ich die großen Gefahren sehe, die damit gegeben sind. Daher denke ich, daß einige kritische Anmerkungen notwendig sind:

Erstens muß man sehen – und das ist mehr eine Eingrenzung als eine Kritik –: Spiritualismus ist ein Oberbegriff für **Praktiken der Selbsterlösung**. Er hat keine originär soziale, solidarische oder gar demokratisierende gesellschaftliche Komponente. Die Egozentrik geht allerdings bis hin zu massiven Ego-Trips und bis zur Ausbeutung von Gläubigen, weil man als Guru und Elite glaubt, das Recht dazu zu haben. Das ist aber eine Extremerscheinung.

In jedem Fall aber interessiert Spiritualität primär Einzelne als Einzelne, und insbesondere diejenigen, denen politisches oder gesellschaftliches Engagement nicht bzw. nicht mehr wichtig ist. (Allerdings muß man von der Philosophie des »New Age« sagen, daß sie einen »Grund-Optimismus« in die eigenen und die kosmischen Kräfte vermittelt, der sehr zum Selbstvertrauen und zum aktiven Engagement des Einzelnen im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben beitragen kann.)

Zweitens: In der Spiritualität bzw. den spiritualistischen Lehren steckt ein latenter Autoritarismus. Spiritualistische Heilsbotschaften sind oft an angeblich begnadete »Führer«, an Gurus gebunden, meist aus dem asiatischen Kulturbereich. Aber es gibt durchaus auch Gurus bei uns: Mit schrecklichem Ende Otto Mühl; weniger schrecklich, vielmehr um seriöse Lebensphilosophie bemüht: Dieter Duhm mit seiner Meiga-Großkommune bei Belzig; mit sehr ernsthaften Versuchen, Spiritualismus und Vernunft zusammenzubringen auch Rudi Bahro, der von vielen Leuten als eine Art spiritueller Führer betrachtet wird. Im Zentrum seines großenBuches »Logik der Rettung« wird zur Erlösung aus unserer schleichenden ökologischen Katastrophe ein »Fürst der Rettung«, also eine Führerfigur imaginiert und als notwendig erachtet. Das Extrembeispiel absoluter Hörigkeit bleibt das Verhältnis Bhagwans zu den »Gläubigen« im Ashram, zu den Sanyassins: Gefolgschaft, Jüngerschaft spielt bei vielen eine große Rolle.

Was weiterhin zum Autoritarismus gehört, wäre philosophisch als Heteronomie zu bezeichnen: Leitung, Lenkung von außen. Mit spiritualistischen Ansätzen ist in einem m. E. gefährlichen Maße die Selbstaufgabe verbunden: Zunächst muß das Ich zerstört oder in den Hintergrund gedrängt oder still werden, bevor man auf die außerpersönlichen Kräfte hören und sich von ihnen leiten lassen kann. Diese Kräfte – göttliche Kräfte, Naturkräfte, Rhythmen oder Energien – treten an die Stelle der autonomen Vernunft, die für die Menschen, die dem Spiritualismus anhängen, zweitrangig ist. Die Folge ist: Leugnung eines möglichen Lebensentwurfs aus autonomer Vernunft. Typisch bei Bahro, dessen sozialwissenschaftliche Leistungen unbestreitbar sind, der aber gleichwohl – in einer Art »sacrificium intellectus« – von »unserem bißchen Verstand« redet. In einer Diskussion habe ich mal zu ihm gesagt: »Wenn man schon seine Zuflucht zu einem Heilsfürsten nimmt, so hieße Dein Buch besser: Logik der Verzweiflung.«

Drittens sollten Gemeinschaften einsehen, daß es ein Irrtum wäre, von spirituellen Übungen ein integrierendes »geistiges Band« zu erwarten. Ein »geistiges Band«, durch das verschiedene Menschen sich innerlich vereint sehen, muß m.E. in **gemeinsamen Überzeugungen** im Sinne einer solidarischen Ethik bestehen. Ein geistiges Band wird nicht gewoben, indem man gemeinsam bestimmte meditative Energie-Ströme, -empfindungen hat. Ich würde nicht so weit gehen wie eine Frau, die in unserer Kommune mal gesagt hat: dieses Händchen-halten, was bedeutet das schon? Ich kann mir schon vorstellen, daß dadurch, daß man z. B. einen Kreis bildet und einander an den Händen hält, ein emotionaler Stromkreis geschlossen wird. Das emotionale Band kann das geistige festigen. Aber das Fließen solcher Ströme genügt nicht, um uns über die konkreten Konflikte,z.B. Planungs-, Leistungs- und Eigentumsfragen hinwegzuhelfen. Ich denke, das können nur bestimmte ethische und Ordnungs-Prinzipien, die man sich erarbeiten muß. Spiritualität ist ethisch neutral bzw. vieldeutig. Nur in der New AgePhilosophie gibt es durchaus einige sozial-ethische, sozialreformerische Prinzipien. Aber ich würde sie nicht aus spirituellen Eingebungen, sondern aus philosophischen Erkenntnissen ableiten.

Schließlich – und das hängt mit der Heteronomie, dem Fremdgeleitetsein zusammen – erlaubt Spiritualität m. E. nicht das, was Habermas einen »herrschaftsfreien Diskurs« nennt. Man kann auf der Ebene der überpersönlichen Kräfte nur dankbar empfangen, was man bekommt, aber man kann nicht unter Menschen im Gespräch miteinander zu einem Konsens kommen. Man gehorcht überpersönlichen Kräften. Aber die Orientierung, die man findet, indem man miteinander spricht und zum Konsens kommt, ist ein ganz anderer Weg.

Zusammenfassend also: Spiritualistische Lehren und Praktiken können u. U. sehr hilfreich sein zur personalen Besinnung, zur psychosomatischen Therapie, zur Neu-Orientierung (Stichwort: einfaches Leben, Abstand gewinnen vom Alltagstrott). Sie sind geeignet, unseren gesamten westlichen Lebens- und Arbeitsstil mit seiner Hektik und Veräußerlichung sehr heilsam infrage zu stellen. Da gibt es schon grundlegend Hilfreiches, was uns z. B. asiatische Meditationsformen zu bieten haben, auch was unsere Gesundheit betrifft. Spiritualistische Praktiken sind sogar auch gemeinschaftsstiftend in dem Sinne, daß diejenigen, die sich unter einer spiritualistischen Führung vereinen, dann auch eine starke Bindung zueinander haben. Aber Spiritualismus bleibt weithin sozial-ethisch indifferent und inhaltleer. Die Alternative wäre der Appell an und das Vertrauen auf die Vernunft, d. h. auf den interpersonalen Diskurs, das Gespräch, das Sich-durch-Konfliktehindurch-Einigen auf bestimmte Grundsätze, die man dann auch als verbindlich anerkennt. Auch Supervisionen und (gruppen-)therapeutische Aussprachen oder Übungen (um aufgestaute irrationale Aggressionen abzubauen) – und nicht zuletzt gemeinsame Feiern, Feste, Meditationen: alles was negative Gefühle unter den Miteinanderlebenden ab- und freundschaftliche, ja liebevolle aufbaut: wenn dazu spirituelle Lehren und Praktiken Hilfe leisten können, werden wir gut tun, sie ernsthaft zu prüfen und zu erproben. ●

AUFRUF

Ein Kibbuz bei Berlin?

Wir, eine **Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft**, haben ein konkretes Konzept solidarischen Miteinanderlebens erarbeitet: Ökologische Siedlung für 20-100 Leute, selbstverständlicher individueller Lebensbereich, aber ohne Abkapselung – vielmehr weitgehend gemeinsame Kasse, gemeinsame Küche, gemeinsame Kindererziehung, Autopool, gemeinsame Projekte: Tagungshaus, Biologische Gärtnerei, optimale Kooperation mit den Nachbarn / der Kommune...

Wir suchen noch aktive EinsteigerInnen in unser Projekt wie auch FörderInnen eines solchen vorbildlichen alternativen Lebensmodells:

- Wer Häuser in ökologischer Bauweise mit aufbauen kann – oder
- wer eine biologische Gärtnerei mit aufbauen möchte – oder
- wer mithelfen will, eine Tagungs- und Begegnungsstätte zu entwickeln (einschließlich der Organisations- und Dreckarbeit!) – oder
- wer bereit ist, den Aufbau einer ökologischen Kommune zu fördern (z.B. durch einen zinsgünstigen Kredit) – vor allem aber:
- wer die unsolidarische, besitz-individualistische, ellenbogengebrauchende, umweltfeindliche Lebensweise in unseren Gesellschaften als Single oder im Kleinfamilienghetto satt hat und bereit ist, hart für die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft mitzuarbeiten:

der melde sich. Ganz einfach: Im Briefumschlag 5 Mark schikken, dann kommt unsere Informationsschrift ÖkoLeA, aus der alles zu entnehmen ist, was wir an Vorarbeiten und Konzepten schon erarbeitet haben. Und wenn Euch das zusagt, dann ruft Ihr uns an oder schreibt und wir setzen uns zusammen:

ÖkoLeA · c/o Brigitte Rücker u. Fritz Vilmar
Bülowstr. 4 · W-1000 Berlin 30.

BIBLIOPHILER NACHTRAG...

...zum Kolumbusjahr

Erfreulicherweise konnte im Kolumbusjahr 1992 das Interesse am historischen und aktuellen Schicksal der indigenen Nationen Süd- und Nordamerikas etwas geweckt werden. Bei öffentlichen Veranstaltungen zu dieser Thematik wurde immer wieder der Wunsch nach Informationen bezüglich einer weiterführenden politischen Sachliteratur geäußert. An dieser Stelle möchte ich kurz auf einige Standardwerke hinweisen:

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) (Hg): **Unser Amerika. 500 Jahre indianischer Widerstand**. Verlag Jugend und Volk. Wien 1992, öS 348,–. Das mit zahlreichen Fotos ausgestattete Buch bietet exemplarische Fallstudien, wobei der Geschichte des Kolonialismus/Imperialismus ein breiter Raum eingeräumt wird. Kürzere Beiträge, die ein breiteres Spektrum von Widerstandsbewegungen Nord- und Südamerikas vorstellen, finden sich in dem ebenfalls von der GfbV herausgegebenen, in der Sammlung Luchterhand erschienen TB »**Unsere Zukunft ist Eure Zukunft**« (DM 20,–)

Was die vermutlich bekanntesten »hot spots« des indianischen Widerstands gegen den (nuklearen) Kolonialismus und Landraub betrifft – Hopi/Navajo, Lakota-Sioux, Western Shoshone – so gibt es dazu von Experten verfaßte Literatur. Während Hopi/Navajo in dem bekannten »**Unser Ende ist Euer Untergang**« (Lamuv TB, DM 19.80) von A. Buschenreiter abgehandelt werden, sind im Verlag für Amerikanistik erschienen:

Peter Schwarzbauer: **Der Lakota Report**. 2.Aufl. 1992, DM 19,– / Da geht es um Uranabbau, Landrechtskämpfe, Massentourismus, Kultur und soziale Daten.

Susanne Hübel: **Western Shoshone. Ein vergessenes Volk** – vom Untergang bedroht. 1992, DM 18,– / Geschichte und Kultur dieses traditionell in kleinen gesellschaftlichen Einheiten lebendes Volkes, sowie Darstellungen des politischen Kampfes gegen die Atommafia und die Regierung der USA.

Last but not least sei auf den informativen **Indianer 93-Taschenkalender**(Lamuv) verwiesen sowie auf den von der GfbV herausgegebenen, dem UNO-Jahr der indigenen Völker gewidmeten **Bildkalender »Lebenszeichen«**(DM 35,– plus Porto bei GfbV, PF 2024, W-3400 Göttingen)

Roman Schweidlenka

ANTIFASCHISTISCHER TASCHENKALENDER

1993

Hrsg. v. verschiedenen Gruppen aus der BRD und den NL

ISBN 3-928300-10-5

im praktischen Hosentaschenformat...

für 10 DM

Viel Inhalt: • Geschichte wird gemacht • Neue Rechte • Klassenkampf statt Multikulti • Edelweißpiraten • Infos aus NL und NOR • *Mujeres Libres* - Freie Frauen gegen Francofaschismus

Viel Service: • Adressen aus ganz Europa • Lexikon faschistischer Organisationen • Rechtshilfetips • *viel Platz zum Schreiben ...*

Aus dem Inhalt:

• Geschichte des europäischen Vereinigungsprozesses • Europa des Kapitals • Festung Europa: Flüchtlinge, Asylpolitik, Schengen ... • Bevölkerungspolitik: „Weiß und Angepaßt" • Imperiales Europa • Spanien 1992 • WWG in München • Literatur, Zeitschriften und Adressen zum Thema ... etc.•

146 Seiten, Broschur, DM 14,80

ISBN 3 - 928300 - 08 - 3

Macht Sammelbestellungen und Wiederverkauf !

ab 10 Exemplare 30% Rabat

UNRAST

UNRAST, Querstr.2, 4400 Münster

OSTDEUTSCHE PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Potentiale für eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung

Produktivgenossenschaften (PG) zeichnen sich durch die Identität von Beschäftigten und EigentümerInnen aus, die in demokratischer Weise die Geschicke des Betriebes steuern. Mit der Wiedervereinigung ist die deutsche Wirtschaftsstruktur um diese Unternehmensform bereichert, die in den neuen Bundesländern eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnte. Jedoch der politische Wille zur Schaffung der Voraussetzungen fehlt.

Ludger Porada, Redaktion Genossenschaften ● Die Genossenschaften in der Landwirtschaft (LPG) in Ostdeutschland zählten vor der Wiedervereinigung ca. 4.500 Betriebe mit fast 800.000 Beschäftigten. In den Genossenschaften des Handwerks (PGH) waren 160.000 Leute in 2.700 Betrieben tätig. Weil diese Formen der Produktivgenossenschaft in Westdeutschland wenig verbreitet und wenig bekannt sind, ist dieser Sektor der Wirtschaft besonders bedroht. Aus Unkenntnis und ideologischer Vorbehalte unternahm die Bundesregierung alles, um diesen ehemals so bedeutsamen Unternehmenssektor zu zerstören.

Probleme der Umstrukturierung

Probleme, die mit der Umstrukturierung Betriebe verbunden sind, liegen auf verschiedenen Ebenen:

- Sondergesetze zur Umstrukturierung der produktivgenossenschaftlichen Betriebe wirkten zerstörerisch und leisten bis heute dem Verfall dieses Unternehmenssektors Vorschub.
- In Westdeutschland gibt es kein eigenständiges Verbandswesen für die spezifischen Belange der Produktivgenossenschaften. Die traditionellen Genossenschaftsverbände lehnen die produktivgenossenschaftliche Form ab.
- Unkenntnis westdeutscher BeraterInnen über die Möglichkeiten der Rechtsform eG ist weit verbreitet. Im Vergleich verfügen die geläufigen Kapitalgesellschaftsformen über eine deutlich höhere Akzeptanz.
- Nach 40jähriger Kommandowirtschaft besteht eine durchaus verständliche, antikollektivistische Grundhaltung, die kein Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit genossenschaftlicher Organisationsformen zuläßt.

Zentraler Problembereich sind das im ersten Punkt angesprochene Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG) und die Verordnung zur Umwandlung der PGHen (PGH-VO). Sie gehören zu den ganz wenigen Gesetzen der alten DDR-Regierung, die im Einigungsvertrag übernommen wurden. Ursprünglich mit dem Willen angelegt, die Überführung der PGHen und LPGen in eine »anerkannte« Rechtsform zu erleichtern, sind ihre Auswirkung jedoch für den Erhalt der Unternehmen als Produktivgenossenschaften nicht nur untauglich, sondern zerstörerisch.

Beide Gesetze ermöglichen den ausscheidenden Mitgliedern einen Zugriff auf den sogenannten unteilbaren Fonds der Betriebe. Dieser unteilbare Fonds stellt den Gesamtwert des Unternehmens dar, der im Genossenschaftsgesetz vor dem Zugriff Einzelner geschützt wird. Massenhafte Austritte aus der Genossenschaft führen so regelmäßig zur Auszehrung der Eigenkapitalbasis der Betriebe. In die Zukunft gerichtete Investitionen können dadurch kaum getätigt werden. Vielmehr wird produktives Kapital in den privaten Konsum gelenkt und tausende von Arbeitsplätzen werden vernichtet. Bemühungen, diese Sondergesetze so zu gestalten, daß den Betrieben zur Weiterführung eine ausreichende Kapitalbasis erhalten bleibt, sind gescheitert.

Zwischenbilanz nach zwei Jahren

Im Bereich der Landwirtschaft werden zwei Jahre nach der Wiedervereinigung nach Aussage von ExpertInnen von den ehemals 4.500 LPGen ca. 1.500 als Produktivgenossenschaften in Form der eingetragenen Genossenschaft bestehen bleiben. Dieses Ergebnis übertrifft pessimistischere Prognosen, die von ca. 1.000 Betrieben ausgingen. Diese Genossenschaften bewirtschaften 45% der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit durchschnittlichen Betriebsgrößen von 1.700 ha. Vor der Wiedervereinigung waren es noch 90% der Nutzfläche.

Der Anteil von Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist von ehemals 800.000 auf 200.000 bis 250.000 geschrumpft. Dadurch liegt der Arbeitskräftebesatz von 3,5 pro ha gegenüber 5,3 pro ha in den alten Bundesländern bereits deutlich niedriger. Für die landwirtschaftlich strukturierten Gebiete, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und weiten Teilen Brandenburgs ist diese Entwicklung katastrophal. Die Anpassungen an den EG-Agrarmarkt, für die andere Volkswirtschaften 20 Jahre benötigen, kann ohne Anpassungshilfen in zwei Jahren nicht erfolgreich geleistet werden.

Die kurzsichtige Politik der Bundesregierung, die auf das Leitbild des familien-bäuerlichen Betriebes setzt, hat sich in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer nicht durchsetzen können. Gleichzeitig sitzt die Angst der westdeutschen Bauern vor der Wirtschaftskraft der hoch-produktiven Agrarunternehmen, die auf großen Flächen wirtschaften, tief. Dies verhindert ein Engagement der Bauern- und Bäuerinnenlobby für die ostdeutschen Betriebe.

Eigene Verbandsstrukturen helfen

Im Bereich Handwerk und Dienstleistungen ist ebenfalls noch kein verläßliches Datenmaterial zu erhalten. In der Tabelle 1 auf dieser Seite werden die Ergebnisse einer Erhebung über den Stand der Umwandlung bis Ende 1991 dokumentiert.

Statistische Zahlen zum Stand der Umwandlung (1991)

Kammerbezirk	PGH alt	GmbH	e.G.	andere	aufgelöst	noch PGH
Rostock	152	92	16	27	5	12
Schwerin	87	56	9	5	7	10
Neubrandenburg	59	15	6	3	0	35
Potsdam	212	60	20	65	0	67
Berlin	158	113	25	8	9	3
Frankfurt/O.	94	34	11	31	0	18
Cottbus	89	23	2	0	10	54
Dresden	265	101	8	30	0	126
Chemnitz	350	237	49	34	12	18
Leipzig	285	174	6	7	25	73
Gera	115	62	17	0	15	21
Suhl	59	28	6	0	0	25
Erfurt	222	133	19	12	0	58
Halle	243	65	14	8	3	153
Magdeburg	263	139	13	6	20	85
Gesamt	2.653	1.332	221	236	106	758

Quelle: Für die Jahre 1988 u. 1989 das Statistische Jahrbuch der DDR, für die Jahre 1990 u. 1991 eigene Erhebungen des vdp u. der regionalen Handwerkskammern der Bezirke (zusammengestellt in der procoop – vdp).

Tabelle 1

Laut PGH-VO müssen die Betriebe bis Ende 1992 in eine anerkannte Rechtsform umgewandelt sein, sonst werden sie zwangsaufgelöst. Nach ExpertInnenmeinungen schlugen ca. 600-700 ehemaliger PGHen den Weg der eingetragenen Genossenschaft ein. Die statistischen Zahlen in der Tabelle verdeutlichen ein West-Ost-Gefälle. Je niedriger der Einflußbereich westlicher BeraterInnen, desto höher ist der Bestand an Produktivgenossenschaften.

Die Zahlen belegen außerdem, daß in Regionen, in denen sich schon frühzeitig funktionierende Verbände für die Belange der PGHen stark machten, eine größere Zahl von Produktivgenossenschaften erhalten blieben. Dies trifft auf Sachsen und Sachsen-Anhalt zu. In Sachsen-Anhalt vertritt der »Verband Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen eV« (VDP) die Interessen von ca. 120 Mitgliedsbetrieben. Im Genossenschaftsverband Sachsen konnten sich die Produktivgenossenschaften im Verbandsrat eine Gleichberechtigung gegenüber den anderen Genossenschaftsbereichen erkämpfen. Die Ergebnisse sind entsprechend besser (siehe Tabelle 2).

ÜBERBLICK:

Anzahl: 185, davon 102 in Rechtsform e.G., 81 PGH und ELG, 2 GmbH

Einkaufs- und Liefergenossenschaften:	54
Bau-, Ausbau-, Bauneben- und sonstige BauhandwerkerInnengenossenschaften:	63
FriseurInnen- und Kosmetikgenossenschaften:	32
SchuhmacherInnengenossenschaften:	10
Sonstige Dienstleistungs- und Produktivgenossenschaften:	26
Umsatz:	710,5 Mio. DM
Mitglieder:	13.305
MitarbeiterInnen:	8.073

Quelle: Jahresbericht des Genossenschaftsverbandes Sachsen

Tabelle 2

Neugründungen sind »nicht angesagt«

Neugründungen von Genossenschaften gibt es in Ostdeutschland bisher kaum. Sowohl das psychologische als auch das politisch-wirtschaftliche Klima ist dafür im Genossenschaftsbereich zur Zeit denkbar ungünstig:

- die antikollektivistische Grundhaltung steht der Idee genossenschaftlicher Assoziationen entgegen;
- die Bereitschaft zur Übernahme finanzieller Risiken bei Betriebsgründungen tendiert in der augenblicklichen wirtschaftlichen Krisensituation gegen Null;
- die Rahmenbedingungen für Genossenschaftsgründungen sind zwar objektiv gleich gegenüber anderen Rechtsformen, nur wissen dies die AkteurInnen in den seltensten Fällen. Entsprechend erfahren Genossenschaften z.B. bei der Aufnahme von Fremdkapital regelmäßig Benachteiligungen.

Um die Bedingungen für kooperative Betriebsgründungen zu verbessern, führten VertreterInnen der Innova in Bonn Verhandlungen mit der Berliner Treuhandanstalt. Hierbei ging es um Unterstützungsmöglichkeiten bzw. um die Bevorzugung von Betriebsgründungen mit hoher MitarbeiterInnenbeteiligung (mind. 51%). Diese Initiative richtete sich auf die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und auf den noch zum Verkauf stehenden Treuhand-Bestand kleiner Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten. Die Treuhand-Anstalt ließ im Ergebnis keinerlei Unterstützungsbereitschaft erkennen.

Möglichkeiten positiver Entwicklung

Die weitere Entwicklung des produktivgenossenschaftlichen Sektors in der Bundesrepublik steht in Abhängigkeit zu einer Reihe schwer beantwortbarer Fragen:

- Werden die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen so gestaltet, daß es zu einer Gleichstellung der Genossenschaften bei der Inanspruchnahme öffentlicher Fördermöglichkeiten und der Verbesserung der Startvoraussetzungen für Genossenschaften kommt? Voraussetzung ist eine zügige Klärung von Eigentumsfragen bei Grund und Boden ohne Benachteiligung der Genossenschaften und die Klärung der Altschuldenproblematik unter der viele Genossenschaften als Nachfolgeunternehmen der LPGen und PGHen zusammenbrechen.
- Findet die genossenschaftliche Rechtsform im Gefüge der Wirtschaftsstruktur Anerkennung und wird sie als unverzichtbare Alternative zu abhängiger Beschäftigung und EinzelunternehmerInnentum bewertet? Wenn ja, könnte eine breite Streuung des Produktivkapitals mithilfe von Genossenschaften als ordnungspolitisches Ziel leichter erreicht werden.
- Wird in den neuen Bundesländern die genossenschaftliche Assoziation als Chance begriffen, in der Wirtschaftspolitik einen eigenständigen Weg einzuschlagen, der sich auf die eigenen Kräfte und Ressourcen stützt?
- Gelingt es den Genossenschaften, ihre Organisationsstrukturen an die Markterfordnisse anzupassen, um eigene zukunftsorientierte Betriebskonzepte umzusetzen? Von besonderer Bedeutung ist dabei die Weiterbildung und Qualifizierung der Mitglieder/MitarbeiterInnen, um einerseits funktionale Hierarchien abzubauen und andererseits ihre Akzeptanz zu stärken.

GenossenschaftsberaterInnen erforderlich

Verschiedene Voraussetzungen, die zu einer positiven Beeinflußung dieser Fragen führen könnten, befinden sich zur Zeit in der Entwicklung:

Die Einflußnahme auf die genannten Faktoren kann nur durch eine starke, effektive Verbandsorganisation geleistet werden. Gegenwärtig ist die Genossenschaftsbewegung auf verschiedenen Ebenen gespalten. Die Produktivgenossenschaften in Landwirtschaft und Handel haben sich unterschiedlichsten Verbänden angeschlossen. Zwar sind eigenständige Verbände für Produktivgenossenschaften in den neuen Ländern entstanden, aber viele Genossenschaften schlossen sich auch den traditionellen Raiffeisen/Schulze-Delitzsch-Organisationen an. Bemühungen zur Gründung einer einheitlichen Organisation mit Dachverbandscharakter für Produktivgenossenschaften (und MitarbeiterInnenbetriebe) schlugen fehl.

Ein weiterer Graben entstand zwischen den alten Genossenschaftsverbänden West und den neuen Verbänden Ost. Aufgrund der unverhohlen antiproduktivgenossenschaftlichen Grundhaltung des »Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes eV« ist eine Zusammenarbeit im Interesse einer wirksamen Unterstützung der ostdeutschen Genossenschaften kaum möglich. Der »Verein z. Förderung des Genossenschaftsgedankens eV« als einzige westdeutsche Organisation, die sich in Bonn für die Interessen der Produktivgenossenschaften einsetzt, könnte eine wichtige Integrationsfunktion für die Entwicklung der »inneren« Einheit der Genossenschaften übernehmen.

Die Entwicklung der internen genossenschaftlichen Organisationsstrukturen in Verbindung mit tragfähigen Wirtschaftskonzepten läßt sich nur durch Beratungsstrukturen erreichen, die über Erfahrungen im Umgang mit kooperativen Betrieben verfügen. Traditionelle Unternehmensberatung zielt oft an den Problemen vorbei. Eine Beratungsförderung sollte deshalb auch nicht bei der Existenzgründungsberatung enden, sondern so angelegt sein, daß der Betriebsaufbau und -entwicklung miteinbezogen wird.

Auf der Ebene der MitarbeiterInnenqualifikation kommt dem genossenschaftlichen Management eine Schlüsselfunktion beim Erhalt und der Entwicklung der Betriebe zu. Qualifizierungsangebote, die die Erfordernisse einer kooperativen Betriebsführung mit den klassischen Instrumenten der Unternehmensführung verbinden, fehlen, obwohl sie dringend erforderlich wären.

Die Zukunft hat schon begonnen

Das wiedervereinigte Deutschland wird mit ca. 2.200 produktivgenossenschaftlichen Betrieben einen der stärksten, kooperativen Wirtschaftssektoren innerhalb der europäischer Gemeinschaft stellen. In den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk und Dienstleistungen beschäftigt dieser Sektor ca. 150.000 Personen.

Das Überleben dieser Unternehmen ist sehr stark abhängig von den politischen Rahmenbedingungen, einer effektiven Verbandsstruktur und unterstützende Strukturen für Beratung und Qualifizierung. Eine Genossenschaftspolitik in diesem Sinne setzt jedoch bei den beteiligten AkteurInnen (Parteien, Bundesregierung, Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden West) den politischen Willen zum Erhalt dieser Unternehmensform voraus. Gegenwärtig ist ein solcher Wille jedoch nirgendwo erkennbar und es gibt keine politisch einflußreiche Organisation, die eine in die Zukunft gerichtete Genossenschaftspolitik als Bestandteil aktiver Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aufgreift.

Bewegung läßt sich allerdings erkennen bei den Genossenschaftsverbänden und bei Teilen der Gewerkschaften. Die Verbände haben erkannt, daß ihre Prognose über den (Nicht-)Fortbestand der produktivgenossenschaftlichen Betriebsform sich in der Realität überholt hat. Gleichzeitig setzen die Gewerkschaften in der Beschäftigungspolitik verstärkt auf Ansätze, die auf »Hilfe zur Selbsthilfe« gerichtet sind. Dies geschieht mehr oder weniger zwangsläufig, weil die bisher betriebene Industriepolitik in den neuen Bundesländern nicht greift.

Bei den Neugründungen von Genossenschaften kann davon ausgegangen werden, daß noch im kommenden Jahr in den neuen Ländern der »Leidensdruck« der Arbeitslosigkeit zu einem psychologischen Umschwung führt, der in der Aufgabe der »antikollektivistischen« Grundhaltung mündet. Die Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte, das viel beschworene Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, könnte Neugründungen von Genossenschaften in großer Zahl hervorbringen. Die Politik sollte darauf vorbereitet sein.... ●

Anzeige

Aussageverweigerung und Verhörmethoden

Die Aussageverweigerung als BeschuldigteR und als ZeugIn, Aussageverweigerung und Beugehaft, Rechtliche Aspekte, Diskussionsbeitrag: Aussageverweigerung und Organisierung, Dokumentation: Verhörmethoden

24 Seiten, DinA 4, 3,-DM

Experimentierfeld Nordirland Technologie politischer Unterdrückung

- Historische Entwicklung, SAS - die Bürgerkriegsarmee, Polizeibewaffnung und counter-insurgency

48 Seiten DinA 4, 4,-DM

Bezug zzgl. 1,- DM Versandkosten in Briefmarken oder Schein (Vorkasse) bei u.a. Adresse oder in Buch- und Infoläden. Weiterverkäufer-Rabatt (25%) ab 5Ex.

Rote Hilfe
Postfach 6444
2300 Kiel 14

ITALIENISCHES GENOSSENSCHAFTSGESETZ

Vorbildliche Reformen in Südtirol

Zwei Gesetzesmaßnahmen, ein Staatsgesetz und ein Landesgesetzentwurf, sehen neue Bestimmungen für die Bildung und Förderung von Genossenschaften in Italien bzw. Südtirol vor. Davon sind nicht nur die traditionellen Kredit-, Obst- oder Kellereigenossenschaften betroffen.

Hugo Daniel Stottella, Redaktion Genossenschaften ● Ende Januar dieses Jahres ist mit einem Staatsgesetz die Reform der Genossenschaftsbewegung in Italien eingeleitet worden. Das Gesetz sieht etliche Neuerungen vor. So wird beispielsweise den Genossenschaften endlich die Möglichkeit gegeben, mehr Kapital sei es aus den Reihen der Mitglieder sei es von außen aufzunehmen.

Födermitgliedschaft und Beteiligungsaktien möglich

Diesbezüglich ist eine neue Form der Mitgliedschaft in einer Genossenschaft vorgesehen. Neben den gewöhnlichen Mitgliedern kann es in Zukunft zudem sogenannte »Fördermitglieder« geben, die Risikokapital beisteuern. Außerdem können die Genossenschaften in Zukunft Beteiligungsaktien ausgeben, die den Sparaktien sehr ähnlich sind. Damit können die Genossenschaften eine weitere Finanzierungsquelle erschließen. Abgeschafft wurde schließlich die Beschränkung auf acht bzw. zwölf Prozent, welche bisher für die Einstellung von technischem Personal und Verwaltungspersonal bestand.

Mit dem neuen Staatsgesetz wurden weitere wechselseitige Fonds für die Förderung neuen genossenschaftlichen Unternehmertums gebildet. In diese Fonds sollen drei Prozent der Gewinne fließen, die von den bestehenden Genossenschaften erzielt werden.

Landesregierung genehmigte Gesetzentwurf

Vor kurzem hat die Landesregierung von Südtirol einen Gesetzentwurf über die Förderung der Genossenschaften genehmigt. Die neuen Bestimmungen sehen drei Möglichkeiten vor, wie das Land Genossenschaften unterstützen kann:

- Genossenschaften, die im Sozialbereich tätig sind, können Beiträge zum Ankauf von Materialien erhalten.
- Beihilfen sind auch vorgesehen für Genossenschaften, die in Krise geraten sind, und für solche, die Arbeitsplatzprobleme haben.
- Außerdem gibt es Beiträge zur Förderung von Versuchsprogrammen im Arbeitsbereich. Dieser dritte Punkt bietet unter anderem auch interessante Möglichkeiten für Hausfrauen, die ins Erwerbsleben eintreten wollen.

Im einzelnen sind die im Gesetz enthaltenen Maßnahmen darauf ausgerichtet, die Finanzkraft der Genossenschaften zu verbessern. Gefördert werden soll der Erwerb, die Verwirklichung, der Umbau und die Modernisierung von Liegenschaften und beweglichen Sachen, die für die Genossenschaft erforderlich sind. Weiter soll die Kreditaufnahme durch die Übernahme von Kreditbürgschaften erleichtert werden. Schließlich wird angestrebt, die berufliche Qualifikation und die Spezialisierung der MitarbeiterInnen zu verbessern.

Beirat für das Genossenschaftswesen

Der Landesgesetzentwurf sieht die Schaffung eines Beirates für das Genossenschaftswesen vor. Dieser gibt unter anderem Gutachten über die Gewährung der Begünstigungen ab. Ernannt werden die Mitglieder des Beirates von der Landesregierung. Dem Beirat gehören u.a. drei VertreterInnen von Genossenschaftsverbänden in Südtirol an.

Um in den Genuß der Begünstigungen zu gelangen, müssen einige Bedingungen erfüllt sein. Anspruchberechtigt sind nur jene Genossenschaften, die im Genossenschaftsverzeichnis Südtirol eingetragen sind, in Südtirol ihren Sitz haben und vorwiegend dort tätig sind. Außerdem müssen die Genossenschaften entsprechende Betriebsentwicklungspläne vorlegen sowie eine ausgeglichene Bilanz vorweisen.

Im einzelnen ist die Landesregierung befugt, Begünstigungen für folgende Maßnahmen zu gewähren:

- Bildung von Anfangskapital und anschließende umfangreiche Kapitalerhöhungen;
- Erwerb, Bau, Umbau usw. der Liegenschaften;
- Ankauf von Maschinen, Geräten, Anlagen und Kraftfahrzeugen;
- Anlegen von Vorräten an Rohstoffen und Halbfertigprodukten;
- Leasing von beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Den Genossenschaften, die unter die Kategorien Erzeugungs- und Arbeitsgenossenschaften, Konsum-, Dienstleistungs-, gemischte Genossenschaften fallen, kann die Landesregierung für obengenannte Zwecke Zuschüsse im Höchstmaß von 65 bzw. 50 Prozent der Kosten gewähren. Für Kosten, die hundert Millionen Lire überschreiten, können Zuschüsse in gleichbleibenden Jahresraten höchstens fünf Jahre lang gewährt werden.

Errichtung eines Rotationsfonds

Die Landesregierung will außerdem einen Rotationsfonds für Finanzierungshilfen einrichten. Diese Finanzierungshilfen dürfen das fünffache der Einlagen und Rücklagen nicht überschreiten und müssen von den Genossenschaften in einem Zeitraum von höchstens acht Jahren zurückgezahlt werden.

Zugunsten der Genossenschaften will die Landesregierung weiter Fachberatung und Organisationshilfe gewährleisten, und zwar in folgenden Bereichen: Durchführung von Marktanalysen, Zugang zu technologischen Innovationen sowie Berufs- und Managementausbildung.

Ein besonderes Augenmerk legt die Landesregierung auf die Genossenschaften für soziale Solidarität, den integrierten Erzeugungs-und Arbeitsgenossenschaften und den Genossenschaften für Sozialdienste. Diesen kann die Landesregierung einen weiteren Zuschuß in Zusammenhang mit den allgemeinen Kosten gewähren, die für die Aufnahme der Betriebstätigkeit oder im ersten Betriebsjahr zu tragen sind. Diesbezüglich kann die Landesregierung einen verlorenen Zuschuß von maximal fünf Millionen Lire für jede Person zahlen, die als ArbeitnehmerIn oder als Mitglied der Genossenschaft mindestens ein Jahr lang mitgearbeitet hat.

Schließlich unterstützt das Land die Gründung von Gesellschaften, an denen sich die ArbeiterInnen selbst beteiligen, indem sie sich in Genossenschaften zum Aufbau und zur Führung von Unternehmen zusammenschließen. Zu diesem Zweck will die Landesregierung einen Sonderfonds errichten. ●

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 - 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 58, Dezember 1992

Schwerpunkt: Wissenschaftskritik
Die Subjektivität der (Natur-)Wissenschaft ... Die zwei Geschlechter in der Naturwissenschaft ... Physikalisierung des Lebens ? ... Radikale Naturwissenschaftskritik - Am Ende oder am Anfang ? ... Modell - Welten

Naturwissenschaft und Technik:
Der Erlangener Fall ... Umweltnotstand in Lettland ... Digitalisierung des Rundfunks

Gesellschaft und Politik:
Datenschutz bei der Telekom ... Mit der Treibhaussteuer ins Klimaparadies ? ... Die Philosophie und die Wirklichkeit

Frauen:
Umweltpolitisches Engagement von Frauen

■ Probeheft für DM 2,- in Briefmarken
■ Das aktuelle Heft für 8 DM (Scheck!)

Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**, Mariabrunnstr. 48, D - 5100 Aachen

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Badischer Genossenschaftsverband, Karlsruhe

Selbsthilfeidee: verdrängt und vergessen

Pompös feierte der Badische Genossenschaftsverband-Raiffeisen-Schulze-Delitzsch im Karlsruher Kongreßzentrum sein 125-jähriges Bestehen. Wie bei allen genossenschaftlichen Festakten wurden zwar die Ideen der Genossenschaftspioniere beschworen. Verbandspräsident Gushurst machte aber deutlich, daß davon nicht mehr viel übrig geblieben ist: Statt der in der GründerInnenzeit erforderlichen Linderung von Not bestünden die Aufgaben der Genossenschaften derzeit in der Erwirtschaftung von optimalen Förderleistungen für die Mitglieder. EinlegerInnen, SparerInnen, KreditnehmerInnen, WarenbezieherInnen und AbnehmerInnen von Dienstleistungen erwarteten heute von ihren Genossenschaften nachvollziehbare wirtschaftliche Vorteile durch wettbewerbsgerechte Konditionen. Daß in Ostdeutschland, aber auch für Arbeitslose im Westen und für viele weitere in der Arbeitswelt an den Rand Gedrängte, die stärkere Förderung der Selbsthilfeidee eine Chance auf wirtschaftliche Stabilisierung bedeuten könnte, wird merkwürdigerweise verschwiegen.

Lokalfunk Baden-Württemberg eG, Stuttgart

Gemeinsame Vermarktung ist angelaufen

Die baden-württembergischen VeranstalterInnen von privatem lokalem Hörfunk haben mit der Gründung der Genossenschaft »Lokalfunk Baden-Württemberg eG« eine weitere Phase der Kooperation zwischen den Privatsendern in Baden-Württemberg eingeleitet. Die Genossenschaft soll die gemeinsame nationale Vermarktung übernehmen und Einsparungen durch die gemeinsame Nutzung von Übertragungstechnik oder Dienstleistungen erbringen.

Genossenschaften in Ungarn

Industrieverband übernimmt Interessensvertretung

Unter den mittelständischen Unternehmen in Ungarn spielen die Genossenschaften eine wichtige Rolle. Wirtschaftlich tätig sind rund 2.500 Industriegenossenschaften mit etwa 250.000 Beschäftigten. Circa 8% der Produktion des Landes stammt von ihnen. Um sie in der Außenwirtschaft wirkungsvoller vertreten zu können, hat der Ungarische Industrieverband (ehemals OKISZ – Landesverband der Industriegenossenschaften) die Interessensvertretung übernommen. Aufgeteilt in 23 Regionalverbände vertritt er 1.800 Mitgliedsgenossenschaften. Genauere Information: Ungarischer Industrieverband, Direktorat der Marktorganisation, H-116 Budapest, Thököly 58-60, z.H. László Kolonics.

Seminarhinweis

Genossenschaften und Selbsthilfeprojekte in Nicaragua

Vom 12. bis 14. Februar führt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Zusammenarbeit mit dem Nicaragua-Büro Wuppertal ein Seminar über Genossenschaften in Lateinamerika durch. Schwerpunkte werden die Entwicklung in Nicaragua und El Salvador sein. Eventuell wird auch die Situation in Cuba dargestellt und diskutiert. Seminarort ist Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Anmeldung und Information läuft über Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Berliner Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft (EVG) ins Genossenschaftsregister eingetragen

»Amtliche Reifeprüfung« bestanden

Mit der Registrierung im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Charlottenburg konnte der nicht immer einfache Gründungsprozeß des Öko-Unternehmens abgeschlossen werden.

Die EVG bietet den BerlinerInnen die Möglichkeit, ihren unmittelbaren Alltag ökologischer und wirtschaftsdemokratischer zu gestalten.

In Selbsthilfe haben die über 170 GenossInnen ein professionelles Verkaufsnetz für Nahrungsmittel aus ökologischem Anbau errichtet, das direktbezogenen Produkten aus saisonaler und regionaler Produktion den Vorzug gibt und damit auch einen Beitrag zur Entwicklung des jungen ökologischen Landbaus in Brandenburg leistet.

In den Genossenschaftsläden in der Kreuzberger Admiralstraße 21 und in der Schöneberger Barbarossastraße 61 erhalten Mitglieder 3% Rabatt. Die Genossenschaftsanteile (500 DM pro Anteil) dienen zur Finanzierung der Investitionen und berechtigen ihre InhaberInnen zur Mitbestimmung in allen wesentlichen Belangen der Genossenschaft.

Durch die Maueröffnung hat sich für die EVG das Umfeld gründlich verändert. Unter dem Konkurrenzdruck der oft pseudo-biologischen Konkurrenz aus dem Umland mußte die EVG auf neugegründete Ökomärkte ausweichen, auf denen nur Lebensmittel aus kontrolliert biologischen Anbau angeboten werden dürfen.

Volks- und Raiffeisenbanken

Zahl der GenossInnen wächst

Aus einer Übersicht des Genossenschaftsverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz/Thüringen geht hervor, daß die Zahl der BankgenossInnen weiter zugenommen hat. Derzeit gibt es bei den rund 2.800 Genossenschaftsbanken 13 Millionen TeilhaberInnen in der Bundesrepublik. Mit einem zusammengerechnetem Bilanzvolumen von 625 Mrd. DM sind sie als gesamte Gruppe zu elf Prozent an der Geldbranche beteiligt. Die 274 ostdeutschen Volks- und Raiffeisenbanken steigerten seit Jahresbeginn ihre Bilanzsumme auf 33 Milliarden DM.

Genossenschaftsmuseum in Delitzsch

Gedenkstätte für Genossenschaftspionier

Hermann Schulze-Delitzsch gründete 1894 in der Kreuzgasse 10 in der sächsischen Kreisstadt Delitzsch eine der ersten Tischler- und Schuhmacherassoziationen. Auf ihn geht Name und ideologische Ausrichtung der stark mittelständisch geprägten bundesdeutschen Genossenschaftsbewegung zurück. Das zeitweise fast völlig zerfallene Haus wurde mit Mitteln des DGRV orginal restauriert. Die Stadt als Eigentümerin des Gebäudes hat sich verpflichtet, nach der Restaurierung in dessen Räumen ein Museum zum Thema »Hermann Schulze-Delitzsch und sein wirtschaftliches Umfeld in Delitzsch« einzurichten. Das Museum – letztes historisches Haus aus dieser Zeit im alten Stadtkern – wurde nun »der Öffentlichkeit übergeben.«

Ökobank eG, Frankfurt

Ökologischer Investmentfonds nun im Angebot

Nach eigenen Angaben wird die Ökobank das für 1992 mit 185 Mio. prognostizierte Bilanzvolumen nicht erreichen. Als Grund wird angegeben, daß die Entwicklung »nicht mehr ganz so rasant verläuft wie im Vorjahr«. Damit kann ein weiteres Mal kein ausgeglichenes Gesamtergebnis ausgewiesen werden. Dagegen hat sich die Bonitätsstruktur »deutlich verbessert«. Belastet wird die Gewinn-und Verlustrechnung noch durch Risikovorsorge für Kredite aus den Vorjahren. Impulse für die Zukunft werden insofern auch von dem neuen, für den Kreditbereich zuständigen Vorstandsmitglied Horst P. Popp erwartet. Die Ökobank, die zur Zeit von 18.000 GenossInnen mit 12,25 Mill. DM Geschäftskapital getragen wird, will 1993 in das Anlagen-Geschäft mit dem Angebot eines ökologischen Investmentfonds einsteigen.

GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum

Grünes Konto für den ökologischen Umbau

Seit September dieses Jahres bietet die Anthroposophenbank ein sogenanntes Grünes Konto an. Die darauf eingezahlten Beträge werden gezielt zur Refinanzierung von Darlehen an Ökologieprojekte eingesetzt. Schwerpunkte sind der landwirtschaftliche Bereich, Naturkosthandel und regenerative Energiequellen. Das Konto wird als Fernsparkonto geführt. Ein- und Auszahlungen erfolgen per Überweisung von bzw. auf ein vorhandenes Girokonto. Die Mindestanlage beträgt 500 DM. Die Sparbeträge werden mit 3% bzw. bei einjähriger Kündigungsfrist mit 4% verzinst. 3,8% betrug letztes Jahr die Kostenumlage für gemeinnützige KreditnehmerInnen, die durch Förderkredite unterstützt wurden.

LPG-Nachfolgebetriebe

Von den Altschulden schier erdrückt

Der Strukturwandel der Landwirtschaft und die Herausbildung stabiler und wirtschaftlich produzierender Betriebe wird längere Zeit in Anspruch nehmen als ursprünglich angenommen, so die Einschätzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Daß hierfür allerdings eine Regelung für die Altschulden erforderlich wäre,wird weitgehend verschwiegen. Auch die 1.455 landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften sind von den durchschnittlich 2,7 Millionen Altschulden als LPG-Nachfolgebetriebe hart betroffen. Deren Abzahlung ist für die sich in der Umstrukturierungsphase befindlichen Betriebe kaum bewältigbar. Dies müßte auch im Landwirtschaftsministerium erkannt und deshalb behoben werden?

DIE AUSWIRKUNGEN DES EG-BINNENMARKTES AUF DIE HANDWERKSORDNUNG

1.1.93: Fällt die Meisterpflicht im Handwerk?

Es geht ein Gerücht um, daß mit Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes im kommenden Jahr das deutsche Berufszulassungsrecht im Handwerk deutlich verändert werden wird. Die Meisterpflicht wird fallen, meinen viele innerhalb und außerhalb des Handwerks. Viele PraktikerInnen, die im Handwerk zum Beispiel als GesellInnen arbeiten, hoffen, daß sie dies in kürze nicht nur als abhängig Beschäftigte tun dürfen, sondern auch als Selbständige. Viele, die z.B. als KünstlerInnen an der Nahtstelle zum Handwerk stehen, hoffen, daß die latente Berufsverbotsdrohung endlich fallen wird.

Von Michael Woerle (Hamburg), Redaktion Heidelberg ● Die Antwort auf diese Fragen ist schnell gegeben: Durch den EG-Binnenmarkt wird es keine Erleichterungen geben. Dennoch stehen Änderungen an: Das Handwerk selbst will eine Änderung der Handwerksordnung.

Kein Regelungsbedarf

Mit dem EG-Binnenmarkt soll die EG-weite Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit kommen. Da es außer im kleinen Luxemburg sonst nirgends in der EG derart rigide Zugangsbeschränkungen im Handwerk gibt wie in der Bundesrepublik, erwarten viele, daß die deutschen Verhältnisse dem EG-Standart angepaßt werden.

Das wird jedoch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht als notwendig angesehen, weil es seit den Sechzigerjahren die sogenannte EWG-Handwerks-Verordnung gibt, die die Niederlassungsbedingungen für EG-BürgerInnen regelt. Somit gibt es aus Sicht der Handwerksorganisationen und des Bundeswirtschaftsministeriums keinen relevanten Regelungsbedarf.

Absurde Berufszulassungsregelungen

Dabei strotzt das bundesdeutsche Handwerksrecht nur so vor Absurditäten; Beispiel: Zum Betreiben eines Restaurants ist kein Meisterkoch/köchin vorgeschrieben, warum aber brauchen ExistenzgründerInnen für die Gebäudereinigung eine/n Meister/in? Aber nicht nur die gesetzliche Grundlage dieser Bestimmungen ist abstrus, auch die praktische Handhabung der »Handwerksordnung« ist oft kaum mehr nachvollziehbar.

Das »Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung)« gibt es erst seit 1953. Es geht auf eine Verordnung der Nazis von 1935 zurück (und nicht etwa auf die Zünfte, wie viele glauben). Mit diesen Regelungen wurde eine über hundert Jahre dauernde Gewerbefreiheit im Handwerk beseitigt. Seitdem darf im Gegensatz zu anderen Branchen nicht mehr jedermensch einen Handwerksbetrieb gründen, sondern nur, wer in die Handwerksrolle eingetragen ist. Und in diesen Zirkel kommt in der Regel nur, wer die MeisterInneprüfung bestanden hat.

Geprüfte MeisterInnen gibt es jedoch viele. Doch nicht alle werden von der Handwerkskammer anerkannt. So wollte zum Beispiel ein Industriemeister aus Hamburg, der jahrelang die große Abteilung eines Industriebetriebes geleitet hatte, in die Handwerksrolle eingetragen werden, da er beabsichtigte, seine beruflichen Erfahrungen als Selbständiger zu verwerten. Die Handwerkskammer verlangte von ihm, noch einmal eine Meisterprüfung zu machen: Nämlich die Meisterprüfung des Handwerks. Lediglich für eine Übergangszeit wollte die Handwerkskammer den Industriemeister eintragen, bis er seine Meisterprüfung abgelegt haben würde. »Das empfinden wir als große Ungerechtigkeit, da die Anforderungen der Industriemeisterprüfung und der Handwerksmeisterprüfung sich nicht unterscheiden«, empörte sich der Geschäftsführer der Handelskammer Hamburg Herr Grobe.

Über Hundert Branchen betroffen

Das Beispiel verdeutlicht, welch einschneidende Konsequenzen der Schutz des Handwerks durch die Handwerksordnung für andere MittelständlerInnen verschiedenster Branchen hat. Mit 127 Gewerbearten stellt das Handwerk den zweitgrößten deutschen Wirtschaftszweig dar. Es gibt also kaum eine Branche, die sich nicht mit Abgrenzungsproblemen zum Handwerk herumschlagen muß, deren Ausgang über Wohl und Wehe, über die Erlaubnis oder das Verbot der selbständigen Berufsausübung entscheidet. Und die Entscheidungen fallen häufig so selbstherrlich wie in kaum einem anderen Bereich. Denn das Handwerk und seine Organisationen haben es verstanden, sich einen großen Einflußbereich zu sichern. So entscheidet beispielsweise die Handwerkskammer über die Handwerksrolleneintragung, wohingegen die Eintragung ins Handelsregister nicht von der Industrie- und Handelskammer, sondern vom Amtsgericht vorgenommen wird. So stammt weiterhin der herrschende Kommentar zur Handwerksordnung von dem Handwerk nahestehenden AutorInnen. Die Handwerksorganisationen – so Handwerkskritiker Mirbach – beeinflussen oftmals vor allem die unteren und mittleren Instanzen der deutschen Gerichtsbarkeit. Erst die obersten deutschen Gerichte wie zum Beispiel das Bundesverwaltungsgericht hat eine Reihe freiheitlicher Urteile gefällt, die sich weniger an den Wünschen des Handwerks als am Grundgesetz-Artikel 12 (freie Berufswahl) orientieren.

Mirbach, ein exzellenter Kenner der Materie, hat so seine eigenen Erfahrungen mit dem Handwerk machen müssen. Als Oberregierungsrat im Bundeswirtschaftsministerium war er jahrelang für die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Handwerk und Nichthandwerk zuständig: Bis er ein kritisches Buch zum Thema schrieb. Daraufhin wurde er zum Umweltschutz versetzt. So werden unbequeme KritikerInnen mundtot gemacht.

Solche Abgrenzungsschwierigkeiten wie in Deutschland gibt es beispielsweise in Frankreich nicht. Dort gelten als Handwerk nur Unternehmen mit maximal 10 ArbeitnehmerInnen. In Deutschland dagegen gibt es den sogenannten »dynamischen Handwerksbegriff«, der eine Anpassung an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse ermöglichen soll. Dieser Handwerksbegriff ist allerdings so dynamisch, daß er – so meinen SpötterInnen – jederzeit zulasten des Nichthandwerks verändert werden kann, vor allem in Zeiten konjunktureller Flaute. Dr. Hans-Joachim Etzold spricht deshalb auch von einem »expansiven Handwerksbegriff«, der mit dem Grundsatz der Gewerbefreiheit unvereinbar sei.

Die unklare Grenzziehung zwischen Handwerk und Nichthandwerk geht meistens zulasten derjeniger, die schlechter informiert sind und keine Lobby haben. Das sind zum Beispiel KünstlerInnen, Kleingewerbetreibende und wie obiges Beispiel zeigt, sogar mittelständische IndustriemeisterInnen. Umfassende Informationsmöglichkeiten gibt es kaum. Eine der seltenen Möglichkeiten, umfassend und unabhängig informiert zu werden, sind die Seminare mit dem Titel »Handwerk ohne Meister« von RAT & PLAN in Hamburg oder vom NETZ in Düsseldorf.

Dies alles dient dazu, die Möglichkeiten innerhalb des geltenden Rechts auszuloten und aktiv zu nutzen. Dennoch ist eine Änderung dieser ungerechten Rechtslage vonnöten.

Änderung der Handwerksordnung?

Und die Zeit ist günstig. So hat eine vom Bundesminister für Wirtschaft eingesetzte Deregulierungskommission vorgeschlagen, daß zur selbständigen Ausübung eines Handwerks nicht nur MeisterInnen, sondern auch GesellInnen berechtigt sein sollen, wenn sie »eine mindestens fünfjährige praktische Tätigkeit im erlernten Beruf nachweisen« können. Der MeisterInnenbrief soll nur noch alleinige Voraussetzung für die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung bleiben. Dieser Vorschlag weist in die richtige Richtung.

Das Handwerk und seine Funktionäre sah die Herausforderung des EG-Binnenmarktes lange Zeit mit gemischten Gefühlen. Insbesondere die einsame Position »ihres« großen Befähigungsnachweises sah das Handwerk in Gefahr. Die Arbeit der Deregulierungskommission führte dann zum offenen Konflikt. Der Zentralverband des Handwerks kritisierte die »abwertende Einstellung« der Kommission und forderte die Bundesregierung in einem Schreiben sogar zur Einstellung der Kommissionsarbeit – wörtlich zur »Beendigung der Gedankenspiele der Kommission« – auf. Den großen Befähigungsnachweis und die Handwerksordnung stilisierte der ZDH gar zur »Existenzfrage des gesamten deutschen Handwerks« hoch.

Was die organisierten HandwerksmeisterInnen ihrerseits von Europa erwarten, brachte Handwerkspräsident Heribert Späth folgendermaßen auf den Punkt: »Keiner darf mit minderen Qualifikationen gleiche Rechte erhalten«. Und ZDH-Generalsekretär Klaus-Joachim Kübler hob hervor, daß das bundesdeutsche Handwerksrecht »ein bewährtes Fundament« sei; er warnte vor einer »modischen Deregulierungseuphorie«. Und obwohl es in anderen europäischen Sprachen z.T. nicht einmal das Wort »Handwerk« gibt, schlug Werner Lutz, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Stuttgart, in der Deutschen Handwerks-Zeitung allen Ernstes vor, das deutsche Handwerksrecht auf andere Länder zu übertragen: »Nicht nur aus deutscher Sicht wäre es am einfachsten, man könnte den deutschen Handwerksbegriff, und womöglich auch noch den Großen Befähigungsnachweis auf die anderen 11 EG-Staaten übertragen.«

Bei aller Liebe zum handwerklichen Berufsmonopol wissen die Spitzenverbände des Handwerks jedoch, daß sie ihren Sonderstatus nur behaupten können, wenn sie sich flexibel zeigen. Im ZDH und im Bundesministerium für Wirtschaft wird derzeit an einer Novellierung der HWO gearbeitet. Wie substanziell jedoch zu erwartende Änderungen für Existenzgründer sein werden, bleibt vorerst abzuwarten. Nach Auskunft von Ministerialdirektor Ulrich Geisendörfer ist jedoch klar, daß die Bundesregierung wie auch die Koalitionsparteien es ablehnen, »den großen Befähigungsnachweis abzuschaffen«. Allerdings sollen die Grenzen zwischen den einzelnen Handwerken erheblich gelockert werden, da die geschilderten Abgrenzungsprobleme zwischen Handwerk und Nichthandwerk natürlich auch zwischen den einzelnen Handwerksbranchen existieren. Offenbar jedoch treibt die Verantwortlichen immer noch mehr die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Handwerks als die Sorge um andere MittelständlerInnen an der Nahtstelle zum Handwerk. Denn, so heißt es im Votum der Koalitionsarbeitsgruppe, solle zwar am großen Befähigungsnachweis festgehalten werden, jedoch auch dafür Sorge getragen werden, daß sich das Handwerk dem wirtschaftlichen Wandel marktgerecht anpassen kann. Da die Zahl der handwerksähnlichen Gewerbe im Gegensatz zum meisterInnenpflichtigen Vollhandwerk stetig zunimmt, soll dieses nach Vorstellungen des ZDH stärker in die »Organisationsvorschriften für das Handwerk« eingebunden werden. Das, was vielen Deutschen verwehrt ist, sich ohne MeisterInnenprüfung im Handwerk selbständig zu machen, das ist EG-BürgerInnen, die mindestens sechs Jahre in demgleichen Bereich selbständig waren, schon heute erlaubt. Mit zweierlei Maß wird im Handwerk also auch in Zukunft gemessen werden. ●

KOMMENTAR

Es geht ein Gespenst um in Deutschland, das heißt MeisterInnenpflicht..., wollte ich diesen Kommentar beginnen, aber je mehr ich darüber nachdenke umso dunkler wird meine Erinnerung. Was soll denn das gespenstische sein, frage ich mich zweifelnd und beschimpfe mich gleichzeitig, wie angepaßt ich doch sei.

Gespenstig wird es mir, wenn ich an die feudalistisch anmutenden Riten bei Abnahme der MeisterInnen-Prüfung denke, wo die Frage nach Gründen für diese oder jene Entscheidung schon fast majestätsbeleidigend ist. Das Gefühl des ausgeliefert sein und der Ohnmacht gegenüber alten Knaudeln, die nur zu faul zum Umfallen sind, aber das waren die Prüfungen.

Vorher kam die Entscheidung, wieder etwas zu lernen. Vollzeit, ein ganzes Jahr, wenn du Lust, Zeit und die Kohle hast, auch zwei Jahre. Und diese Zeit geht ganz schön schnell vorbei und es sind noch viele Fragen offen. Auch Handwerk erfordert immer mehr theoretisches Wissen und Kenntnisse, andererseits verdient Mensch in dieser Zeit kein Geld, sondern macht auch noch Schulden beim Arbeitsamt (die ganz leicht zu verschmerzen sind). Heute ist aber Geldverdienen angesagt und immer weniger Bildung. Wer belegt noch einen MeisterInnenkurs, wenn die Notwendigkeit wegfällt? Wer bietet dann noch Fortbildung an? Und wann? Abends, nach 8-10 Stunden Arbeit? In Baden-Württemberg gibt es noch einen Bildungsurlaub. Für mich ist die Ausbildung bzw. Fortbildung in einem Beruf nie absurd – absurd sind die Prüfungen und Machtbeweise am Ende dieser Ausbildung. Dann werden nämlich nach willkürlich festgelegten Quoten die DurchfallerInnen je nach Jahrgangsbedarf festgelegt. Das ist für mich Standesrecht! Daß zur Ausübung eines Handwerks eine Fortbildung angeboten wird, die einem komprimiert erklärt und vermittelt, worauf es vielleicht ankommen könnte, halte ich für wichtig und notwendig. Fiele die Prüfung und das Standesrecht weg, könnten vielleicht auch andere TrägerInnen solche Kurse anbieten und unsere DozentInnen hießen Elmar Sing, Martina Paulini, Andrea Gerth, Burghard Flieger oder wer sonst noch so Lust hätte, nach dem Subsidiaritätsprinzip würde das Netz die Trägerschaft übernehmen und von unseren Steuergeldern finanziert werden. Eine selbstverwaltete Akademie mit Wohnbereich würde Platz genug bieten, sich für eine offene Vorlesung auch mal später aus dem Arbeitsalltag auszuklinken... Und weil wir die Räume dann schon mal haben, veranstaltet das SchreinerInnentreffen in den Sommerferien eine einwöchige Fortbildung in der Werkstatt zum Thema »filigranes Drechseln« mit Christoph Guttermann. Schöne Aussichten oder?

Mal wieder im Ernst: Gewerbefreiheit und Abschaffung der MeisterInnenprüfung kann ich mir gut vorstellen, aber nicht für den Preis einer noch eingeschränkteren Bildungsarbeit im Handwerk. Ohne hierfür eine Alternative zu schaffen, würde ein großes Vakuum enstehen. Denn wer geht heutzutage schon freiwillig lernen, ohne daß er/sie es muß? Brechen wir als das Monopol der Bildung im Handwerk und unsere Kreativität ist unschlagbar. ●

Andreas Küstermann

Anzeige

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH VON SCHREINEREIEN IM RUHRGEBIET

Eine Veranstaltung vom »netz« in Dortmund

Als Verband der Verbände versteht sich das »netz«, in Düsseldorf und Dortmund ansässig – das »netz Versorgungswerk« zählt mit seinem zusätzlichen Rentenversicherungpool bei der Schweizer Rentenanstalt mittlerweile als der größte Einzelversicherer in der BRD – Landesverbände werden gegründet und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm angeboten.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● So geschehen auch mit dem Versuch, die zahlreichen aber verstreuten Schreinereien des Ruhrgebietes mal an einen Tisch zu bekommen und damit vielleicht ein regelmäßiges regionales Treffen zu initiieren. Sehr löblich dieser Versuch, zumal die gängigen Fortbildungsprogramme für gewerbliche Betriebe so gut wie keine Themen anbieten, wenn SchreinerIn mal vom Bundestreffen der selbstverwalteten Tischlereien absieht. Auf Nachfragen des Initiators Markus Wetter hatten sich die Betriebe die Themen Oberflächenbehandlung und Plattenmaterialien ausgesucht und waren auch zahlreich erschienen: 10 Firmen, 21 Menschen. Axel Bender vom »Biohaus« Paderborn als Lackingenieur und Gerriet Harms von »Edelhölzer« aus Oldenburg waren als Referenten hochkarätig genug, um Gesprächsstoff für einen ganzen Tag zuhören zu bieten und doch – das ganze kam nicht so recht in Gang. Es zeigte sich das Phänomen, daß HandwerkerInnen, wenn sie unvermittelt und selten aufeinandertreffen, häufig die Gelegenheit nutzen, mal einfach so Erfahrungsaustausch zu betreiben und damit vom Hölzchen zum Stöckchen zu kommen. »Wir lackieren heikle Oberflächen wieder mit SH oder DD Lack, weil wir mit Wachsen und Ölen schlechte Erfahrungen gemacht haben«, ».. können sie uns nicht was praktisches mit auf den Weg geben, was ich der Kundschaft raten kann?«. So war nach einer viertel Stunde der Vortrag für FachanwenderInnen leider zu einem Frage und Antwort Spiel und der Suche nach Patentrezepten verkommen. Auch Gerriet Harms formulierte zwar fundamentale Anforderungen an saubere Plattenmaterialien, leider aber weit vorbei an der Alltagsproblematik, daß einige der anwesenden Betriebe Spanplatten en gros verarbeiten, und daher hier kleine Schritte zu tropenholzfreien und haltbareren Tischlerplatten schon riesige Erfolge wären. Da war es auch kein Trost zu hören, daß aus Spanresten seiner Robinienverarbeitung vielleicht mal ein guter Kern für eine neue Platte entstehen könnte. Mehr am Bedarf des/der Einzelnen orientiert waren zwar dann die mittäglichen Arbeitsgruppen , aber leider zu spät und zu wenig betreut.

Die Anwesenden Schreinereien sind meines Erachtens zu ungenau um eine Präzisierung ihrer Erwartungen gebeten worden, und so konnte eine grundlegende Frage zur richtigen Zeit gestellt, leider den jeweiligen Vortrag sofort kippen, weil sie verdeutlichte, daß das Erfahrungsdefizit nicht zu Überbrükken war. Erfahrungsaustausch in kleinen Gruppen mit jeweils erfahrenen AnsprechpartnerInnen ist für die Anfangsphase solcher Gruppen von HandwerkerInnen m.e. die bessere Methode, die Wissensdefizite und den Hunger nach Informationen anzugleichen. Erst auf dieser gemeinsamen Grundlage erreicht dann ein hochkarätiger Fachvortrag seine AdressatInnen und verpufft nicht.

Das »netz« hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Einladung zu diesem Treffen einen regelmäßigen Austausch unter den Betrieben der Region Rurgebiet in Gang zu bringen. Für 6. Februar 93 laden sie deshalb nochmals nach Dortmund in den Gewerbehof ein zum Thema GroßhändlerInnenpreise und EDV im Handwerk.

Wer mehr über dieses Treffen oder über das »netz« erfahren will, wende sich an »netz e.v.«, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1. ●

JOBS

Fahrrad-Närrin-Narr zum mitstrampeln im Fahrradladen in Frankfurt/Main gesucht. Knete (fremde oder eigene) sollte vorhanden sein.
Querlenker Fahrradladen
Mörfelder Landstr. 78
W-6000 Frankfurt/Main 70
☎ (0 69) 61 68 61
Fax (0 69) 62 76 43

Selbstverwaltete Druckerei in Essen sucht **OffsetdruckerIn** mit Berufserfahrung (Heidelberger GTO und MOZP) und Interesse an mehr als nur einem Job.
Stattwerk e.G.
Hilgerstr. 8
W-4300 Essen 1
☎ (02 01) 32 26 48

Wir sind ein selbstverwalteter Betrieb in Neustadt an der Weinstraße (Südwest BRD). Unser Gebiet ist Fachhandel für wohn- und baubiologische Produkte.
Wir suchen dringend **eine nette Frau**, die es sich vorstellen kann, nach zweimonatigem Beschnuppern (Unterbringung in WGs möglich), bei uns längerfristig mitzumachen. Wir sind derzeit vier Leute zwischen 30 und 40 Jahren und legen Wert auf gegenseitiges Vertrauen und offenen Umgang miteinander.
Deine Tätigkeit wäre nach ausgiebiger Einarbeitungszeit (ohne Druck) KundInnenberatung und Verkauf, Buchhaltung und teilweise auch Mithilfe bei Aufträgen.
Es gäbe noch viel mehr zu verraten, aber ruf uns doch einfach an:
☎ (0 63 21) 3 06 97

Selbstverwalteter Betrieb im Hunsrück, Fachgebiet **Holz- u. Bautenschutz** sucht wegen Neugestaltung einen Bauhandwerker mit Erfahrung im Hochbau allgemein (Holzbau, Zimmerei), möglichst mit fachübergreifenden Kenntnissen. Anschluß an ein Projekt ist möglich. Zuschriften an:
Herbert Fell
Dorfstr. 1A
W-6572 Schwerbach
☎ (0 65 44) 88 06

Suchen **berufserfahrene** Schreinerin mit Interesse an kollektivem Arbeiten (Massiv u. Baubiolog.)
Holzwerkstatt Riegoletto
Fröbelstr. 8
W-5600 Wuppertal 1
☎ (02 02) 30 78 84

JOBSUCHE

Tischlerin, 26 J. (Ausbildungsende 2/93) mit Liebe zum Beruf, sucht Arbeit in Möbeltischlerei (gerne Norddeutschland).
Chiffre: 99/1

39 jähriger Bankbetriebswirt/Bilanzbuchhalter möchte sich in selbstverwalt. Betrieb in Norddeutschland engagieren. Viels. Berufserf. u. Organisationstalent vorhanden.
Günther Schlarmann
Kallenhardter Straße
W-4788 Warstein

Ich bin landwirtschaftlich-technische Assistentin und ich habe eine Ausbildung als Schwesternhelferin, lebe seit 12 Jahren in Deutschland, habe die deutsche Staatsbürgerschaft und spreche Deutsch/Englisch. Ich möchte mit Menschen zusammen arbeiten, die wie ich den Mut haben, miteinander neue Wege zu finden.
Chiffre: Mut haben.

Industriekaufmann (24 J.), **Raum Bremen**. Welcher selbstverwaltete/ökologisch orientierte Betrieb sucht einen verantwortungsbewußten und fexiblen Mitarbeiter, dem Arbeit auch Spaß macht.
Ich bin sowohl Arbeiten im systematisch organisierten Betriebsablauf als auch aufgrund nebenberuflicher Aktivitäten in improvisatorisch kreativen Problembewältigungen geübt.
Meine Anschrift:
Götz Paschen · Lange Str. 13 B
W-2802 Ottersberg

Stud., 7 Sem. Technischer Umweltschutz; suche zum SS93 Praktikumsstelle im Bereich Energie, Abfall, Wasser u.ä. in einem Ingenieurkollektiv o. alternativen Projekt.
Frank ☎ (0 55 35) 17 75

GEWERBERAUM

Untermieterin ges. für teilweise Mitnutzung. Überwiegend tagsüber frei nutzbar; 39 qm, 170 DM incl. Tel. 030/87 94 14 (priv.-Norbert); Adresse: Heinz Plehn, Yorkstr. 67, W-1000 Berlin 61. Der Raum befindet sich in einem selbstverwalteten Gewerbehof (1. Stock) in Kreuzberg (Mehringhof, Gneisenaustr. 2A) und dient der Internationalen der Kriegsdienstgegner/innen als Geschäftsstelle.

PROJEKTE

3 junge Erwachsene mit Kindern u. Hunden suchen Kontaktadressen von Projekten in Andalusien. Richtung: Betreuung von gesellschaftsgeschädigten Kindern, Selbstversorger.
J. Traub, Hauptstr. 41
W-7057 Winnenden 9

Die Steine wachsen

Erosion, Wassermangel und abnehmende Bodenfruchtbarkeit gehören zu den drängendsten ökologischen Problemen der sogenannten Dritten Welt. Wir finanzieren mit unserem Umweltfonds die Arbeit lokaler Gruppen gegen die zunehmende Verwüstung der Natur. Unterstützen Sie diese Initiativen mit Ihrer Spende.
Weitere Informationen bei
ASW.
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstraße 14, 1000 Berlin 61
Konto 555 BfG Berlin (100 101 11)

★
Antimilitaristischer Informationsdienst
kostenlos zum kennenlernen
einfach bestellen:
IDK, Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Nicht täglich - aber gründlich

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:
Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II
Nr. 184: Mittelamerika
Nr. 185: Verstädterung
Nr. 186: Israel in den 90er Jahren

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name
Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum/Unterschrift

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

InteressentInnenkreis Heidelberg und Umkreis für »Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO), gängige Literatur und kleines Antiquariat vorhanden.
Anfragen an: Infodienst für NWO
☎ (0 62 23) 31 80

atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus

Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei der **atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg**

Bei Einzelbestellungen wird 1 DM Versandpauschale erhoben. Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren werden 30% Rabatt eingeräumt.

AKP
Alternative Kommunal Politik

Auf den Biß kommt es an...

...in der Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik usw.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6 mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 9.- DM (zzgl. 2.- Versand), das Abo gibt es portofrei für 54.- DM. Auslandsabos kosten 75.- DM. Gesamtkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92 4800 Bielefeld 1
Tel. 05 21 / 17 75 17 Fax. 05 21 / 17 75 68

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Nr.4/92
(laufende Nr.44) enthält:

Rostock
von Hägar
★
Antirassistinnen erschüttern Toronto
von Jim Campbell
★
Staatlichkeit als Okkupation
von Michael Wilk
★
RAP und Rebellion
von Clarence Lusane
★
Vom Hardcore zur konsequenten Musik
von Wolfgang Sterneck
★
Rückkehr ins Land des Frühlings – Guatemalas Flüchtlingsrückführung
von Herby Sachs
★
Interview mit Alfonso Bauer Paiz
(Rechtsberater der Flüchtlinge)
von Uli Stelzner
★
Interview mit Martha Wüstemann
(1935-1940: Gruppe DAS)
von Wolfgang Haug

Außerdem: Vorsicht "Junge Freiheit", Rassistische Studie zu Roma/Sinti eingestampft, Nationalismus in Rumänien, Kurdenkonflikt, Die Problematik des Altwerdens, Libertäre Tage 1993, Murray Bookchins Antwort auf Ulrike Heider, Romantrilogie Bjørneboes u.a.

Einzelnummer 7.-
Sondernummer Feminismus 6.-
SF-ABO: 25.-
Red. Schwarzer Faden, PF 1159, 7043 Grafenau-1

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1992
Schwerpunkt:
***Alp*traum Europa**
Neues Recht in neuen Dimensionen ?
- Maastricht: Keine Diskussionen
- Maastricht -- So nicht !
- EuGH: Die *letzte* Instanz
- Die Knechte des Binnenmarkts

Weitere Themen:
- In neuer Verfassung. Aspekte einer Debatte
- Jura-Ausbildung; Kongreßprogramm „Zukunft des Grundgesetzes"

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 3 Hefte für 10 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 Heidelberg 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:

☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

JENA

Dreigliederung als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele
Für Menschen, die sich die Grundlagen der sozialen Dreigliederung erarbeiten wollen. Vorträge und Arbeit in kleinen Gruppen. Themen: Die Weimarer Klassik und die Aufgabe Mitteleuropas – Die Auseinandersetzung mit dem Bösen als Aufgabe der Bewußtseinsseele – Die Dreigliederung des menschlichen Organismus als Hilfe bei der Bildung eines sozialen Bewußtseins – Dreigliederung des sozialen Organismus als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinseele. Künstlerische Übungen, Besichtigungsprogramm Weimar und Buchenwald.
Termin: Do, 28. bis So, 31.1.93
Kosten: 250.- ohne Ü+V
Anmeldung & Information:
Institut für
Soziale Gegenwartsfragen
Büro Strawe
Haußmannstr. 44a
W-7000 Stuttgart
☎ (07 11) 236 89 50

AG SPAK

Genossenschaften und Selbsthilfeprojekte in Nicaragua
Vom 12. bis 14. Februar 1993 führt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Zusammenarbeit mit dem Nicaragua-Büro Wuppertal ein Seminar über Genossenschaften in Lateinamerika durch. Schwerpunkte sind die Entwicklungen in Nicaragua und El Salvador sein. Eventuell wird auch die Situation in Cuba dargestellt und diskutiert. Seminarort ist Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Anmeldung und Information läuft über Burghard Flieger, Erwinstr. 29, W-7800 Freiburg.

Präsentationstechnik und Arbeitsgruppenmoderation für Tagungen
Vom 19. bis 23. Mai 1993 findet das Vorbereitungsseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) der AG SPAK zur Vernetzungstagung im Sommer statt (vermutlich im Bonner Raum). Neben 1 1/2 Tagen organisatorischer Arbeit wird zwei Tage in die Präsentations- und Moderationstechniken eingeführt. An letzterem teilnehmen kann allerdings nur, wer schon seit längerem zu TAK AÖ-Seminaren kommt oder sich bereit erklärt, auf der Vernetzungstagung eine Veranstaltung zu moderieren. Anfragen und Information: Thomas Hardwig, Leinestr. 29, W-3400 Göttingen.

Was ist kollektives Management?
Das Herbstseminar an einem Wochenende im Oktober 1993 dreht sich um die Entwicklung von theoretischem und praktischem »Handwerkszeug« für die Organisation selbstverwalteter Betriebe. Bisherige Ansätze, Überschneidungen mit anderen Managementtheorien und »Stilen« sowie bisherige Schwachstellen und Entwicklungsmöglichkeiten werden ausführlich dargestellt und diskutiert. Ziel ist es die inhaltlichen Bausteine einer Akademie für kollektives Management voranzutreiben. Information und Angebote zur Mitarbeit: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, W-7800 Freiburg.

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald 1993
EDV-Grundlagen f. Frauen
29.3. bis 2.4.93
Rhetorik und Kommunikation
29.3. bis 2.4.93
EDV-Grundlagen: DOS 5.0/Word 5.5.
19. bis 23.4.93
Sreßbewältigung am Arbeitsplatz
19. bis 23.4.93
Gesprächsführung und Verhandlungstraining
21. bis 25.6.93
Alle Kurse mit begleitender Kinderbetreuung. Bitte fordert unser Bildungsprogarmm an!
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 79

WENDLAND

Anders leben – anders wirtschaften?
Sind wir mit dem real existierenden Kapitalismus am Ende der Geschichte angelangt? Ist der schöne Traum von der Gesellschaft der Freien und Gleichen endgültig ausgeträumt? Wenn nicht, mit welchen Theorien, Utopien und Gesellschaftsentwürfen können wir den Träumen von einem herrschafts- und gewaltfreien Leben heute auf die Sprünge helfen?
Das Wochen-Seminar wendet sich politischen Traditionen zu, die in schärfster politischer Konkurrenz zum autoritären Staatssozialismus stehen: Marx, Engels und andere qualifizierten sie als »utopisch«, »unwissenschaftlich«, »rückwärtsgewandt ect. ab. Es wären die Theorien und Praxisformen von Frühsozialisten und Anarchisten.
Im Mittelpunkt des Seminars werden die Überlegungen und Aussagen von Fourier, Proudhon, Kropotki, Tolstoi und vor allem Gustav Landauer und Martin Buber stehen und ihre Vorstellungen von »anders leben – anders arbeiten«. Erarbeitet werden soll, ob und wenn ja, welche Bedeutung diese Ideen in der heutigen Industriegesellschaft spielen könnten.
Termin: 25. bis 29.1.1993
Anmeldung & Information:
KURVE Wustrow
Kirchstr. 14
W-3135 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Umgang mit Macht und Leitung
Berufsbegleitende Fortbildung zum Erwerb von Leitungskompetenz
Termin: Februar 1993-94, 6 Blöcke à 1 Woche
Novellierung des AFG – Sozialabbau geht weiter
Auswirkungen auf berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen
Termin: 14.1.1993, 20-22 Uhr
Arbeitsrecht für Kleinunternehmerinnen und Freiberuflerinnen
Termin: 18.1.93, 19-22 Uhr
Starthilfe für Existenzgründerinnen
Termin: 20.-23.1.93,
jeweils von 10-18 Uhr
Ich bin gut – und teuer?
Was hat das Preise fordern – sei es für unsere Arbeitskraft oder für unsere Dienstleistungen und Waren als Selbständige – mit unserer Selbstbewertung zu tun? Wie können wir zu einem angemessenen Umgang mit Geld kommen?
Termin: 22.1.93, 16-20 Uhr
und 23.1.93, 10-16 Uhr
»Dieser ganze Versicherungskram ist *mir ja so lästig!«*
Versicherungsfragen für
Selbständige Frauen
Termin: 25.1.93, 19-22 Uhr
Frauen im beruflichen Auf- und Umbruch
Termin: 25.-29.1.93, jeweils 10-15 Uhr
Frauen in Dienstleistungsberufen
Termin: 26.1.93, 20-22 Uhr
Verhandlungstraining
Termin: 29.-31.1.93
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ (0 30) 44 49 60

DORTMUND

Jahreskurs: Frauen im Management
Februar 93 bis Februar 94 in Dortmund
Die berufsbegleitende Fortbildung umfaßt 10 Wochenenden und beinhaltet Managementstrategien für zielgerichtetes professionelles Handeln von Frauen im Beruf: Führen und Leiten, Rhetorik, Selbstmarketing, Corporate Identy, Selbstmanagement.
Anmeldung & Information:
Kommunikatives Bildungswerk
☎ (02 31) 14 31 23

NIEDERKAUFUNGEN

Kommune – eine Perspektive für Frauen/Lesben – wir denken ja!
Wir (42 Erwachsene, 12 Kinder), ein gemischtes Projekt in der Nähe von Kassel, suchen Frauen/Lesben (gerne auch Gruppen oder Kollektive), die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Unsere Grundprinzipien sind: Gemeinsame Ökonomie – Konsensprinzip als gemeinsame Entscheidungsform – linkspolitische Arbeit – Abbau kleinfamiliärer Strukturen – Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.
Einige Arbeitsbereiche (kollektive Strukturen) wollen sich vergrößern; neue sind erwünscht. Folgende Arbeitsbereiche bestehen schon und bieten ökologisch/ökonomisch vertretbare Dienstleistungen an: – Näh- und Lederwerkstatt – Bau/Schlosserei/Planung – Schreinerei – Ernährung – Kinder – Tagungshaus – Landwirtschaft – Vieh – Verwaltung.
Infos gegen 5 DM in Briefmarken:
Kommune Niederkaufungen
-Frauen-
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

SONSTIGES

Gestaltung der Unternehmenskommunikation
Flüssige und effiziente Kommunikation ist das Lebenselexier eines Unternehmens – und gleichzeitig sehr anfällig für Verletzungen und Störungen.
Die zwischenmenschliche Kommunikation wird immer stärker durch elektronische Medien unterstützt und vermehrt – aber nicht unbedingt verbessert.
In diesem Seminar wird die Frage behandelt, wie die Kommunikationsstrukturen und -prozesse durch technische und organisatorische Maßnahmen verbessert werden können.
Die TeilnehmerInnen lernen, wie bestehende technische und organisatorische Defizite sichtbar und diskutierbar gemacht werden, und wie es gelingen kann, eine verbesserte Unternehmenskommunikation unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligter auszuhandeln.
Durch die Darstellung ausgewählter Methoden und Werkzeuge erwerben die TeilnehmerInnen die Fähigkeit, Veränderungsprozesse im eigenen Unternehmen besser einzuschätzen bzw. selbst zu initiieren.
Termin: 1. bis 3.2.93
Ort: Raum Köln
Teilnahmegebühr: 350,– DM
zzgl. MWSt.
Anmeldung & Information:
ibek GmbH
Postfach 34 05
W-7500 Karlsruhe 1
☎ (07 21) 37 40 22
Fax (07 21) 37 83 49

ANARCHIE

Anders leben – Anders arbeiten
Anarchie-Einführungsseminare
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde, Hierarchien in der Gesellschaft, Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe Kinderläden sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Kostenpunkt jeweils 30-45 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine & Orte:
5.-7.2.93 Tagungshaus Meuchefitz/Wendland
12.-14.3.93 Domäne Lutter
19.-23.5.93 Station Umwelterziehung Iffens
11.-13.6.93 Domäne Lutter
Genaue Infos & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung
Tino Fleischer
Lange Str. 34a
W-2870 Delmenhorst
☎ (0 42 21) 1 65 24

REGIONALENTWICKLUNG

WENDLAND

Für eine Regionalentwicklung von unten
Längst hat die offizielle Regionalpolitik begonnen, die endogenen Potentiale der Regionen, also all das, was in einer Region an Qualitäten und Fähigkeiten steckt, aufzuspüren und die daraus entstehenden Entwicklungsimpulse zu nutzen. Dies hat jedoch eher zu einer Förderung der regionalen Eliten geführt, als daß es die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Menschen in der Region vergrößert hätte.
Das Seminar soll u.a. am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg Zugänge zur Entwicklung der Region von unten für betroffene BürgerInnen und für Initiativen und Projekte aufzeigen. Gleichzeitig soll es als Ideenbörse für Projekte und Gruppen dienen, die im Sinne eigenständiger Regionalentwicklung arbeiten.
Termin: 22. bis 24.1.1993
Anmeldung & Information:
KURVE Wustrow
Kirchstr. 14
W-3135 Wustrow
☎ (0 58 43) 5 07

BILDUNG

netz
SEMINARE HERBST/WINTER 1992/93
Weiterbildungsprogramm für Betriebe und Projekte anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Börnestraße 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/164 95 83
Fax 0211/35 15 91

KOOPERATION & VERNETZUNG

Vom 13. bis 20. August 1993 organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in der Evangelischen Akademie Bad Segeberg eine größere Tagung. Der Arbeitstitel lautet »Kooperation und Vernetzungen alternativer Einrichtungen und Betriebe«. Ziel ist eine umfassende Bestandsaufnahme von Vernetzungszusammenhängen und die Diskussion von Problemen und Perspektiven kooperativen Handelns im alternativen Sektor. Bei Interesse an inhaltlicher oder organisatorischer Mitarbeit bitte wenden an: Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, W-3500 Kassel.

Projektwerkstatt

SEMINARE:

Kollektives Management
WE 19.-21.2., ab Fr 19h
Woche 19.-23.4.
Mo 10 - Fr 18h, 40 Ustd
(Bildungsurlaub)
80 Ustd/ 660/700 DDM

Kommunikation und Zusammenarbeit in Gruppen und Teams
WE 26.-28.2., ab Fr 19h
20 Ustd/ 180/200 DM

Moderation und Präsentation in Gruppen und Teams
WE 24.-26.3., ab Fr 19h
20 Ustd/ 160/180 DM

Persönliche Arbeitsmethodik und Zeitmanagement
Woche 3.-7.5., Mo 10 - Fr 18h
(Bildungsurlaub)
40 Ustd/ 270/300 DM

Weitere Informationen:
Projektwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster, Tel: 0251/511177
Mo - Fr 10 - 12h u. 17 - 19h

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.

SALVADOR

Solidarität bleibt unsere Waffe

UNTERSTÜTZT DIE FMLN
KONTOSTAND 10.11.1992
47.040,91 DM
Spendenkonto: BfG Heidelberg
Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 67210111)
Informationsstelle El Salvador e.V.
Heerstraße 205, 5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 69 45 62; Fax: 631226

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

ANARCHISMUS & GEWALTLOSIGKEIT

Sondernummer

Der Mensch hat kein Recht, seinen Mitmenschen zu töten, und er ist nicht entschuldigt, wenn er es in Uniform tut. Damit fügt er lediglich dem Verbrechen des Mordes die Schande der Knechtschaft hinzu.
Percy Bysshe Shelley 1792-1822

- Kritik der Gewalt
- Möglichkeit & Notwendigkeit der gewaltlosen Revolution
- Widerstand gegen das Militär
- Befreiung von Geschlechterrollen
- Anarchismus & Feminismus
- Soziale Sprengkraft der Ökologiebewegung
- Transnationalismus & Kritik des Nationalstaates
- Organisationsformen ohne Hierarchie
- Kritik des Rassismus
- Antiautoritärer Sozialismus & revolutionäre Gewaltlosigkeit
- Persönliche & gesellschaftliche Veränderung

–20 Jahre Graswurzelrevolution–
–Rabatt für Wiederverkäufer– DIN A4 –DM 8.00–

graswurzel revolution ■ Kirchstr. 14 3135 Wustrow